



Beteiligungsbericht

des Landkreises Teltow-Fläming

über das Geschäftsjahr 2010

1 Inhaltsverzeichnis

1	INHALTSVERZEICHNIS	2
2	EINLEITUNG	3
2.1	VORWORT	3
2.2	RECHTLICHE GRUNDLAGEN DER WIRTSCHAFTLICHEN BETÄTIGUNG DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING	3
2.3	ZIELSETZUNG UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES	4
2.4	ÜBERSICHT ÜBER DIE BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING	6
2.5	DARSTELLUNG AUSGEWÄHLTER KENNZAHLEN	8
2.6	FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING IM JAHR 2010	14
3	BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING	15
3.1	STRUKTUR- UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING MBH, JÜTERBOG (SWFG)	15
3.2	FLUGPLATZGESELLSCHAFT SCHÖNHAGEN MBH – BESITZGESELLSCHAFT, TREBBIN (FGS)	31
3.3	GEMEINNÜTZIGE ARBEITSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT MBH KLAUSDORF, AM MELLEENSEE (GAG)	42
3.4	LUCKENWALDER BESCHÄFTIGUNGS- UND AUFBAUGESELLSCHAFT MBH, LUCKENWALDE (LUBA)	51
3.5	VERKEHRSGESELLSCHAFT TELTOW-FLÄMING MBH, LUCKENWALDE (VTF)	58
3.6	VBB VERKEHRSVERBUND BERLIN-BRANDENBURG GMBH, BERLIN	69
3.7	TELTOWER KREISWERKE GMBH, BERLIN (TKW)	81
3.8	RENATA GRUNDSTÜCKS-VERMIETUNGSGESELLSCHAFT MBH & CO. KREISHAUS TELTOW-FLÄMING KG, STUTTGART	86
3.9	BADC BERLIN-BRANDENBURG AREA DEVELOPMENT COMPANY GMBH	92
4	ANHANG	99
4.1	KENNZAHLENDEFINITION – ANALYSEDATEN GEMÄß § 61 NR. 2 KOMHKV	99
4.2	AUSGEWÄHLTE KENNZAHLEN ZU DEN BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING	110

2 Einleitung

2.1 Vorwort

Gemäß der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) darf sich der Landkreis zur Erledigung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft wirtschaftlich betätigen. Auf dieser Grundlage engagiert sich der Landkreis Teltow-Fläming insbesondere in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Entwicklung und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, Arbeitsförderung bzw. zweiter Arbeitsmarkt sowie Öffentlicher Personennahverkehr.

Vor dem Hintergrund der sich verändernden globalen Rahmenbedingungen, der demografischen Entwicklung und der kommunalen Finanzen muss sich der Landkreis auch weiterhin den wachsenden Herausforderungen sowie dem Wettbewerb mit anderen Regionen stellen. Die kreislichen Beteiligungen sind insofern ein wichtiges Instrument des Landkreises, um wirtschafts-, arbeitsmarkt-, regional- und strukturpolitische Ziele zu erreichen und leisten einen bedeutenden Beitrag zur Erfüllung von öffentlichen Aufgaben. Sie stärken die Wirtschaftskraft, schaffen und erhalten Arbeitsplätze, fördern die Entwicklung der Infrastruktur und arbeiten mit Partnern der Privatwirtschaft zusammen. Zudem tragen sie zur Sicherung der Lebensqualität und sozialen Stabilität in unserer Region bei.

Das primäre Ziel der Beteiligungsunternehmen ist dabei nicht die Gewinnerzielung, sondern die Sicherung sowie der Auf- und Ausbau von öffentlichen Strukturen – immer auch unter Beachtung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Mit dem jährlich fortgeschriebenen Beteiligungsbericht werden die Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger über die Tätigkeiten der Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming informiert. Neben den Rahmendaten der Unternehmen enthält der Bericht Informationen zum Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2010, der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaften sowie einen verkürzten Lagebericht. Weiterhin wird auf die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens sowie die vorhandenen Leistungs- und Finanzbeziehungen eingegangen.

2.2 Rechtliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung des Landkreises Teltow-Fläming

Die brandenburgische Kommunalverfassung definiert die wirtschaftliche Betätigung einer Gebietskörperschaft im § 91 Abs. 1 als „das Herstellen, Anbieten oder Verteilen von Gütern, Dienstleistungen oder vergleichbaren Leistungen, die ihrer Art nach auch mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnten.“

Gemäß § 91 Abs. 2 BbgKVerf darf sich der Landkreis zur Erledigung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft wirtschaftlich betätigen, wenn der öffentliche Zweck dies rechtfertigt, wobei die Gewinnerzielung allein keinen ausreichenden öffentlichen Zweck darstellt, und die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht.

Der Bericht über die Beteiligungen des Landkreises an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts ist gemäß § 98 Satz 1 Nr. 3 BbgKVerf durch die Beteiligungsverwaltung zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

2.3 Zielsetzung und Aufbau des Beteiligungsberichtes

2.3.1 Allgemeines zum Beteiligungsbericht

Ziel des Beteiligungsberichtes ist es, einen Beitrag zur größeren Transparenz der Kreisverwaltung hinsichtlich ihrer Aufgabenerfüllung mittels ausgegliederter, organisatorisch und finanzwirtschaftlich selbstständiger Organisationseinheiten – den Beteiligungen – zu leisten.

Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger werden über die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises detailliert informiert.

Der Beteiligungsbericht ist auf der Grundlage des § 61 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) zu erstellen und basiert auf den Informationen der letzten nach § 242 ff. Handelsgesetzbuch (HGB) erstellten Jahresabschlüsse. Des Weiteren sind die Bestimmungen der Kommunalverfassung sowie die Anforderungen des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg zu beachten. Dem Bericht kommt dabei eine überwiegend dokumentarische Funktion zu.

So ist der Beteiligungsbericht gemäß § 82 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 BbgKVerf Anlage des Jahresabschlusses des Landkreises bzw. gemäß § 83 Abs. 4 Satz 2 Nr. 5 BbgKVerf Anlage seines Gesamtabschlusses.

2.3.2 Inhaltliche Ausgestaltung des Beteiligungsberichtes

Die inhaltliche Ausgestaltung des Beteiligungsberichtes ist unter anderem im § 61 KomHKV geregelt. Spezifiziert und erläutert werden die gesetzlichen Anforderungen zudem durch das Rundschreiben des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg vom 22.12.2009.

Die gemäß § 61 Nr. 1 KomHKV aufgeführten Rahmendaten geben einen Überblick über den Sitz, den Unternehmensgegenstand, den Aufbau, die Organisation und die Organe des Unternehmens. Dazu zählen auch die Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen sowie Beteiligungen des Unternehmens.

Neben den Rahmendaten des jeweiligen Unternehmens enthält der Beteiligungsbericht zudem einen verkürzten Lagebericht, der wiederum auf die aus dem Jahresabschluss ermittelten Analysedaten (Kennzahlen) eingeht (§ 61 Nr. 2 KomHKV). Dieser soll insbesondere eine auf das Berichtsjahr bezogene Aussage über die Vermögens- und Kapitalstruktur, die Finanzierung und Liquidität, die Rentabilität und den Geschäftserfolg sowie den Personalbestand des Unternehmens zulassen. Den Analysedaten des Berichtsjahres sind die entsprechenden Analysedaten der beiden vorangegangenen Wirtschaftsjahre gegenüberzustellen.

Dabei ist zu beachten, dass es in der Literatur verschiedene Definitionen von Kennzahlen, insbesondere bei den Berechnungsmöglichkeiten und durchschnittlichen Zielwerten, gibt. Dadurch können Angaben aus verschiedenen Quellen auf unterschiedlichen Ausgangswerten basieren und voneinander abweichen. Des Weiteren ist die Beurteilung der Unternehmenssituation anhand einzelner weniger vergangenheitsbezogener Kennzahlen nicht hinreichend aussagekräftig. Um plausible Schlussfolgerungen über die tatsächlichen Verhältnisse des Unternehmens ableiten zu können, sollte die Gesamtheit aus Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie deren Entwicklung im Zeitablauf betrachtet werden.

Des Weiteren kann es durch die Berechnung der Kennzahlen mittels MS Excel zu Rundungsdifferenzen kommen. Das Programm rechnet mit den Cent-genauen Beträgen aus dem Jahresabschluss, die Darstellung der Ergebnisse erfolgt jedoch gerundet auf eine Dezimalkommastelle in tausend Euro (T€).

Ein Überblick über die entsprechend zu analysierenden Kennzahlen sowie deren Definitionen und Interpretationsmöglichkeiten (in Anlehnung an das Rundschreiben des Ministeriums des Innern) befindet sich im Anhang (4.1 Kennzahldefinition – Analysedaten gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV, Seite 99).

Bezüglich der angegebenen Zielwerte zu den verschiedenen Analysekennzahlen ist zu beachten, dass diese je nach Branche und der individuellen Unternehmensausrichtung zum Teil stark abweichen können. So benötigt ein Dienstleistungsunternehmen in der Regel wesentlich weniger Anlagevermögen als ein Produktionsunternehmen – das spiegelt sich zum einen auch in der Personalaufwandsquote und zum anderen in der Höhe der Abschreibungen auf das Anlagevermögen wider. Diese spezifischen Abweichungen beeinflussen die Struktur des gesamten Jahresabschlusses.

Des Weiteren ist im Hinblick auf die strategische Unternehmensplanung im Beteiligungsbericht ein Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu geben (§ 61 Nr. 3 KomHKV). Schlussfolgerungen auf Chancen und Risiken der weiteren Entwicklung des Unternehmens sowie ihre Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage können u.a. durch Analyse des Jahresabschlusses (Vergangenheitsbezug) sowie den Zielen und Strategien gemäß Unternehmensplanung (Zukunftsbezug) gezogen werden. Auch die Beurteilung der sogenannten „weichen Faktoren“, wie der demographischen Entwicklung, den politischen, rechtlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen, den Standortfaktoren und der Unternehmenskultur, ist von großer Bedeutung. Insbesondere sollen dadurch mögliche Auswirkungen der weiteren Unternehmensentwicklung auf Sicherstellung der kommunalen Aufgabenerfüllung identifiziert werden können.

Anschließend werden die Leistungs- und Finanzbeziehungen der Beteiligungen der Unternehmen untereinander und mit dem Landkreis als Gesellschafter, d.h. Kapitalzuführungen und -entnahmen, Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche, gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen sowie sonstige Finanzbeziehungen, die sich aus der Gesellschafterposition des Landkreises ergeben und sich unmittelbar bzw. mittelbar auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises auswirken können, aufgeführt (§ 61 Nr. 3 KomHKV).

Gemäß § 91 Abs. 6 BbgKVerf ist im Beteiligungsbericht zudem erstmalig fünf Jahre nach Inkrafttreten der §§ 91 bis 100 BbgKVerf, d.h. im Jahr 2013, danach alle zehn Jahre, ein ausführlicher Nachweis über die fortlaufende Erfüllung des öffentlichen Zwecks bzw. der gesetzlichen Voraussetzungen nach Abs. 2 Nr. 1 (öffentlicher Zweck), Abs. 3 Satz 1 (Subsidiarität) und Abs. 5 (Nebenleistungen) des § 91 BbgKVerf zu führen.

Der Punkt Sonstiges enthält die Geschäftszahlen der jeweiligen Gesellschaft in Anlehnung an die im Elektronischen Bundesanzeiger veröffentlichten Jahresabschlüsse.

Sofern eine Gesellschaft an weiteren Unternehmen beteiligt ist, werden diese nach den Ausführungen zur kreislichen Beteiligung selbst aufgeführt.

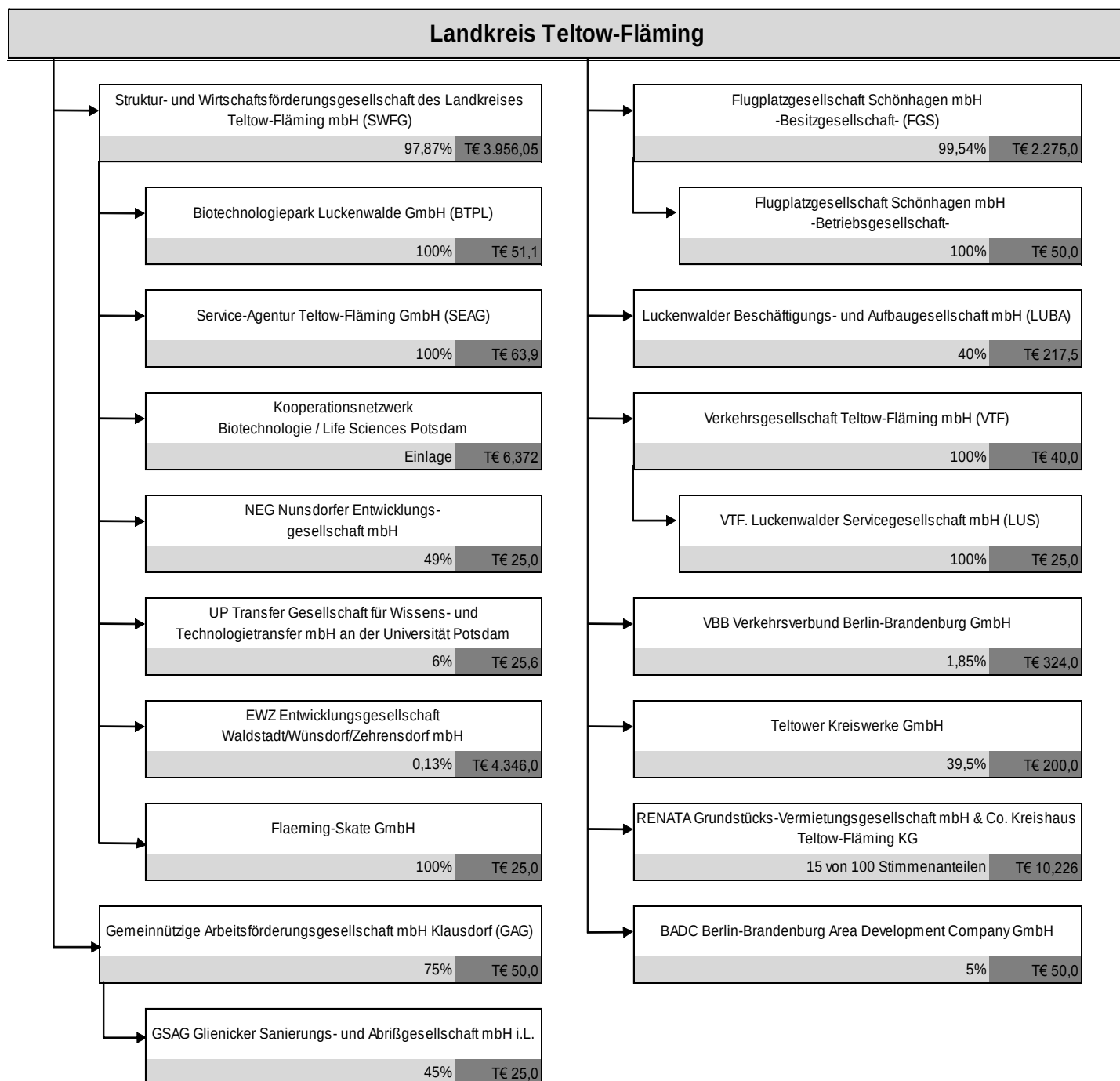
Die Darstellung der Geschäftsverläufe wurde aus den jeweiligen Jahresabschlüssen auszugsweise übernommen. Eine Wertung durch die Verwaltung wurde im Rahmen des Beteiligungsberichts nicht vorgenommen.

2.4 Übersicht über die Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

2.4.1 Organigramm der ersten und zweiten Beteiligungsebene

Darstellungsweise:

Beteiligungsunternehmen	
Anteil am Stammkapital in %	Stammkapital in T€



(Wirtschaftsjahr 2010)

2.4.2 Die Beteiligungen des Landkreises nach Branchen

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG, INFRASTRUKTUR

Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH (SWFG)

Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH -Besitzgesellschaft- (FGS)

BADC Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH

ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR (ÖPNV)

Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (VTF)

VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

SOZIALES, ARBEITSFÖRDERUNG, JUGEND UND BILDUNG

Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf (GAG)

Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH (LUBA)

IMMOBILIENVERWALTUNG

Teltower Kreiswerke GmbH (TKW)

RENATA Grundstücks- und Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kreishaus Teltow-Fläming KG

IM BERICHTSJAHR BEENDETE GESELLSCHAFTSVERHÄLTNISSE

keine

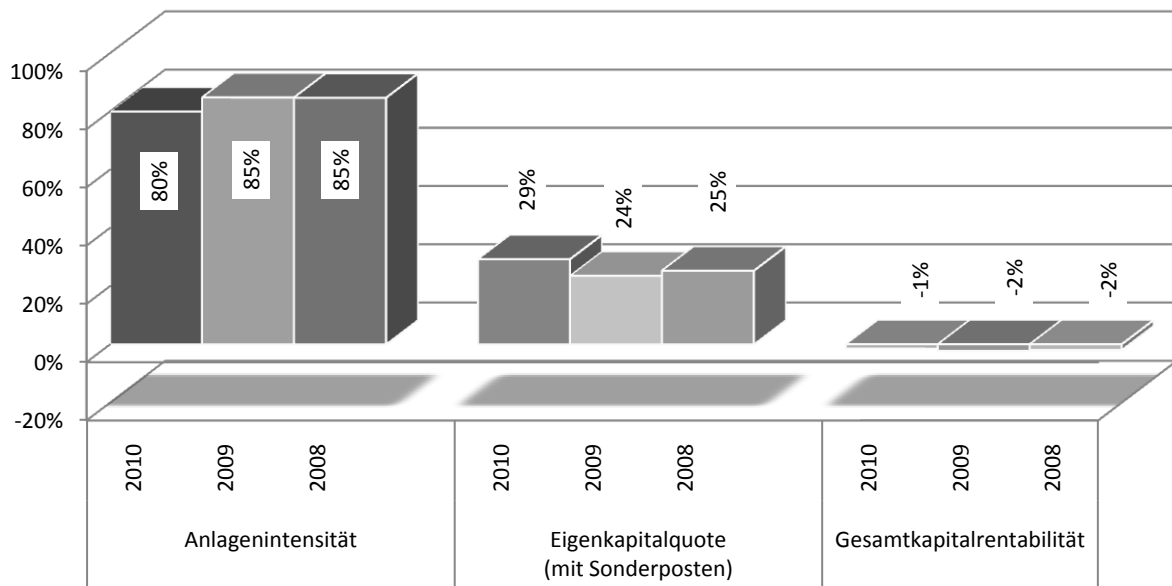
2.5 Darstellung ausgewählter Kennzahlen

Ausgewählte Unternehmensdaten											
Beteiligung	Stammkapital	Anteil Teltow-Fläming	Bilanzsumme	Eigenkapital inkl. SoPo	Eigen- kapitalquote inkl. SoPo	Anlagen- intensität	Umsatz	Betriebs- leistung	Betriebs- ergebnis	Jahresergebnis	Gesamtkapital- rentabilität
SWFG mbH	3.956,1 T€	97,87%	38.288,6 T€	7.563,2 T€	19,8%	79,5%	2.468,3 T€	6.465,6 T€	338,8 T€	- 1.061,1 T€	0,1%
FGS mbH	2.275,3 T€	99,54%	20.193,9 T€	15.352,0 T€	76,0%	93,5%	898,1 T€	1.468,0 T€	- 521,1 T€	- 696,7 T€	-2,6%
GAG mbH	50,0 T€	75,00%	891,7 T€	111,7 T€	12,5%	63,1%	1.740,9 T€	1.740,9 T€	- 33,1 T€	- 67,5 T€	-4,1%
LUBA GmbH	217,5 T€	40,00%	537,1 T€	206,5 T€	38,5%	79,5%	2.369,3 T€	2.383,4 T€	- 241,6 T€	- 255,0 T€	-45,8%
VTF mbH	40,0 T€	100,00%	13.123,1 T€	3.400,1 T€	25,9%	80,0%	6.144,6 T€	8.621,2 T€	- 2.701,0 T€	- 2.522,1 T€	-18,7%
VBB GmbH	324,0 T€	1,85%	5.232,4 T€	324,0 T€	6,2%	7,1%	1.119,8 T€	11.852,9 T€	- 8,6 T€	- T€	0,0%
TKW GmbH	200,0 T€	39,50%	877,6 T€	853,0 T€	97,2%	43,8%	169,7 T€	194,8 T€	54,1 T€	43,3 T€	4,9%
RENATA GmbH & Co. KG ¹	15.267,2 T€	15	17.218,7 T€	374,3 T€	-0,8%	90,6%	2.957,2 T€	2.957,4 T€	1.803,5 T€	1.011,1 T€	10,3%
BADC GmbH	50,0 T€	5,00%	162,0 T€	- T€	-27,8%	1,4%	43,2 T€	219,4 T€	- 46,5 T€	- 45,7 T€	-28,1%
gesamt ²	22.380,0 T€	89,82%	96.525,1 T€	28.184,7 T€	29,2%	79,9%	17.911,1 T€	35.903,6 T€	- 1.355,6 T€	- 3.593,6 T€	-1,5%

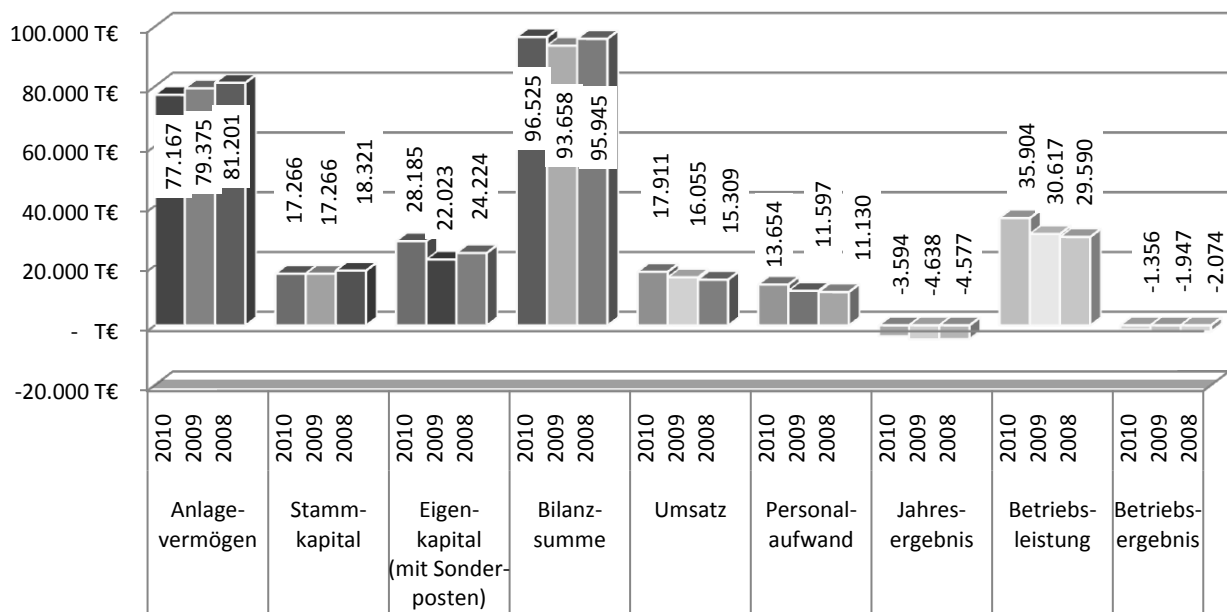
¹ Bei dem ausgewiesenen Stammkapital handelt es sich um das Gesellschaftskapital. Davon hat der Landkreis Teltow-Fläming rd. 10,2 T€ als Kommanditeinlage eingebracht.
Der Landkreis hält 15 von 100 Stimmenanteilen.

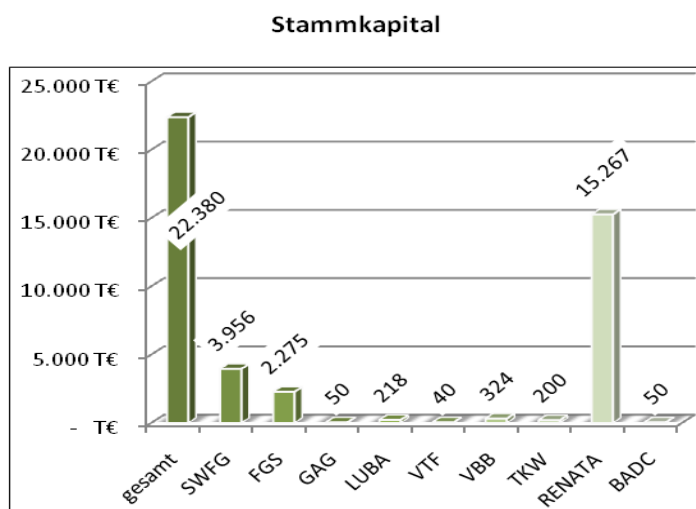
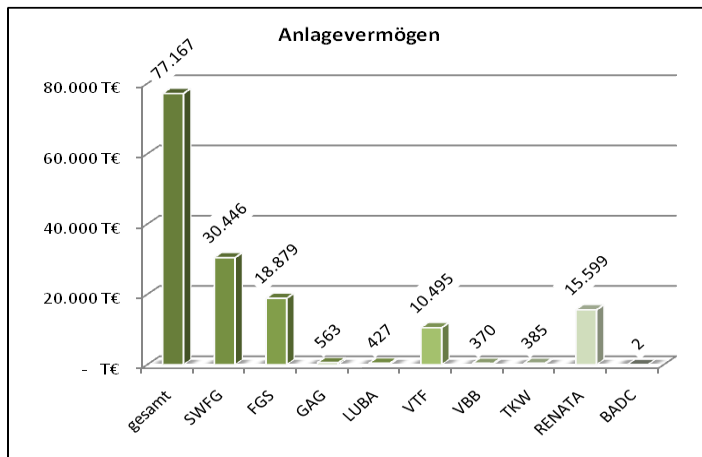
² Der Anteil des Landkreises Teltow-Fläming am gesamten Stammkapital seiner Gesellschaften wurde ohne Berücksichtigung der RENATA GmbH & Co. KG ermittelt.

Ausgewählte Kennzahlen aller Beteiligungen I

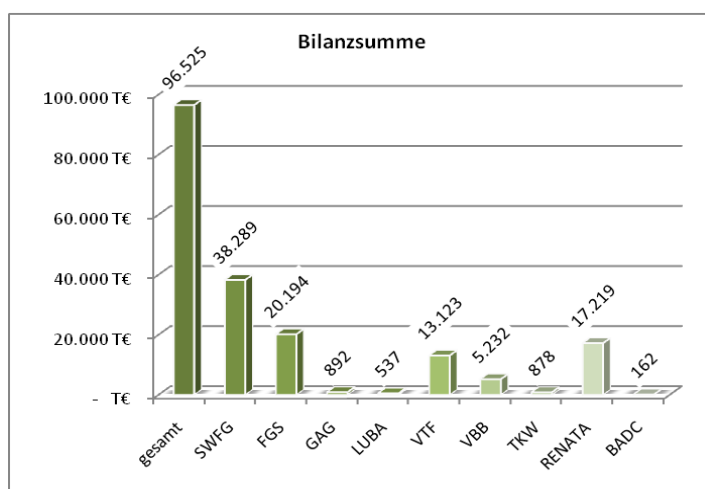


Ausgewählte Kennzahlen aller Beteiligungen II

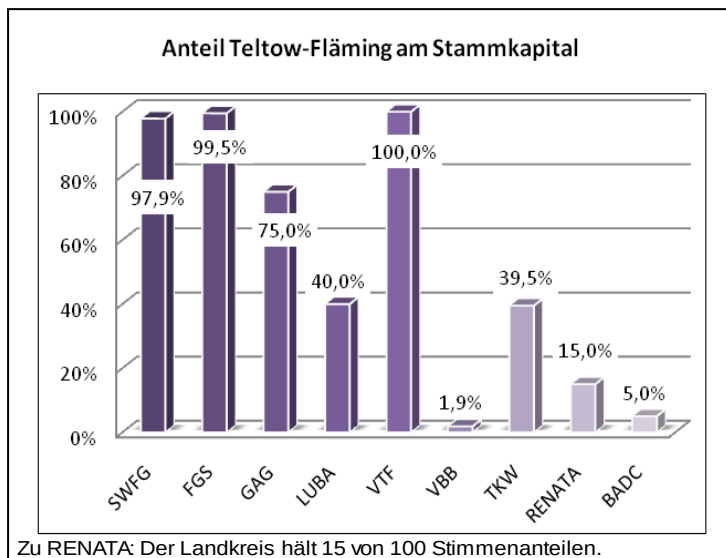




Zu RENATA: Bei dem ausgewiesenen Stammkapital handelt es sich um das Gesellschaftskapital. Davon hat der Landkreis Teltow-Fläming rd. 10,2 T€ als Kommanditeinlage eingebracht.

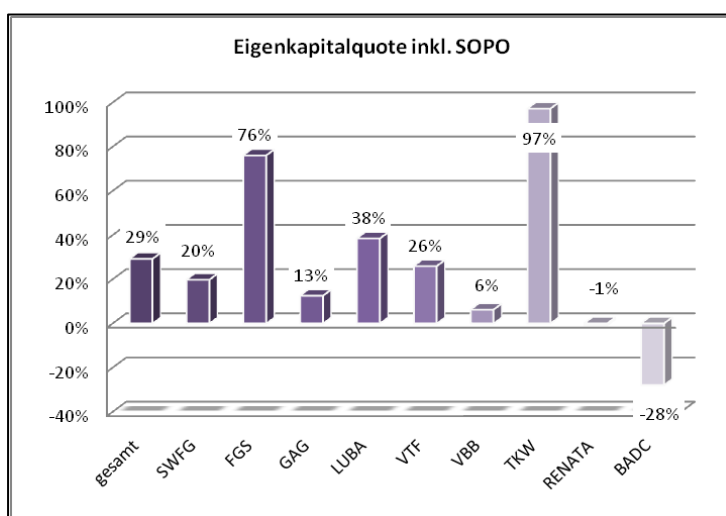
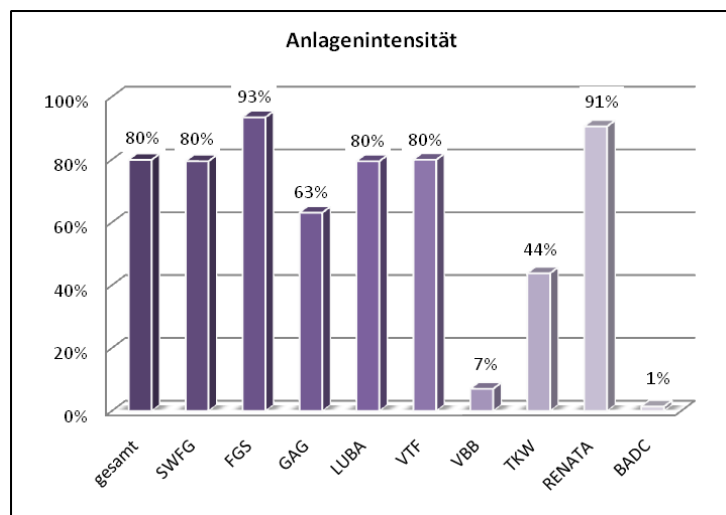


Die Unternehmen mit unmittelbarer kreislicher Beteiligung zeigen insgesamt eine stabile wirtschaftliche Entwicklung auf. Die kumulierte Bilanzsumme in 2010 beläuft sich auf rd. 96,5 Mio €, 2,8 Mio. € mehr als 2009. Auf Grund der durchschnittlichen Anlagenintensität von 80 % wird deutlich, dass der Großteil des vorhandenen Vermögens langfristig gebunden ist. Demgegenüber steht bilanzielles Eigenkapital inklusive Sonderposten, sofern diese dem Eigenkapital zugerechnet wurden, von insgesamt rd. 28,2 Mio. € (Vj. 22,0 Mio. €). Das entspricht einer durchschnittlichen Eigenkapitalquote von 29 % (Vj. 24 %). Der Anstieg des Eigenkapitals begründet sich u.a. durch den kumulierten Jahresfehlbetrag, der mit insgesamt 3,6 Mio. € (Vj. 4,6 Mio. €) sich leicht verbessern konnte. Zwar konnten die Umsatzerlöse um rd. 1.856 T€ und die Betriebsleistung insgesamt sogar um 5.287 T€ gesteigert werden, dem stehen jedoch ebenso erhöhte Aufwendungen u.a. Personalaufwand (+2.057 T€), gegenüber. Insgesamt verbesserte sich das Betriebsergebnis daher lediglich um 591 T€ auf -1.356 T€. Des Weiteren sind die Zinsaufwendungen von 2,5 Mio. € auf 2,2 Mio. € zurückgegangen. Somit ergibt sich ein kumuliertes Jahresergebnis von -3.594 T€ (Vj. -4.5638 T€). Unter Berücksichtigung dieses Jahresergebnisses sowie der reduzierten

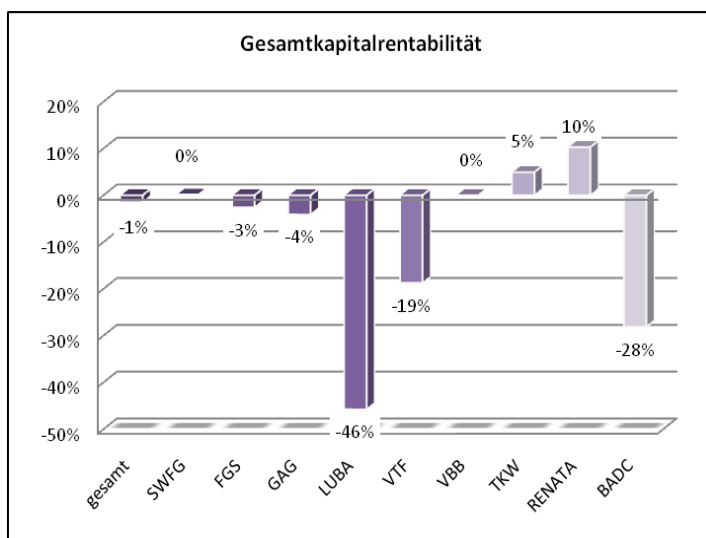


Zinsaufwendungen ergibt sich eine leicht verbesserte Gesamtkapitalrentabilität von -1,5% (Vj. -2,3%).

Bei der Betrachtung der einzelnen Unternehmen wird deutlich, dass die SWFG mbH mit einer Bilanzsumme von 38,3 Mio. € das meiste Kapital bzw. Vermögen ausweist, gefolgt von der FGS mbH mit 20,2 Mio. €, der RENATA GmbH & Co. KG mit 17,2 Mio. € und der VTF mbH mit 13,1 Mio. €. Ebenso sind es diese Gesellschaften, die den Großteil des langfristigen bilanziellen Vermögens (Anlagevermögen) ausweisen. Insofern sind, bis auf die VBB GmbH, die TKW GmbH und die BADC GmbH, die betrachteten Unternehmen von einer hohen Anlagenintensität zwischen 63% und 93% gekennzeichnet. Große Unterschiede bestehen bei den vorhandenen Eigenkapitalquoten: die Spanne reicht von -28 %, d.h. negativem Eigenkapital, bis 97 %.



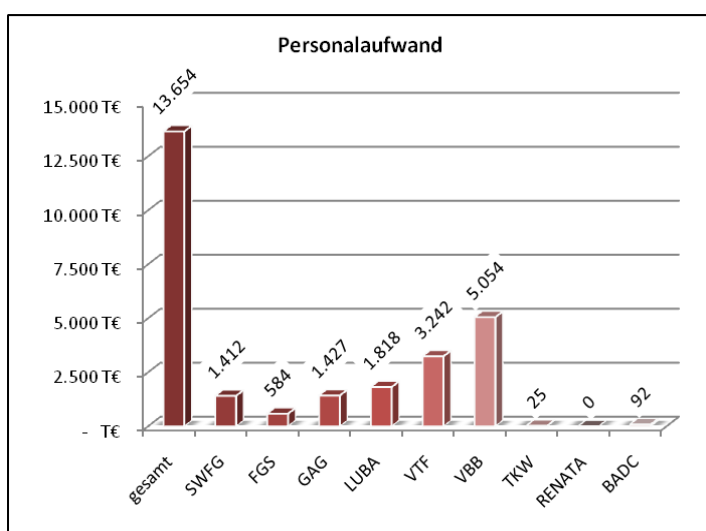
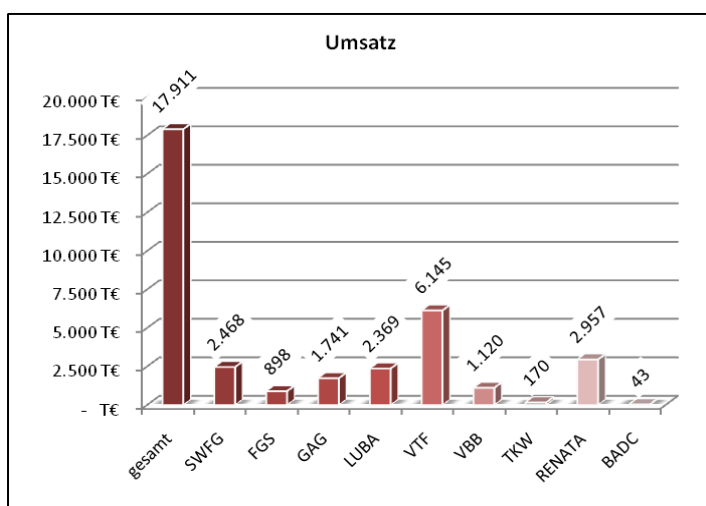
Während die Umsatzerlöse der SWFG mbH, der VBB GmbH und der RENATA GmbH & Co. KG zurückgingen, sind sie bei den anderen Gesellschaften gestiegen. Spitzenreiter bei den Umsatzerlösen ist die VTF mbH mit 6,1 Mio. € gefolgt von der RENATA GmbH mit 2,9 Mio. € und der SWFG mbH mit 2,5 Mio. €. Anders sieht es bei der Betriebsleistung aus. So beträgt diese bei der VBB GmbH rd. 11,8 Mio. €, bei der VTF mbH 8,6 Mio. € und bei der SWFG mbH 6,4 Mio. €. Trotz der hohen betrieblichen



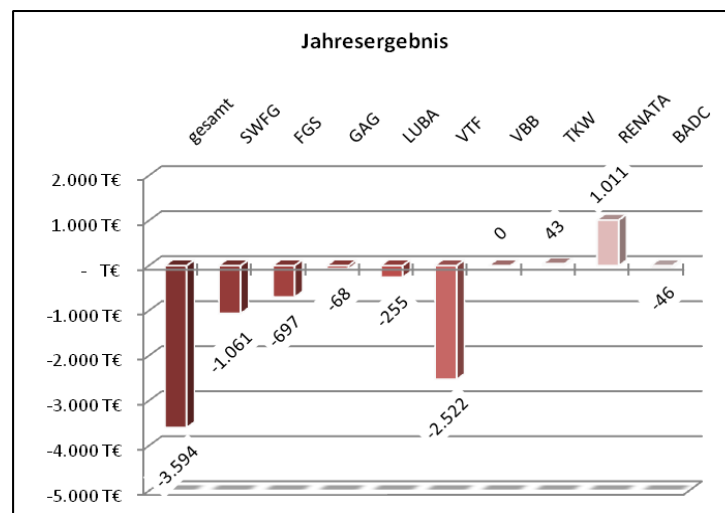
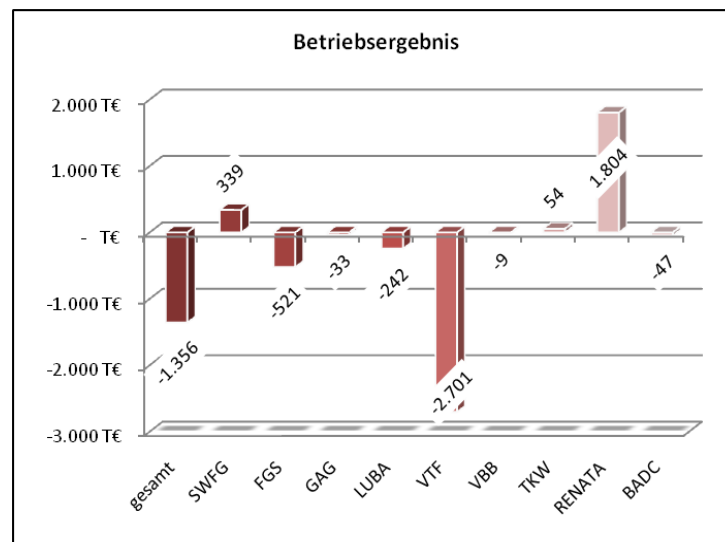
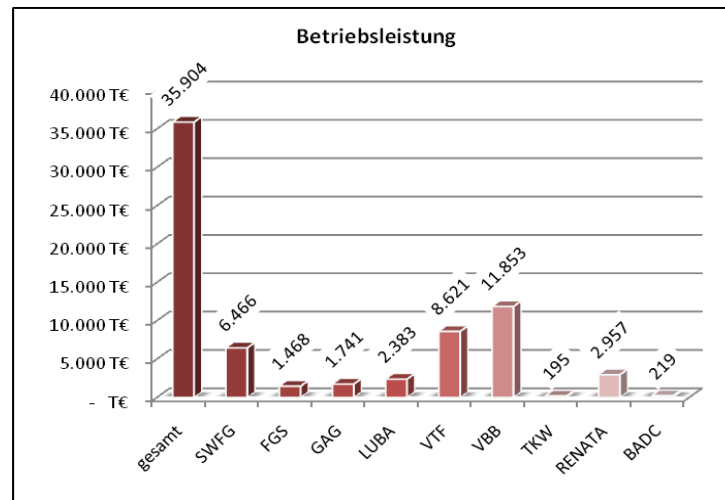
Erträge bzw. Erlöse weist die Mehrheit der Gesellschaften auf Grund der ebenfalls gestiegenen betrieblichen Aufwendungen ein negatives Betriebsergebnis aus. Gleiches gilt für die Jahresergebnisse.

Insgesamt zeichnet sich für die Beteiligungen des Landkreises trotz internationaler Finanz- und Wirtschaftskrise jedoch eine stabile wirtschaftliche Entwicklung ab.

(weitere Darstellungen befinden sich im Anhang, 4.2 Ausgewählte Kennzahlen zu den Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming, Seite 110)



Einleitung



2.6 Finanzbeziehungen des Landkreises Teltow-Fläming im Jahr 2010

Leistungs- und Finanzbeziehungen im Überblick												
Wirtschaftsjahr	2010				2009				2008			
Art ¹	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.
SWFG mbH ²	2.154,0 T€	2.950,0 T€	20.470,0 T€	- T€	- T€	- T€	21.549,9 T€	- T€	- T€	- T€	21.770,7 T€	- T€
FGS mbH ^{2, 3}	420,0 T€	936,5 T€	3.211,1 T€	- T€	976,1 T€	800,0 T€	3.462,9 T€	- T€	976,1 T€	800,0 T€	3.714,7 T€	- T€
GAG mbH	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
LUBA GmbH	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
VTF mbH ⁴	3.171,8 T€	- T€	- T€	2.848,5 T€	2.968,1 T€	- T€	- T€	2.642,6 T€	2.811,7 T€	- T€	- T€	2.630,3 T€
VBB GmbH ⁵	- T€	- T€	- T€	64,8 T€	- T€	- T€	- T€	63,0 T€	- T€	- T€	- T€	57,5 T€
TKW GmbH ⁶	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	8,3 T€	- T€	- T€	- T€
RENATA GmbH & Co. KG	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
BADC GmbH ⁷	- T€	- T€	- T€	3,0 T€	- T€	- T€	- T€	5,6 T€	2,5 T€	- T€	- T€	3,7 T€
gesamt	5.745,8 T€	3.886,5 T€	23.681,0 T€	2.916,4 T€	3.944,3 T€	800,0 T€	25.012,7 T€	2.711,2 T€	3.798,5 T€	800,0 T€	25.485,4 T€	2.691,5 T€

¹ Klassifizierung der Leistungs- und Finanzbeziehungen:

1. Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht 2. entspr.)
2. Verlustausgleiche
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen
4. sonst. Finanzbeziehungen

² zu 3.: Ausfallbürgschaften des Landkreises

³ zu 1.: davon in 2009: Stammkapitalerhöhung 32,61 €; sonst Kapitalrücklagen

⁴ zu 4.: davon Investitionszuschüsse: 999 T€ (2009), 1.020 T€ (2008); davon Ausgleichszahlungen für Schülerverkehr gemäß § 45a PBefG: 1.644 T€ (2009), 1.610 T€ (2008)

⁵ zu 4.: Gesellschafterbeiträge

⁶ zu 1.: in 2008: Anteil des Landkreises Teltow-Fläming an der Stammkapitalerhöhung von insgesamt 21 T€ (davon 39,5 %)

⁷ zu 1.: Erwerb Stammkapitalanteil (entspr. 5 %); zu 4.: Betriebskostenzuschuss

3 Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

Im Folgenden erfolgt die Einzeldarstellung der Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming an Unternehmen des privaten Rechts gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 BbgKVerf einschließlich der mittelbaren Beteiligungen.

3.1 Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH, Jüterbog (SWFG)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Markt 15/16
14913 Jüterbog

E-MAIL

info@swfg.de

HOMEPAGE

www.swfg.de

GRÜNDUNG

20.12.1991



Die SWFG mbH wurde auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 108 des Kreistages des damaligen Landkreises Zossen vom 09.12.1991 am 20.12.1991 gegründet. Der Beitritt des ehemaligen Landkreises Luckenwalde erfolgte auf Grundlage des Kreistagsbeschlusses Nr. 221/92 vom 02.07.1992.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 20.12.1991 notariell beurkundet und zuletzt durch den Gesellschafterbeschluss vom 15.06.2009 geändert (Geschäftskosten und Aufwendungen der Gesellschaft sowie Aufsichtsrat).

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Landkreises Teltow-Fläming und seiner Gemeinden durch die umwelt- und sozialverträgliche Förderung des Fremdenverkehrs sowie des Wirtschafts- und Gemeindelebens.

Zum Zweck der Gesellschaft gehört es insbesondere, ergänzend zu den wirtschaftsfördernden Tätigkeiten der Gesellschafter

- a) für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben im Gebiet der Gesellschaft zu werben,
- b) zu gründende und ansässige Betriebe sowie Fremdenverkehrseinrichtungen zu fördern,
- c) Hilfestellungen für Klein- und Mittelbetriebe zu geben,
- d) den Landkreis Teltow-Fläming und seine Kommunen bei der örtlichen und überörtlichen Planung zu beraten,
- e) den Aufbau wirtschaftsnaher Infrastruktur zu fördern.

(§ 2 Abs. 1 und 2 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

3.956.050,00 €

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	97,8653 %	3.871.600,00 €
Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam:	2,0690 %	81.850,00 €
VR-Bank Fläming eG:	0,0657 %	2.600,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

Biotechnologiepark Luckenwalde GmbH (BTPL):	100 %
Service-Agentur Teltow-Fläming GmbH (SEAG):	100 %
Flaeming-Skate GmbH (FS):	100 %
NEG Nunsdorfer Entwicklungsgesellschaft mbH:	49 %
UP Transfer Gesellschaft für Wissens- und	
Technologietransfer mbH an der Universität Potsdam:	6 %
EWZ Entwicklungsgesellschaft Waldstadt Wünsdorf/Zehrendorf mbH:	0,13 %
Kooperationsnetzwerk Biotechnologie / Life Sciences Potsdam:	0 %
(Einlage 6.372,71 €)	

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung
Gesellschafterversammlung
Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Herbert Vogler

MITGLIEDER DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Herr Peer Giesecke	(Vorsitzender, Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Ernst Dienst	(Vorstand der Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam)
Frau Dr. Carola Seiler	(Vorstand der VR-Bank Fläming eG)

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat besteht aus der/dem Vorsitzenden des Kreistages als Vorsitzende/n, je einem Vertreter der übrigen Gesellschafter, einem vom Kollegium aller Amtsdirektoren und aller hauptamtlicher Bürgermeister zu bestimmenden Vertreter der Städte und Gemeinden des Landkreises sowie vier weiteren Vertretern des Kreistages, darunter die/der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft des Kreistages.

Herr Klaus Bochow	(Vorsitzender, Kreistagsvorsitzender des Landkreises Teltow-Fläming)
Frau Martina Borgwardt	(Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, Vorsitzende des Kreistagsausschusses für Wirtschaft)
Herr Bernd Rüdiger	(Vertreter der hauptamtlichen Bürgermeister und des Amtsdirektors)
Herr Ernst Dienst	(Vorstand der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam)
Frau Dr. Carola Seiler	(Vorstand der VR-Bank Fläming eG)

Mit dem Kreistagsbeschluss Nr. 4-0615/10-LR vom 28.06.2010 wurde die am 01.04.2009 durch die Gesellschafterversammlung beschlossene und am 28.07.2011 ins Handelsregister übernommene Änderung bezüglich der Zusammensetzung des Aufsichtsrats der SWFG mbH umgesetzt. Insofern gehören seit 2010 auch vier weitere Vertreter (neben dem Kreistagsvorsitzenden) des Kreistages des Landkreises Teltow-Fläming dem Aufsichtsrat an. Dieser tagte erstmalig am 07.09.2010 in neuer Zusammensetzung:

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

Herr Christoph Schulze	(Vorsitzender, Kreistagsvorsitzender des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Peer Giesecke	(Landrat des Landkreises Teltow-Fläming, SPD)
Frau Martina Borgwardt	(Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, FDP Vorsitzende des Kreistagsausschusses für Wirtschaft)
Herr Detlev von der Heide	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, SPD)
Frau Maritta Böttcher	(Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, Die Linke)
Herr Hermann Kühnapfel	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, CDU)
Herr Frank Gerhard	(Vertreter der hauptamtlichen Bürgermeister und des Amtsdirektors)
Herr Ernst Dienst	(Vorstand der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam)
Frau Dr. Carola Seiler	(Vorstand der VR-Bank Fläming eG)

ABSCHLUSSPRÜFER

WIKOM AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN UND LAGEBERICHT (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2010	2009	2008	2009 zu 2010	2008 zu 2009	2009 zu 2010	2008 zu 2009
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	79,5%	75,7%	88,9%	3,9%	-13,3%	5,1%	-14,9%
Eigenkapitalquote	0,0%	0,0%	-10,5%	0,0%	10,5%	0,0%	100,0%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	19,8%	20,0%	14,2%	-0,2%	5,8%	-1,2%	41,3%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.814,7 T€	5.857,5 T€	- T€	- 4.042,80 T€	5.857,50 T€	-69,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	101,1%	104,7%	87,2%	-3,6%	17,6%	-3,4%	20,1%
Zinsaufwandsquote	45,0%	41,6%	45,8%	3,4%	-4,1%	8,2%	-9,1%
Zinsaufwandsquote ²	17,2%	29,1%	28,8%	-11,9%	0,3%	-40,9%	1,0%
Liquidität 3. Grades	79,6%	49,1%	48,6%	30,5%	0,5%	62,1%	1,0%
Cashflow	- 512,4 T€	- 1.282,2 T€	- 1.443,8 T€	769,8 T€	161,7 T€	60,0%	11,2%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	29,4 T€	29,2 T€	- 328,3 T€	0,1 T€	357,5 T€	0,5%	108,9%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	0,1%	-1,5%	-0,2%	1,7%	-1,4%	108,6%	-875,3%
Umsatz	2.468,3 T€	3.244,4 T€	3.113,4 T€	- 776,1 T€	131,0 T€	-23,9%	4,2%
Jahresergebnis	- 1.061,1 T€	- 1.986,7 T€	- 1.482,8 T€	925,5 T€	- 503,9 T€	46,6%	-34,0%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	57,2%	34,6%	32,2%	22,6%	2,4%	65,4%	7,6%
Personalintensität	21,8%	24,2%	20,2%	-2,3%	3,9%	-9,7%	19,5%
Anzahl der Mitarbeiter	22	20	19	2	1	10,0%	5,3%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

² unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Landkreises der SWFG mbH übertragenen Aufgaben, sowohl die Pflichtaufgaben als auch die freiwilligen Aufgaben, wurden von der Gesellschaft auch im Jahre 2010 im vollen Umfang erfüllt.

Die Aktivitäten im Biotechnologiepark Luckenwalde (BTPL) führten zu neuen Ansiedlungen, insbesondere im Vermietungsbereich, die Betreuung kleiner und kleiner mittelständiger Unternehmen ist in bewährter Form fortgeführt worden. In der Datenbank der von der SWFG mbH betreuten Unternehmen haben sich mehr als 2400 Unternehmen eintragen lassen. Durch die monatlichen Zusammenkünfte der Steuerungsgruppe mit den Vertretern von Arbeitsagentur, ARGE TF, IHK, ILB, Kreishandwerkerschaft, LK, ZAB, Städte Jüterbog, Luckenwalde, Ludwigsfelde, Trebbin und Zossen und der Gemeinde Am Mellensee und Nuthe-Urstromtal, ZAL und Netzwerk „Zukunft“ sowie den SWFG-Firmenbetreuern sind die Aktivitäten bis hin zu landesweit praktizierten Projekten koordiniert. In diesen Zusammenkünften werden Besuche bei Firmen abgestimmt, die dann miteinander durchgeführt werden, Ausbildungsplätze, freie Stellen, Praktikums- und Schülerarbeitsplätze gemeinsam akquiriert und die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsunternehmen und Schulen koordiniert. Die in den

Unternehmen aufgeworfenen Probleme werden zielgerichtet vom kompetentesten Partner aufgenommen und einer Lösung zugeführt. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt, dass die Schwerpunkte sich deutlich in Richtung Fach- und Arbeitskräftesicherung verschieben. Für die Ansiedlung von Unternehmen sind kaum noch Fördermittel entscheidend, vielmehr gewinnt die Region den Ansiedlungswettbewerb, in der entsprechende Arbeitskräfte bereitgestellt werden können. Dem trägt die SWFG mbH Rechnung, indem im Rahmen des Netzwerkes Mittelstand die Fachkräftesicherung bis hin zu Ingenieurpersonal als Schwerpunktaufgabe begriffen wurde. Weitere Umstrukturierungen des Netzwerkes wurden im Jahre 2011 begonnen. Für die KMU wurden die direkten Hilfen bei der Vorbereitung von Fördermittelanträgen (GRW-Mittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – ehemals GA-Mittel) weiter verbessert, die Stellungnahmen im Auftrag des Landkreises wurden wie in den vergangenen Jahren in bewährter Qualität durchgeführt.

Sowohl im BTPL als auch in den Gewerbegebieten in Dahlewitz kam es zu weiteren Grundstücksverkäufen an gewerbliche Unternehmen. Im BTPL hat die ZAL GmbH Ludwigsfelde eine Teilfläche für den Bau eines Seminargebäudes erworben, es wird ein Ausbildungszentrum für Biotechnologielaboranten und Chemielaboranten entstehen. Die Firma Gießbach hat zur Erweiterung ihrer Produktionsmöglichkeiten eine neben dem jetzigen Firmengebäude im BTPL gelegene Fläche erworben. Im GE „Zülowstraße“ hat ein Handelsunternehmen eine Teilfläche gekauft.

Die Anstrengungen für Veräußerungen von Immobilien in allen Bereichen werden verstärkt, auch unter Hinzuziehung von Maklern. Das gilt sowohl für Immobilien, die schon lange im Bestand der SWFG mbH sind, als auch für neu erworbene Immobilien. Für die Veräußerung des BTPL wurden zwei unabhängige Makler beauftragt.

Die Koordination der Aktivitäten der Mobilfunkanbieter wird von der SWFG mbH im Auftrag des Landkreises weitergeführt.

Die im Jahre 2007 von der SWFG mbH in Abstimmung mit dem Landkreis und den Städten und Gemeinden übernommene Aufgabe, Möglichkeiten zu eruieren, den Landkreis flächendeckend mit Breitband zu versorgen, hat zu ersten Ergebnissen bei der Versorgung mittels Richtfunk im Norden des Landkreises und über das Unternehmen Telekom im Raum Jüterbog geführt. Die dazu erforderlichen finanziellen und personellen Veränderungen wurden durchgeführt.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Der Hauptgesellschafter Landkreis Teltow-Fläming erbringt seit Jahren erhebliche Leistungen zur Stärkung der SWFG mbH. Das geschah vorrangig durch Einlagen in Form von Immobilien in das Stammkapital, als Verlustausgleich in Form von Barmitteln und durch die Übernahme von Ausfallbürgschaften für Investitionskredite. Seit dem Jahre 2003 hat der Hauptgesellschafter die Verlustausgleiche nicht mehr in voller Höhe vorgenommen, so dass in der SWFG mbH eine angespannte Finanzlage entstanden ist. Die Situation wurde durch eine Bareinlage des Landkreises in Höhe von rund fünf Millionen Euro im Januar 2010 gemildert. Da die Gesellschaft auch in Zukunft nicht auf Gewinnerzielung angelegt ist – allein im BTPL werden trotz eventueller Einmaleffekte jährliche Verluste in Höhe mehrerer hunderttausend Euro zu verzeichnen sein –, sind Barzuführungen des Hauptgesellschafters zum Ausgleich der Verluste unumgänglich. Andererseits sind seitens der Gesellschaft die Initiativen zu verstärken, durch Veräußerungen (Einmaleffekte) und durch damit verbundene Umstrukturierung zur Sicherung der Liquidität des Unternehmens beizutragen.

Im Berichtsjahr hat sich die Bilanzsumme um rund 3.400 T€ vermindert (-8 %), auch das Anlagevermögen nahm um rd. 1.082 T€ ab (-3,4 %). Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Berichtsjahr ein geänderter Ausweis der Investitionszuschüsse vorgenommen wurde. Unter Beibehaltung der bisheri-

gen Systematik hätte die Bilanzsumme sich erhöht. Durch die Einlage des Landkreises hat sich das Eigenkapital wieder erhöht. Aufgrund der Bilanzierungsänderung im Berichtsjahr, im Zuge derer die Investitionszuschüsse nicht mehr als Eigenkapital ausgewiesen werden, wird im Berichtsjahr ein Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 1.815 T€ ausgewiesen. Die entsprechende Anpassung im Vorjahr zeigt dort ein negatives Kapital in Höhe von 5.858 T€. Durch die Zuführungen des Landkreises im Januar 2010 konnte die Höhe der Fremdfinanzierung für Investitionen und zur Finanzierung des Verlustes (Fremdkapital) auf rd. 27.583 T€ gesenkt werden (Vj. 31.207 T€). Echte Tilgungen der SWFG mbH, d.h. ohne Ablösung einer Zwischenfinanzierung, wurden in Höhe von rund 1.500 T€ vorgenommen. Dahinter stehen planmäßige Tilgungen und Sondertilgungen durch Verkaufserlöse. Die Entwicklung des Eigenkapitals ist insbesondere mit Blick auf die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft kritisch zu beobachten. Für die folgenden Wirtschaftsjahre sind Maßnahmen zur Verbesserung der Eigenkapitalsituation und Stabilisierung der Gesellschaft geplant.

Der für kommunale Wirtschaftsförderungsgesellschaften relativ hohe Immobilienbestand der SWFG mbH wirkt sich auch auf die Bilanzstruktur aus. So beträgt der Anteil des Anlagevermögens 79,5 % (Vj. 75,7 %) vom Gesamtvermögen. Dem steht ein entsprechend hoher Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber. Die langfristige Bindung des Kapitals kann die Flexibilität, d.h. die Fähigkeit der Gesellschaft, sich auf verändernde Rahmenbedingungen einzustellen, einschränken. Daher soll der Anteil des Anlagevermögen sowie des entsprechenden Fremdkapitals an der Bilanzsumme in den nächsten Jahren kontinuierlich reduziert werden. Folglich besteht in Verbindung mit einer entsprechenden Verringerung der Bilanzsumme die Möglichkeit, das vorhandene Eigenkapital aufzuwerten und die Eigenkapitalquote zu steigern.

Der Anlagendeckungsgrad II liegt mit 101,1 % (Vj. 104,7 %) unter dem durchschnittlichen Zielwert von 110 bis 150 %. Grund dafür ist das Verhältnis der hohen Anlagenintensität in Verbindung mit der vergleichsweise geringeren Eigenkapital- sowie mittel- bis langfristigen Fremdkapitalausstattung. Diese Fristeninkongruenz wird auch bei Betrachtung der Liquidität 3. Grades deutlich. Insofern deckt das kurzfristige Vermögen (Umlaufvermögen) der SWFG mbH die kurzfristigen Verbindlichkeiten nur zu 79,6 % (Vj. 49,1 %). Der Zielwert liegt dagegen bei über 120 %. Insgesamt zeigen diese Positionen die angespannte Finanzsituation der Gesellschaft auf.

Die mit dem großen Immobilienbestand einhergehenden Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 30,5 Mio. € (Vj. 33,2 Mio. €) führen wiederum zu einer starken Zinsbelastung und einer vergleichsweise hohen Zinsaufwandsquote von 17,2 % (Vj. 29,1 %).

Zusätzlich zum Zinsaufwand wird das Jahresergebnis der Gesellschaft insbesondere durch die Personalaufwendungen, Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 6.237,3 T€ (Vj. 6.263,7 T€) belastet. Zugleich ist das Jahr 2010 gekennzeichnet von gesunkenen Umsatzerlösen um 776,1 T€ auf 2.468,3 T€ (-23,9 %), denen wiederum um 734,5 T€ auf 2.132,1 T€ gestiegene sonstige betriebliche Erträge gegenüberstehen. Letztlich verringerte sich der Jahresfehlbetrag jedoch im Vergleich zum Vorjahr um 925,5 T€ auf 1.061,1 T€ (Vj. 1.986,7 T€). Die Verbesserung wurde, neben der Bilanzierungsänderung betreffend die Gewerbegebiete des Vorratsvermögens, durch Erhöhung der Mieteinnahmen (höherer Vermietungsstand), durch Investitionen in die GE „Zülowstraße“ und „Eschenweg Nord“ im Ortsteil Dahlewitz der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow und durch Veräußerungen erreicht.

Der Personalaufwand ist in 2010 gegenüber dem Vorjahr um 26 % auf nunmehr 1.412,4 T€ gestiegen. Ursache sind die Zuführungen zur Rückstellung für Altersteilzeit. Damit einhergehend stieg auch die Personalaufwandsquote – entsprechend der Aufstockung der Mitarbeiterzahl – stetig an.

Auf Grund des hohen Gesamtkapitals von 38.288 T€, welches der Gesellschaft zur Verfügung steht, ergibt sich trotz des ausgewiesenen Millionenverlustes eine verhältnismäßig niedrige Gesamtkapital-

rentabilität von 0,1 % (Vj. -1,5 %). Ohne Verlustausgleich bzw. Zuwendungen anderer Art durch den Gesellschafter wäre der jährliche Verzehr des Eigenkapitals bei anhaltend negativer Entwicklung existenzgefährdend für das Unternehmen. Insofern ist die bereits eingeleitete Konsolidierungspolitik in Verbindung mit angestrebten Einmaleffekten in den folgenden Wirtschaftsjahren von besonderer Bedeutung für die Existenzsicherung der SWFG mbH.

Die hohe Kostenbelastung wirkt sich auch auf den erwirtschafteten Cash-Flow, also dem um Abschreibungen, die Auflösung von Sonderposten, der Zu- bzw. Abnahme der Rückstellungen sowie dem außerordentlichen Ergebnis bereinigten Jahresergebnis, aus. Die Gesellschaft weist im Dreijahresrückblick jährlich einen negativen Cash-Flow – auch Cash-Loss genannt. Diese anhaltend negative Aussage über die Innenfinanzierungskraft des Unternehmens bestätigt entsprechend der geringen Liquiditätsgrade die schwierige Finanzlage der Gesellschaft.

Etwas positiver stellt sich die Entwicklung der zahlungswirksamen Veränderung des Finanzmittelbestandes, also die Summe aus Jahres-Cash-Flow sowie dem Mittelzu- bzw. -abfluss aus Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit der SWFG mbH, dar. Sie beträgt in 2010 erneut rd. 29,4 T€ (Vj. 29,2 T€) und hat sich im Vergleich zum Jahr 2008 mit -328 T€ deutlich verbessert. Bedeutendster Bestandteil zur Liquiditätserhaltung ist dabei der Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit mit einer Nettokreditaufnahme von rd. 1.479 T€.

Insgesamt ist die SWFG mbH gegenüber dem Vorjahr in einer deutlich besseren Lage. Trotzdem bleibt eine der Hauptaufgaben bestehen, die vorhandenen Reserven im Immobilienbereich zu erschließen. Nach wie vor ist die Verbesserung der Liquidität der SWFG mbH eine der vordringlichsten Aufgaben. Das kann sowohl durch Geschäfte mit kontinuierlichen Einnahmen als auch durch Einmaleffekte geschehen. Zu diesem Zweck sind mehrere Maklerfirmen eingeschaltet worden, um den Immobilienbestand zu veräußern.

CHANCEN UND RISIKEN

Für das Agieren der SWFG mbH im Hinblick auf die Verbesserung der Ertragslage ist die veränderte Wirtschaftslage durch den Bau des Flughafens BER sehr vorteilhaft. Die SWFG mbH arbeitet auf Landesebene in allen relevanten Gruppen mit und agiert selbst im Bereich Dahlewitz für die Vermarktung eigener Immobilien. Die von der SWFG mbH entwickelten Gewerbegebiete (GE) in Blankenfelde-Mahlow, OT Dahlewitz liegen nur acht Kilometer vom BBI entfernt, in ihnen bieten sich gute Gelegenheiten zur Vermarktung. Im GE „Zülowstraße“ sind einige Veräußerungen gelungen, weitere werden folgen.

Die MBS-Immobilien sicherten der SWFG Einnahmen, solange sie im Besitz der SWFG mbH waren, die zur Verbesserung der Gesamtsituation beitrugen. Durch die Veräußerung werden Einmaleffekte erzielt, die kurzzeitig zu drastischen Verbesserungen der Finanzsituation der Gesellschaft führen können.

Der Biotechnologiepark Luckenwalde bleibt das Hauptprojekt der SWFG mbH. Nachdem mit Aristo Tech und Human Biosciences zwei substanzielle Investitionen gelungen sind, gilt es, weitere Flächen zu vermarkten. Der Vermietungsstand konnte weiter verbessert werden, vor allem die Firma LGC, eine englische Gesellschaft, expandiert und mietet jährlich neue Flächen an. Mit den Veräußerungen an die Firmen Richard Grießbach Feinmechanik GmbH und ZAL GmbH sind die veräußerbaren Flächen weiter reduziert worden.

Die flächenmäßige Breitbandversorgung im LK TF ist eine wesentliche Voraussetzung für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Teltow-Fläming. Mit der veränderten Strategie des Landes Brandenburg sind die Bedingungen für die Umsetzung der Vorstellungen des Landkreises Teltow-Fläming

deutlich besser geworden. Die Maßnahmen sind in der Realisierungsphase. Der Stellenwert des LK TF bei Investoren wird deutlich gesteigert werden, da eine gute Breitbandverbindung von Unternehmen als außerordentlich wichtiger Standortfaktor angesehen wird. Über die Koordinierungsvereinbarungen der SWFG mbH mit fast allen Städten und Gemeinden des Landkreises wird der Landkreis im Jahre 2012 flächendeckend mit breitbandigem Internet versorgt sein.

Voraussetzung für die Weiterführung der Aktivitäten der SWFG mbH ist nach wie vor die Sicherung der Liquidität. Die Gegenüberstellung der kurzfristigen Mittel und des kurzfristigen Mittelbedarfs zeigt zum 31.12.2010 eine Unterdeckung in Höhe von rd. 2 Mio. €. Da bei Immobilienverkäufen die Verkaufserlöse frühestens nach sechs Monaten zur Verfügung stehen, die Einnahmen zuerst zur Tilgung von Krediten eingesetzt werden und nur ein Teil zur Deckung der Betriebskosten eingesetzt werden kann, ist mit Veräußerungen das Liquiditätsproblem nur kurzzeitig aus der Welt zu schaffen. Zuführungen des Hauptgesellschafters sind unumgänglich, wenn die Gesellschaft ihre Aufgaben auch weiterhin erfüllen soll. Dazu hat sich der Hauptgesellschafter aber auch bekannt. Der Kreistag hat beschlossen, jährlich bis zu einer Million Euro für die SWFG mbH bereitzustellen. Die Gesellschaft muss deshalb über Einmaleffekte so viel Finanzmittel generieren, dass keinerlei Fremdfinanzierung mehr nötig ist, die zurzeit mit mehr als 1,1 Mio €/a „erkauft“ wird.

Die SWFG mbH war nie auf Gewinnerzielung angelegt. Der Landkreis hat als Hauptgesellschafter die laut Gesellschaftervertrag vorgesehenen Verlustausgleiche auf Grund der Haushaltslage seit dem Jahre 2003 nur noch sporadisch und im geringen Umfang durchgeführt, in der Regel nur noch dann, wenn Finanzmittel auf dem Kapitalmarkt nicht mehr zu beschaffen waren. Deshalb wurde in der SWFG mbH ab dem Jahre 2007 mit der Einstellung der wirtschaftlichen Aktivitäten der BTPL GmbH ein Umstrukturierungsprozess eingeleitet, der zur Kostenreduzierung führt. Durch die komplizierten Gesellschaftsverhältnisse, z.B. war ein privater Anteilseigner in einer Beteiligung der SWFG mbH involviert, wurden erst im Jahre 2010 die ersten größeren Kostenreduzierungen sichtbar. Der Hauptgesellschafter Landkreis Teltow-Fläming hat wegen der angespannten Haushaltslage und der deshalb im Kreistag angemahnten Kostentransparenz die Absicht, einzelne Geschäftsfelder der SWFG mbH wieder in die Kreisverwaltung einzugliedern. Dies gilt besonders für die Beratungsleistungen, die die SWFG mbH für den Landkreis erbringt.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Eine besondere Bedeutung kommt der Sicherung der Liquidität der Gesellschaft zu. Ein bedeutender Schritt ist in diesem Zusammenhang die Vermarktung der sogenannten MBS-Immobilien. Die damit generierten liquiditäts- und ertragsseitigen Einmaleffekte werden voraussichtlich zu einer kurzfristigen Verbesserung der Finanzsituation der Gesellschaft führen. Durch die intensivierte Vermarktungsaktivitäten sollen weitere Veräußerungserfolge folgen. Die Veräußerungserlöse stehen dann zur Rückführung der Verbindlichkeiten der SWFG mbH zur Verfügung. Die Gesellschaft kann ihrer originären Geschäftstätigkeit so noch besser nachkommen und gleichzeitig eigenständig zu einer weiteren Stabilisierung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen.

Im Hinblick auf die Stärkung der Position der Gesellschaft spielt auch die zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming als Hauptgesellschafter und der SWFG mbH abgeschlossene Zielvereinbarung 2011 – 2013 eine große Rolle. Damit erfolgt eine schriftliche Definition der Ziele, Handlungsfelder und Aktivitäten der Gesellschaft entsprechend ihres im Gesellschaftsvertrag formulierten Gesellschaftszweckes. Ebenso wurden die mittelfristigen Planungsziele – unterlegt durch einen entsprechenden Wirtschaftsplan – zwischen der Gesellschaft und dem Landkreis abgestimmt. Sie bieten zukünftig die Basis des wirtschaftlichen Handelns der SWFG mbH.

In einer in 2011 gebildeten Arbeitsgruppe des Kreistages wird die Struktur der künftigen Wirtschaftsförderung des Landkreises neu festgelegt. Nach Vorliegen der Ergebnisse der AG kommt es zur weiteren Umstrukturierung der SWFG mbH, wovon auch die künftigen Geschäftsfelder der SWFG mbH betroffen sein werden.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2010	2009	2008
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	2.154,0 T€	- T€	- T€
2. Verlustausgleiche	2.950,0 T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen ¹	20.470,0 T€	21.549,9 T€	21.770,7 T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

¹ Ausfallbürgschaften des Landkreises

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Gemäß § 122 Abs. 2 BbgKVerf fördert der Landkreis insbesondere die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung seines Gebiets zum Wohle der Einwohner. Dazu bedient er sich unter anderem der SWFG mbH.

Bei der Wahrnehmung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben arbeitet die Gesellschaft mit anderen Institutionen und Verwaltungen – auch kreisübergreifend – zusammen.

6. SONSTIGES

Die SWFG mbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	30.446,0	31.528,6	-1.082,5
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2,3	0,8	1,5
II. Sachanlagen	30.351,3	31.319,9	-968,6
III. Finanzanlagen	92,4	207,9	-115,5
B. Umlaufvermögen	5.967,7	4.245,4	1.722,3
I. Vorräte	4.371,2	2.785,7	1.585,5
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.370,4	1.263,0	107,4
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	226,1	196,7	29,4
C. Rechnungsabgrenzungsposten	60,2	36,0	24,2
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.814,7	5.857,5	-4.042,9
Bilanzsumme	38.288,6	41.667,5	-3.378,9
Passiva			
A. Eigenkapital	0,0	0,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	3.956,1	3.956,1	0,0
II. Kapitalrücklage	2.154,0	0,0	2.154,0
III. Verlustvortrag	-6.863,6	-7.826,9	963,3
IV. Jahresfehlbetrag	-1.061,1	-1.986,7	925,5
V. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.814,7	5.857,5	-4.042,9
B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen	7.563,2	8.331,0	-767,8
C. Rückstellungen	172,7	165,4	7,3
D. Verbindlichkeiten	30.536,8	33.152,9	-2.616,0
E. Rechnungsabgrenzungsposten	15,8	18,2	-2,4
Bilanzsumme	38.288,6	41.667,5	-3.378,9
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2010			
1. Umsatzerlöse	2.468,3	3.244,4	-776,1
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.865,2	0,0	1.865,2
3. sonstige betriebliche Erträge	2.132,1	1.397,6	734,5
4. Personalaufwand	1.412,4	1.122,6	289,8
5. Abschreibungen	1.198,7	1.295,7	-97,0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.515,7	2.495,2	1.020,5
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50,3	23,5	26,8
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen	110,5	0,0	110,5
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.111,7	1.350,3	-238,5
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme	132,1	167,9	-35,7
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-965,2	-1.766,1	800,9
12. außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
13. außerordentliche Aufwendungen	0,0	123,9	-123,9
14. außerordentliches Ergebnis	0,0	-123,9	123,9
15. sonstige Steuern	95,9	96,7	-0,7
16. Jahresfehlbetrag	-1.061,1	-1.986,7	925,5

Die Beteiligungen der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH in Zahlen

3.1.1 Biotechnologiepark Luckenwalde GmbH (BTPL)

Gesellschafter: 100 % SWFG mbH

Geschäftsführung: Herr Herbert Vogler

Die GmbH hat ihre wirtschaftliche Tätigkeit seit 2008 eingestellt. Das Gewerbe wurde zum 31.12.2010 abgemeldet. Die bisherigen Aufgaben werden durch eine Abteilung der SWFG mbH wahrgenommen.

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	1,2	2,1	-0,9
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0
II. Sachanlagen	1,2	2,1	-0,9
B. Umlaufvermögen	50,3	50,9	-0,6
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	50,0	50,6	-0,6
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	0,3	0,3	0,0
Bilanzsumme	51,5	53,1	-1,6
Passiva			
A. Eigenkapital	0,0	0,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	51,1	51,1	0,0
II. Kapitalrücklage	0,1	0,5	-0,4
III. Jahresüberschuss	0,2	0,0	0,2
B. Rückstellungen	0,0	0,8	-0,8
C. Verbindlichkeiten	0,1	0,7	-0,7
Bilanzsumme	51,5	53,1	-1,6

3.1.2 Service-Agentur Teltow-Fläming GmbH (SEAG)

Gesellschafter: 100 % SWFG

Geschäftsführung: Herr Herbert Vogler

Im Jahre 2010 hat die SEAG mbH ihre wirtschaftliche Tätigkeit eingestellt.

Die Geschäftsfelder werden in die GAG mbH, bei der der Landkreis Hauptgesellschafter ist, übernommen und in der neu zu gründenden Abteilung Büroservice weitergeführt. Damit werden leistungsstarke Strukturen geschaffen, Hierarchien werden flacher und die im weitesten Sinne wirtschaftsfördernde Arbeit aller von der Umstrukturierung betroffenen kreislichen Gesellschaften effektiver gestaltet.

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	0,0	2,5	-2,5
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,5	-0,5
II. Sachanlagen	0,0	2,0	-2,0
B. Umlaufvermögen	56,8	17,1	39,7
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	46,8	11,2	35,6
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	10,1	5,9	4,2
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,9	1,7	-0,9
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	111,4	77,4	33,9
0 Bilanzsumme	169,1	98,8	70,3
Passiva			
A. Eigenkapital	0,0	0,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	63,9	63,9	0,0
II. Verlustvortrag	-141,3	-16,9	-124,4
III. Jahresfehlbetrag	-33,9	-124,4	90,5
IV. nicht gedeckter Fehlbetrag	111,4	77,4	33,9
B. Rückstellungen	0,0	1,0	-1,0
C. Verbindlichkeiten	169,1	97,7	71,4
Bilanzsumme	169,1	98,8	70,3

3.1.3 Flaeming-Skate GmbH (FS)

Gesellschafter: 100 % SWFG mbH

Geschäftsführung: Herr Herbert Vogler

Im Zuge der Umstrukturierungen der SWFG – Firmengruppe wurde die wirtschaftliche Tätigkeit der FS GmbH in 2010 eingestellt und die Leistungsfelder in die Muttergesellschaft, der SWFG mbH, Abteilung Fläming-Skate, weitergeführt. Damit werden leistungsstarke Strukturen geschaffen, Hierarchien werden flacher und die im weitesten Sinne wirtschaftsfördernde Arbeit aller von der Umstrukturierung betroffenen kreislichen Gesellschaften effektiver gestaltet.

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	9,3	11,5	-2,2
I. Sachanlagen	9,3	11,5	-2,2
B. Umlaufvermögen	49,6	63,4	-13,8
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	30,3	51,1	-20,8
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	19,3	12,3	7,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,9	-0,9
Bilanzsumme	58,9	75,7	-16,8
Passiva			
A. Eigenkapital	25,0	25,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	25,0	25,0	0,0
II. Kapitalrücklage	35,3	35,3	0,0
III. Verlustvortrag	-35,3	-35,3	0,0
IV. Jahresfehlbetrag	0,0	0,0	0,0
B. Rückstellungen	0,0	2,8	-2,8
C. Verbindlichkeiten	33,9	46,4	-12,5
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	1,6	-1,6
Bilanzsumme	58,9	75,7	-16,8

3.1.4 NEG Nunsdorfer Entwicklungsgesellschaft mbH

Gesellschafter: 49 % SWFG und 51 % Herr Dipl.-Ing. Dr. Rainer Töpel

Geschäftsführung: Herr Dipl.-Ing. Dr. Rainer Töpel und Herr Herbert Vogler

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	226,6	277,0	-50,4
I. Sachanlagen	226,6	277,0	-50,4
B. Umlaufvermögen	2,5	10,1	-7,7
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,7	9,4	-8,7
II. Guthaben bei Kreditinstituten	1,8	0,7	1,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3,9	4,0	-0,1
Bilanzsumme	233,0	291,2	-58,2
Passiva			
A. Eigenkapital	19,2	8,9	10,4
I. Gezeichnetes Kapital	25,0	25,0	0,0
II. Verlustvortrag	-16,1	-17,9	1,8
III. Jahresüberschuss	10,4	1,8	8,6
B. Rückstellungen	3,0	3,0	0,0
C. Verbindlichkeiten	210,8	279,3	-68,5
Bilanzsumme	233,0	291,2	-58,2

3.1.5 UP Transfer Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer mbH an der Universität Potsdam

Gesellschafter: 6 % SWFG mbH, 76 % Universität Potsdam, 6 % Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin- Brandenburg e.V., 6 % ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH und 6 % Industrie- und Handelskammer Potsdam

Geschäftsführung: Herr Prof. Dr. Muszynski (bis 30.04.2010) und Herr Dr. Andreas Bohlen

Die UP TRANSFER GmbH ist eine private gemeinnützige Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer an der Universität Potsdam. Die Gesellschaft wurde von der Universität Potsdam gemeinsam mit Partnern aus dem Bereich der Wirtschaftsförderung gegründet, um auf die Bedürfnisse des Marktes flexibler zu reagieren und die Kompetenzen der grundlagen- und anwendungsorientierten Forschungsbereiche der Hochschule enger mit der Wirtschaft zu verzahnen.

Der Gesellschaftszweck umfasst die Forschung, Entwicklung, Lehre, Bildung und Weiterbildung sowie die Ermöglichung eines Wissens- und Technologietransfer ohne unnötige bürokratische Schranken.

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	98,1	84,1	14,1
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	8,7	0,0	8,7
II. Sachanlagen	73,9	68,4	5,4
III. Finanzanlagen	15,6	15,6	0,0
B. Umlaufvermögen	1.256,5	959,2	297,3
I. Vorräte	13,3	11,5	1,9
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	264,3	102,4	161,8
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	978,9	845,3	133,6
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3,0	6,7	-3,7
Bilanzsumme	1.357,6	1.050,0	307,6
Passiva			
A. Eigenkapital	960,1	777,3	182,8
I. Gezeichnetes Kapital	25,6	25,6	0,0
II. Gewinnrücklagen	683,0	681,0	2,0
III. Gewinnvortrag	89,0	66,9	22,1
IV. Bilanzgewinn	162,5	3,8	158,8
B. Rückstellungen	145,9	49,4	96,5
C. Verbindlichkeiten	244,1	174,0	70,2
D. Rechnungsabgrenzungsposten	7,5	49,4	-41,8
Bilanzsumme	1.357,6	1.050,0	307,6

3.1.6 EWZ Entwicklungsgesellschaft Waldstadt Wünsdorf/Zehrendorf mbH

Gesellschafter: 0,13 % SWFG mbH, 99,87 % Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau,
Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg mbH i. L. (LEG)

Geschäftsführung: Frau Birgit Flügge

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	0,2	1,0	-0,8
I. Sachanlagen	0,2	1,0	-0,8
II. Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0
B. Umlaufvermögen	10.849,7	10.541,0	308,7
I. Vorräte	10.733,8	10.382,7	351,1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	39,2	121,4	-82,2
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	76,7	36,8	39,9
C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	52.198,3	47.331,4	4.866,9
Bilanzsumme	63.048,3	57.873,4	5.174,8
Passiva			
A. Eigenkapital	0,0	0,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	4.346,0	4.346,0	0,0
II. Verlustvortrag	51.677,4	50.853,3	824,0
III. Jahresfehlbetrag	4.866,9	824,0	4.042,9
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	52.198,3	47.331,4	4.866,9
B. Rückstellungen	5.690,6	1.227,1	4.463,5
C. Verbindlichkeiten	57.355,9	56.646,3	709,5
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1,7	0,0	1,7
Bilanzsumme	63.048,3	57.873,4	5.174,8

3.2 Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Besitzgesellschaft, Trebbin (FGS)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Am Flugplatz, 14959 Trebbin (OT Schönhagen)

E-MAIL

Info@edaz.de

HOMEPAGE

www.edaz.de

GRÜNDUNG

02.05.1991



Die Beteiligung des ehemaligen Landkreises Luckenwalde als Gesellschafter an der zu gründenden Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH erfolgte auf Grundlage des Beschlusses Nr. 079/91 des Kreistages vom 25.04.1991.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde am 02.05.1991 notariell beurkundet und zuletzt am 30.04.2009 notariell geändert.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages vom 20.03.2000 wurde die Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH durch den Zusatz - Besitzgesellschaft - umfirmiert und der Gegenstand des Unternehmens wie folgt neu gefasst:

Der Gegenstand des Unternehmens ist das Vorhalten des Flugplatzes in Schönhagen als Verkehrslandeplatz für den Geschäftsreiseverkehr, den privaten Luftverkehr, die Entwicklung der Infrastruktur, die Errichtung eines Luftfahrt-Technologieparks, die Vermietung und Verpachtung von Immobilien sowie die Vertretung des Standortes nach außen (Marketing).

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

Für die Organisation des eigentlichen Luftverkehrs wurde als Tochter zum 01.05.2000 eine Betriebsgesellschaft mit 50.000,00 € Stammkapital gegründet, deren Gesellschafter zu 100 % die Besitzgesellschaft ist. Die Besitzgesellschaft hat mit der Betriebsgesellschaft einen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen.

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

2.275.300,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	99,54 %	2.264.800,00 €
Stadt Trebbin:	0,46 %	10.500,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Betriebsgesellschaft:	100 %
--	-------

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Dr.-Ing. Klaus-Jürgen Schwahn

MITGLIEDER DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Herr Peer Giesecke (Vorsitzender, Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)

Herr Thomas Berger (Bürgermeister der Stadt Trebbin)

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat besteht aus dem Landrat des Landkreises Teltow-Fläming als Vorsitzendem, dem Bürgermeister der Stadt Trebbin, bis zu vier Mitgliedern der jeweils größten im Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming vertretenen Fraktionen sowie bis zu drei weiteren von der Gesellschafterversammlung berufenen Personen mit Fachkompetenz.

Besetzung des Aufsichtsrates der FGS mbH in 2010:

Herr Peer Giesecke (Vorsitzender, Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)

Frau Heide Igel (Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming)

Herr Thomas Berger (Bürgermeister der Stadt Trebbin)

Herr Andreas Kaden (Geschäftsführer der Lufthansa Bombardier Aviation Services GmbH
ehem. Präsident BBAA e.V.)

Herr Andreas Deckert (Leiter Verkehr Berliner Flughäfen)

Mit dem Kreistagsbeschluss Nr. 4-0303/09-LR vom 28.06.2010 wurde die am 01.04.2009 durch die Gesellschafterversammlung beschlossene und am 30.04.2009 notariell beurkundete Änderung des Gesellschaftsvertrages bezüglich der Zusammensetzung des Aufsichtsrats der FGS mbH umgesetzt. Insofern gehören seit 2010 auch vier Vertreter der jeweils größten im Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming vertretenen Fraktionen dem Aufsichtsrat an. Dieser setzt sich seitdem wie folgt zusammen:

Herr Peer Giesecke (Vorsitzender, Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)

Herr Thomas Berger (Bürgermeister der Stadt Trebbin)

Herr Andreas Kaden (Geschäftsführer der Lufthansa Bombardier Aviation Services GmbH)

Herr Andreas Deckert (Leiter Verkehr Berliner Flughäfen)

Frau Heide Igel (Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, SPD)

Herr Dr. Rudolf Haase (Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, Die Linke)

Herr Danny Eichelbaum (Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, CDU)

Herr Michael Baumecker (Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, BV)

ABSCHLUSSPRÜFER

Otto Schulz GmbH Luckenwalde

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

(Die Angaben beziehen sich auf den konsolidierten Jahresabschluss 2010 von Besitz- und Betriebsgesellschaft)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2010	2009	2008	2009 zu 2010	2008 zu 2009	2009 zu 2010	2008 zu 2009
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	93,5%	94,9%	96,0%	-1,4%	-1,2%	-1,4%	-1,2%
Eigenkapitalquote	33,2%	30,6%	25,6%	2,6%	5,0%	8,6%	19,5%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	76,0%	76,2%	72,4%	-0,2%	3,8%	-0,2%	5,3%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	103,2%	100,3%	96,0%	2,8%	4,3%	2,8%	4,5%
Zinsaufwandsquote	20,0%	29,0%	37,7%	-8,9%	-8,8%	-30,9%	-23,2%
Zinsaufwandsquote ²	12,2%	17,3%	21,0%	-5,1%	-3,7%	-29,4%	-17,5%
Liquidität 3. Grades	182,3%	105,7%	50,1%	76,5%	55,6%	72,4%	111,0%
Cashflow	- 445,0 T€	- 592,6 T€	- 588,6 T€	147,5 T€	- 4,0 T€	24,9%	-0,7%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	539,2 T€	- 206,1 T€	271,4 T€	745,3 T€	- 477,5 T€	361,6%	-176,0%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	-2,6%	-3,5%	-3,0%	0,9%	-0,5%	26,9%	-15,4%
Umsatz	898,1 T€	816,0 T€	806,6 T€	82,1 T€	9,4 T€	10,1%	1,2%
Jahresergebnis	- 696,7 T€	- 928,5 T€	- 920,6 T€	231,8 T€	- 8,0 T€	25,0%	-0,9%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	65,0%	74,8%	78,3%	-9,8%	-3,5%	-13,1%	-4,5%
Personalintensität	39,8%	44,7%	43,6%	-5,0%	1,1%	-11,1%	2,6%
Anzahl der Mitarbeiter	16	16	14	0	2	0,0%	14,3%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

² unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die FGS mbH erfüllt mit der Vorhaltung des Verkehrslandeplatzes (VLP) Schönhagen, der Entwicklung des Luftfahrt-Technologieparks, der Vermietung und Verpachtung von Immobilien sowie der Vertretung des Standortes nach außen (Marketing) die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben.

Insbesondere folgende Ereignisse und Entwicklungen waren im Jahr 2010 für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung:

Instrumentenanflug

Zur Genehmigung des Instrumentenflugbetriebes ist eine Hindernisbereinigung erforderlich. Der Landkreis als Hauptgesellschafter der Flugplatzgesellschaft kann eigene Aufforstungsmaßnahmen als Ersatzmaßnahmen in das Projekt einbringen. Die öffentliche Beteiligung des luftrechtlichen Genehmigungsverfahrens konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Damit ist eine weitere wichtige Hürde auf dem Weg zur Betriebsgenehmigung genommen.

Ansiedlung der Polizeihubschrauberstaffel

Die unmittelbar aus der gescheiterten Polizeiansiedlung entstandenen Kosten waren im Laufe des Jahres 2010 vom Land erstattet worden. Nicht erstattet wurden indirekte Kosten, z.B. für Aufwendungen für das Änderungsgenehmigungsverfahren des Baufeldes, den eigenen Arbeitsaufwand für Planung und Betreuung der Ansiedlung, Vorhalten von Büroräumen und Grundstücken vom Zeitpunkt der Ansiedlungsentscheidung bis zur geplanten Anmietung. Diese Kosten wurden dem Innenministerium in Rechnung gestellt. Die Forderung wurde vom Land zurückgewiesen. Der Aufsichtsrat der Flugplatzgesellschaft hat in seiner Sitzung vom 29.06.2011 beschlossen, an der Forderung festzuhalten und diese gegebenenfalls gerichtlich geltend zu machen.

Neuansiedlungen, Vermietungs- und Pachterfolge

Der Flugplatz konnte die Nachfrage nach Halleneinstellplätzen für Luftfahrzeuge in den letzten Jahren nur eingeschränkt und mit einer langen Warteliste erfüllen. Die Finanzierungs- und Betriebskosten standen stets in einem ungünstigen Verhältnis zu den am Markt erzielbaren Mieterlösen. Dadurch war die Nachfrage nach Hallenplätzen stets größer als das Angebot, wodurch die Betriebsgesellschaft auf entsprechende Erlöszuwächse aus Landegebühren, Treibstoffverkäufen und Serviceentgelte verzichten musste. Durch die Inbetriebnahme der Halle I mit 28 Flugzeugstellplätzen im Juni 2010 konnte der Flugplatz ein positives Signal setzen. Die Besitzgesellschaft hatte das entsprechende Baugrundstück auf Erbpachtbasis verpachtet und beabsichtigt die 2.500 m² große Halle im Jahr 2020 zu erwerben. Bis dahin hat die Betriebsgesellschaft die Halle insgesamt gemietet und vermietet die einzelnen Stellplätze mit Gewinn weiter. Da die Stellplätze der Halle I innerhalb weniger Wochen komplett vermietet werden konnten, war die Hausbank bereit, eine weitere Halle im Norden des Flugplatzes für ca. 20 Luftfahrzeuge inkl. Außenanlagen und Nebenkosten zu 100% zu finanzieren. Dank der zwischenzeitlich sehr niedrigen Zinsen und der gesunkenen Stahlpreise konnte die Flugplatzgesellschaft diese Halle V selber kostendeckend beauftragen. Eine Teilinbetriebnahme erfolgte noch im Dezember 2010, die endgültige Inbetriebnahme im März 2011. Bereits im Frühsommer 2011 war die Halle, bis auf wenige Reststellplätze, vermietet.

Ferner wurden im Sommer 2010 ein 1.860 m² großes Cessna Service- und Vertriebszentrum sowie ein neues 1.339 m² Betriebsgebäude der Firma HFD Hubschrauber- und Flugzeugdienst GmbH fertiggestellt. Auch in diesen Gewerbehallen konnten weitere Luftfahrzeuge mit Betreuungs-/Instandhaltungsverträgen fest stationiert werden. Das Cessna Zentrum konnte 2010 erfolgreich starten und hat bereits 2011 einen 758 m² großen Anbau realisiert.

Dank der Neubauten hat der Flugplatz, zusammen mit der bereits 2008 errichteten Einstellhalle X seit Anfang 2008 die Zahl der fest stationierten Luftfahrzeuge von ca. 70 auf rund 170 erhöht. Dies verbessert nicht nur die Umsätze des Flugplatzes, sondern auch der ansässigen Unternehmen. Ferner ist mit der hohen Zahl der stationierten Luftfahrzeuge eine kritische Größe überschritten worden, die es der Flugplatzgesellschaft nun, dank einer normalen Fluktuation, erlaubt, neue Stell-

platzanfragen kurzfristig erfüllen zu können. Dem Flugplatz gehen damit auch weniger Einnahmen durch abgewiesene Kunden verloren.

Mittlerweile sind 40 Unternehmen, Vereine und Verbände auf dem Flugplatzgelände angesiedelt. Weitere 36 Unternehmen aus Berlin und Brandenburg haben Luftfahrzeuge in Schönhagen stationiert und hierzu Hallenplätze gemietet. Die Liste der Unternehmen und Einrichtungen, die Schönhagen regelmäßig von außerhalb anfliegen, umfasst inzwischen rund 500 Kunden. Hinzu kommen zahlreiche Barzähler, deren Kundendaten nicht erfasst werden sowie der private Individualverkehr. Schönhagen hat damit seine Position als größter Verkehrslandeplatz der neuen Bundesländer im abgelaufenen Geschäftsjahr erheblich ausbauen können.

Insgesamt ist der Flugplatz Schönhagen als strukturfördernde Einrichtung zu betrachten. Neben der Entwicklung der Infrastruktur werden durch den Flugplatz Firmenansiedlungen in der Region beeinflusst bzw. begünstigt. Insofern nimmt der VLP als Multiplikator ebenso Aufgaben zur Wirtschaftsförderung im Landkreis Teltow-Fläming wahr.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die gesamte Branche der Allgemeinen Luftfahrt litt 2010 unter rückläufigen Verkehrszahlen. Dies hatte nicht nur landesweit negative Auswirkungen auf die Flugplätze, sondern auch auf die Betriebe, besonders in den Bereichen Ausbildung, Instandhaltung und Handel. Besonders die Ausbildung litt noch unter den reduzierten Stellenangeboten für Piloten, was sich dann auch auf die übrigen Betriebe und Flugplätze auswirkt. Auf der European General Aviation Conference auf dem Flugplatz Schönhagen anlässlich der ILA 2010 wurde u.a. die Entwicklung der Branche diskutiert. Aktuelle Studien, wie z.B. die weltweit führende Honeywell-Studie gehen davon aus, dass das hohe Niveau des Jahres 2008 erst wieder im Jahr 2017 erreicht und von dieser Basis ein weiteres Wachstum einsetzen wird. So mussten 2010 mehrere Flugschulen in Brandenburg ihren Betrieb einstellen, darunter zwei am Flugplatz Schönhagen. Allerdings waren diese Schulen bis zum Frühjahr 2011 wieder durch Neuansiedlungen ersetzt worden. Verstärkt wurden die negativen, wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2010 durch die überdurchschnittlich schlechten Witterungsbedingungen. Die sehr schneereichen Monate Januar bis März und dann wieder der Dezember führten zu zahlreichen Behinderungen des Luftverkehrs. Auch die Sommermonate waren, abgesehen vom Juni und Juli, durch viel Regen geprägt.

Vor dem Hintergrund dieser negativen Rahmenbedingungen hat sich der Flugplatz Schönhagen sehr gut behauptet. Die breite Aufstellung des Flugplatzes, die Kunden aus allen Verkehrssegmenten der Allgemeinen Luftfahrt anzieht, hat sich während der Wirtschaftskrise bewährt. So hat sich z.B. das „Billigsegment“ der Ultraleichtfliegerei, das sich besonders in Krisenzeiten positiv entwickelt, zu einem gewissen Ausgleich der Rückgänge bei den übrigen Verkehrszahlen geführt. Auch wurde der gesamtwirtschaftlich negative Trend mit niedrigen Zinsen und Baukosten vom Flugplatz selber aber auch von Unternehmen für neue Investitionen auf dem Flugplatzgelände genutzt. Die vier realisierten, neuen Bauvorhaben haben zu weiteren Luftfahrzeugstationierungen und Firmenansiedlungen geführt.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass am Flugplatz Schönhagen zum Ende des Jahres 2010 mehr Firmen angesiedelt und erheblich mehr Flugzeuge stationiert waren, als im Vorjahr, die aber gesamtwirtschaftlich bedingt weniger geflogen sind und somit weniger umgesetzt haben. Von daher ist der Flugplatz hervorragend gerüstet, um vom nächsten Aufschwung überproportional zu profitieren und weitere Marktanteile zu gewinnen. So konnte Schönhagen gut gerüstet in das Jahr 2011 gehen und die ersten Monate des Jahres mit einer sehr positiven Umsatzentwicklung starten.

Unter Berücksichtigung der Leistungen, die der Hauptgesellschafter (Landkreis Teltow-Fläming) gegenüber der FGS mbH in Form von Einlagen, Verlustausgleichen und Ausfallbürgschaften erbringt,

war die Gesellschaft 2010 wirtschaftlich stabil aufgestellt. Dabei ist zu beachten, dass Flugplätze als Mischgut aus privatwirtschaftlichen Unternehmen und öffentlicher Verkehrsinfrastruktur zu betrachten sind. Privatwirtschaftlichen Einnahmen stehen öffentliche Ausgaben zum Erhalt und der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur sowie der Sicherung der Betriebsbereitschaft gegenüber. Insbesondere die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben kann in der Regel nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt werden, da diese nicht rentierliche Aktivitäten bzw. Investitionen erfordert. Die in der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft begründete, fehlende Kostendeckung führte auch in 2010 zu einem negativen Jahresergebnis von -696,7 T€ (Vj. -928,5 T€). Trotz der daraus resultierenden Belastung konnte das Eigenkapital (ohne Sonderposten) in 2010 um 280,1 T€ auf 6,7 Mio. € gesteigert werden. Ermöglicht wurde dies durch Eigenmittel und Verlustausgleiche, die der Landkreis der Gesellschaft zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse und Sicherung der Liquidität zugeführt hat. Die Eigenkapitalquote stieg um 2,6 % auf 33,2 % (Vj. 30,6 %). In 2004 waren es gerade mal 5,3 %. Die Eigenkapitalquote inklusive Sonderposten¹ beläuft sich sogar auf 76,0 % (Vj. 76,2 %, 2004: 54,2 %). Insbesondere mit Blick auf die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft und unter Berücksichtigung der jährlichen Minderung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ist die Entwicklung der Eigenkapitalquote als äußerst positiv zu werten.

Der Buchwert des Anlagevermögens der Gesellschaft verringerte sich im Berichtszeitraum maßgebend durch die planmäßigen Abschreibungen. Im Berichtsjahr erfolgte ein leichter Rückgang der dennoch anhaltenden hohen Anlagenintensität von 93,5 % (Vj. 94,9 %). Auf Grund der verbesserten Eigenkapitalbasis wird das langfristige Vermögen der FGS mbH in 2010 trotz einer gleichzeitigen Verringerung des mittel- und langfristigen Fremdkapitals vollständig durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt (Anlagendeckungsgrad II von 103,2 %, Vj. 100,3 %). Auch die Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch das Umlaufvermögen hat sich weiter verbessert und liegt nun bei 182,3 % (Vj. 105,7 %). Die im Vergleich zu den Vorjahren anhaltende positive Entwicklung der Fristenrelationen und der Liquidität in 2010 zeigt, dass die Gesellschaft diesbezüglich auf dem richtigen Weg ist, um ihre bilanzielle Struktur zu stabilisieren.

Begründet durch das hohe Finanzierungsvolumen für Investitionen in die Entwicklung des Flugplatzes, bspw. für den Bau von Flugzeugeinstellhallen oder die Einrichtung des Luftraums F, weist die Gesellschaft eine relativ hohe Zinsaufwandsquote aus. Zusätzlich zum Zinsaufwand wird das Jahresergebnis insbesondere durch die Personalaufwendungen, Materialaufwendungen, Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 1.989,1 T€ (Vj. 2.285,7 T€) belastet. Zugleich ist das Jahr 2010 gekennzeichnet von um 82,1 T€ auf 898,1 T€ gestiegenen Umsatzerlösen sowie um 22,5 T€ auf 569,9 T€ gestiegenen sonstige betriebliche Erträge. Die Betriebsleistung der FGS mbH beziffert sich in 2010 auf rd. 1.468 T€ (Vj. 1.363,4 T€) und konnte somit um 104,6 T€ erhöht werden. Im Vergleich von 2009 zu 2010 wurden in den Positionen Personalaufwand, Abschreibungen, sonstige betriebliche Aufwendungen und Zinsaufwand insgesamt 138,8 T€ eingespart. So konnte in 2010 erneut neben der Zins- auch die Personalaufwandsquote verringert werden. Insofern verringerte sich der Jahresfehlbetrag im Vergleich zum Vorjahr letztlich um rd. 231,8 T€ auf -696,7 T€ (Vj. -928,5 T€).

Die hohe Kostenbelastung wirkt sich auch auf den erwirtschafteten Cash-Flow, also dem um Abschreibungen, die Auflösung von Sonderposten, der Zu- bzw. Abnahme der Rückstellungen sowie dem außerordentlichen Ergebnis bereinigten Jahresergebnis, aus. Die FGS mbH weist, wie auch in den Vorjahren, einen negativen Cash-Flow bzw. Cash-Loss aus (2010: -445,0 T€, Vj. -592,6 T€).

¹ Sonderposten für Investitionszuschüsse – Die erhaltenen Zuschussmittel für Investitionen in das Anlagevermögen wurden als „Sonderposten aus Investitionszuschüssen“ unter dem Eigenkapital ausgewiesen. Dieser Sonderposten wird, verteilt über die Zeit der Abschreibungsdauer der geförderten Investitionsgüter, jährlich in Höhe der Abschreibungen, welche auf den geförderten Teil der Anlagegüter entfallen, ertragswirksam aufgelöst.

Diese anhaltend negative Entwicklung der Innenfinanzierungskraft des Unternehmens in Verbindung mit dem Mittelabfluss für Darlehenstilgungen und aus der laufenden Geschäftstätigkeit würde ohne die Unterstützung des Hauptgesellschafters den vorhandenen Finanzmittelbestand aufbrauchen. So kann die vergleichsweise geringe Veränderung des Finanzmittelbestandes um 539,2 T€ (Vj. -206,1 T€) wie auch in 2009 nur durch einen Mittelzufluss durch den Gesellschafter in Höhe von rd. 1.356 T€ erreicht werden. Möglichen Liquiditätsengpässen konnte so rechtzeitig entgegengewirkt werden.

Insgesamt zeigt die Analyse des Jahresabschlusses im Vergleich zu den Vorjahren eine stabile und zum Teil verbesserte Situation bezüglich Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie Liquidität der FGS mbH auf.

CHANCEN UND RISIKEN

Die Flugplatzgesellschaft ist durch die Auflagen des Planfeststellungsbeschlusses, aber auch durch neue Genehmigungsverfahren fortlaufend mit verschiedenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen belastet. Daraus ergibt sich, ein permanentes Kostenrisiko, da sich oft erst nach einigen Jahren herausstellt, dass Bepflanzungen nicht angewachsen sind, bzw. durch Tierbiss oder Schädlingsbefall zerstört wurden. Kosten im unteren fünfstelligen Bereich können dafür auch für die nächsten Jahre immer wieder entstehen.

Durch die Bauvorhaben der letzten Jahre ist der Pool an Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, der bis 2006 geschaffen wurde, weitgehend ausgeschöpft. Für künftige Bauvorhaben sind in diesem Bereich weitere Investitionen erforderlich. Für Bauvorhaben auf Erbpachtgrundstücken werden diese Kosten durch eine entsprechende Abgabe des Erbpachtnehmers gedeckt. Für die Flugplatzgesellschaft werden jedoch entsprechende Kosten für künftige eigene Bauvorhaben und die Erweiterung von Betriebsflächen entstehen, die zu berücksichtigen sind.

Das sehr komplexe Genehmigungsverfahren für den Instrumentenflugbetrieb ist mit immer wieder neuen Auflagen und Forderungen aus dem Umweltbereich schwer abzuschätzen. Der Flugplatz hat die wesentlichen baulichen Anforderungen bereits mit der Erweiterung und Modernisierung der Flugbetriebsflächen im Jahr 2006 erfüllt, sodass hierfür keine Kosten entstehen. Forderungen zu Gutachten und Aufforstungen aus dem Umweltbereich sind jedoch heute noch nicht vollständig abzuschätzen. Bisher konnten diese Kosten zwar immer aus den laufenden Betriebsmitteln aufgebracht werden, haben aber doch einen wesentlichen Teil der Erlösverbesserungen der letzten Jahre aufgebraucht. Die Bilanz der Flugplatzgesellschaft ist daher auch stets unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, dass sich der Flugplatz seit der Jahrtausendwende permanent in verschiedenen kostenintensiven Genehmigungsverfahren befindet. Daher werden erst die Bilanzen nach Erteilung der Betriebsgenehmigung für den Instrumentenflugbetrieb eine zuverlässige Aussage über den tatsächlichen Erfolg der Entwicklungsanstrengungen der letzten 10 Jahre zulassen.

Im Hinblick auf die Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft spielt auch die zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming als Hauptgesellschafter und der FGS mbH abgeschlossene Zielvereinbarung 2011 – 2013 eine große Rolle. Damit erfolgt eine schriftliche Definition der Ziele, Handlungsfelder und Aktivitäten entsprechend des im Gesellschaftsvertrag formulierten Gesellschaftszweckes. Ebenso wurden die mittelfristigen Planungsziele – unterlegt durch einen entsprechenden Wirtschaftsplan – zwischen der Gesellschaft und dem Landkreis abgestimmt. Sie bieten zukünftig die Basis des wirtschaftlichen Handelns der FGS mbH. Trotz allem bleibt sie mit Blick auf eine nachhaltige, positive Ertrags-, Liquiditäts- und Eigenkapitalentwicklung abhängig von der Bereitschaft des Landkreises als Hauptgesellschafter, die Gesellschaft auch weiterhin zu unterstützen.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Zusammengefasst hat der Flugplatz Schönhagen im Jahr 2010 unter ungünstigen, gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen seine führende Position unter den Verkehrslandeplätzen der neuen Bundesländer erheblich ausbauen können. Durch neue Ansiedlungen und Bauvorhaben konnten die Umsätze weiter erhöht werden. Die positive Umsatzentwicklung wird jedoch noch mindestens bis 2012 durch Kosten aus laufenden Genehmigungsverfahren belastet werden. Erst danach werden sich die Erfolge der letzten Entwicklungsjahre positiv in der Bilanz bemerkbar machen.

Der Weg eines bedarfsgerechten, stetigen Ausbaus soll weiter verfolgt werden. Der wirtschaftliche und operative Handlungsspielraum des Flugplatzes wird durch den im Haushalt eingestellten Zuschuss des Landkreises weiter gesichert sein. Da der Flugbetrieb nicht kostendeckend möglich ist, wird der Flugplatz auch in Zukunft auf eine Zuwendung des Hauptgesellschafters angewiesen sein.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2010	2009	2008
1. Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.) ¹	420,0 T€	976,1 T€	976,1 T€
2. Verlustausgleiche	936,5 T€	800,0 T€	800,0 T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen ²	3.211,1 T€	3.462,9 T€	3.714,7 T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

¹ davon in 2009: Stammkapitalerhöhung 32,61 €; sonst Kapitalrücklagen

² Ausfallbürgschaften des Landkreises

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

In der Luftverkehrskonzeption des Landes Brandenburg (2. Fortschreibung, April 2008) ist der VLP Schönhagen als besonders wichtiger, förderungswürdiger Standort mit den in der Kategorie Verkehrslandeplätze vor dem VLP Strausberg meisten Flugbewegungen im Land Brandenburg ausgewiesen. Für die Allgemeine Luftfahrt verfügt der Kernbereich der Metropolregion Berlin-Brandenburg mit diesem VLP über einen sehr gut ausgestatteten Flugplatz für den allgemeinen Luftverkehr. Besondere Bedeutung kommt dabei der Einrichtung des Instrumentenanflugbetriebes in Schönhagen zu, denn unter der Voraussetzung der Anfliegbarkeit unter Instrumentenflugbedingungen ist der VLP Schönhagen auf Grund seiner räumlichen Lage und verkehrlichen Anbindung sehr gut geeignet, den Flughafen Berlin-Brandenburg International zu entlasten sowie zu ergänzen.

Ebenso ist der VLP Schönhagen durch den Aufbau eines Luftfahrt-Technologieparks ein wichtiger Standort- und Wirtschaftsfaktor für die Entwicklung des Landkreises Teltow-Fläming.

6. SONSTIGES

Die FGS mbH in Zahlen (konsolidiert)

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	18.879,4	18.761,5	117,9
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,6	0,4	0,2
II. Sachanlagen	18.878,8	18.761,1	117,7
B. Umlaufvermögen	1.301,5	1.009,0	292,6
I. Vorräte	263,9	133,9	130,0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	92,1	468,7	-376,6
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	945,6	406,4	539,2
C. Rechnungsabgrenzungsposten	12,9	7,7	5,3
Bilanzsumme	20.193,9	19.778,1	415,7
Passiva			
A. Eigenkapital	15.352,0	15.071,9	280,1
I. Gezeichnetes Kapital	2.275,3	2.275,3	0,0
II. Kapitalrücklage/Eigenmittel	6.877,8	5.521,3	1.356,5
III. SoPo aus Investitionszuschüssen	8.638,5	9.018,2	-379,7
IV. Verlustvortrag	-1.743,0	-814,5	-928,5
V. Jahresfehlbetrag	-696,7	-928,5	231,8
B. Rückstellungen	81,3	113,2	-31,9
C. Verbindlichkeiten	4.760,6	4.593,0	167,5
Bilanzsumme	20.193,9	19.778,1	415,7
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2010			
1. Umsatzerlöse	898,1	816,0	82,1
2. sonstige betriebliche Erträge	569,9	547,4	22,5
3. Materialaufwand	21,6	-0,6	22,2
4. Personalaufwand	583,6	610,0	-26,4
5. Abschreibungen	756,3	799,1	-42,8
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	627,6	640,3	-12,7
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7,4	11,6	-4,2
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	179,7	236,3	-56,6
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-693,4	-910,2	216,8
10. außerordentliche Erträge	15,3	0,0	15,3
11. außerordentliche Aufwendungen	8,1	0,0	8,1
12. außerordentliches Ergebnis	7,2	0,0	7,2
13. sonstige Steuern	-10,5	-18,3	7,8
14. Jahresfehlbetrag	-696,7	-928,5	231,8

Die FGS mbH in Zahlen (Besitzgesellschaft):

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	18.901,8	18.794,7	107,1
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,6	0,4	0,2
II. Sachanlagen	18.851,2	18.744,3	106,9
III. Finanzanlagen	50,0	50,0	0,0
B. Umlaufvermögen	1.084,7	1.279,1	-194,4
I. Vorräte	93,5	0,0	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	75,5	938,0	-862,5
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	915,7	341,1	574,6
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11,4	7,2	4,1
Bilanzsumme	19.997,9	20.081,0	-83,1
Passiva			
A. Eigenkapital	15.352,0	15.071,9	280,1
I. Gezeichnetes Kapital	2.275,3	2.275,3	0,0
II. Kapitalrücklage/Eigenmittel	6.877,8	5.521,3	1.356,5
III. SoPo aus Investitionszuschüssen	8.638,5	9.018,2	-379,7
IV. Verlustvortrag	-1.743,0	-814,5	-928,5
V. Jahresfehlbetrag	-696,7	-928,5	231,8
B. Rückstellungen	77,7	110,7	-33,0
C. Verbindlichkeiten	4.568,2	4.898,4	-330,3
Bilanzsumme	19.997,9	20.081,0	-83,1
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2010			
1. Umsatzerlöse	775,8	749,3	26,4
2. sonstige betriebliche Erträge	567,5	543,4	24,1
3. Materialaufwand	20,1	-0,4	20,5
4. Personalaufwand	277,7	294,9	-17,2
5. Abschreibungen	750,3	795,8	-45,5
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	446,0	575,9	-129,9
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7,0	9,9	-2,8
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	179,7	236,3	-56,6
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme	370,8	311,2	59,6
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-694,3	-911,1	216,8
11. außerordentliche Erträge	15,3	0,0	15,3
12. außerordentliche Aufwendungen	8,1	0,0	8,1
13. außerordentliches Ergebnis	7,2	0,0	7,2
14. sonstige Steuern	9,7	17,5	-7,8
15. Jahresergebnis	-696,7	-928,5	231,8

Die Beteiligung der Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Besitzgesellschaft in Zahlen**3.2.1 Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Betriebsgesellschaft**

Gesellschafter: 100 % FGS mbH – Besitzgesellschaft

Geschäftsführer: Herr Dr.-Ing. Klaus-Jürgen Schwahn

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	27,6	16,8	10,8
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0
II. Sachanlagen	27,6	16,8	10,8
B. Umlaufvermögen	234,9	708,9	-474,0
I. Vorräte	170,4	133,9	36,5
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	34,6	509,7	-475,1
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	29,9	65,3	-35,4
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1,6	0,4	1,2
Bilanzsumme	264,0	726,1	-462,1
Passiva			
A. Eigenkapital	50,0	50,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	50,0	50,0	0,0
II. Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0
B. Rückstellungen	3,6	2,5	1,1
C. Verbindlichkeiten	210,5	673,6	-463,1
Bilanzsumme	264,0	726,1	-462,1
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2010			
1. Umsatzerlöse	214,4	158,7	55,6
2. sonstige betriebliche Erträge	2,3	4,0	-1,6
3. Materialaufwand	1,5	-0,1	1,7
4. Personalaufwand	305,8	315,1	-9,3
5. Abschreibungen	6,0	3,3	2,6
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	273,7	156,5	117,2
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,4	1,7	-1,3
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-370,0	-310,3	-59,6
10. sonstige Steuern	0,8	0,8	0,0
11. Erträge aus Verlustübernahme	370,8	311,2	59,6
12. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

3.3 Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf, Am Mellensee (GAG)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Bahnhofstr. 10, 15838 Am Mellensee
(OT Klausdorf)

E-MAIL

info@gag-klausdorf.de

HOMEPAGE

www.gag-klausdorf.de

GRÜNDUNG

30.07.1991



Die GAG mbH Klausdorf wurde auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 0075 des Kreistages des damaligen Landkreises Zossen vom 17.06.1991 am 30.07.1991 gegründet.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 30.07.1991 notariell beurkundet und zuletzt durch den Gesellschafterbeschluss vom 20.07.2005 geändert (Sitz der Gesellschaft, Euro-Umstellung und Stammkapitalerhöhung).

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Der Gegenstand des Unternehmens ist auf die Förderung der Fortbildung und Umschulung in allgemeinen als auch in zukunftsorientierten Berufen, einschließlich der sozialpädagogischen Begleitung, und auf die Schaffung von Arbeit gerichtet.

Die GAG mbH ist vorrangig eine „Soziale Bildungs- und Beschäftigungsinitiative“ im Sinne des Gutachtens „Qualifizierungs- und Beschäftigungsinitiative“ in der Bundesrepublik Deutschland.

Erbracht wird diese Förderung durch die

- Aufbringung der öffentlichen Mittel und Verwendung im Sinne des Gebers zur Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen durch eigene Veranstaltungen;
- Trägerschaft von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sozialer Arbeit im öffentlichen Interesse zur Beschäftigung von schwer vermittelbaren Jugendlichen und Erwachsenen in deren beruflichem Bildungsfeld, um eine Rückführung ins Arbeitsleben zu ermöglichen;
- Kooperation mit gemeinnützigen Vereinen und Körperschaften des öffentlichen Rechts etc. zur Bildung und Beschäftigung von schwer vermittelbaren Jugendlichen und Erwachsenen;
- Kooperation mit Hoch- und Fachschulen, Forschungseinrichtungen, Technologieparks und öffentlichen Einrichtungen etc. zur Bildung und Beschäftigung von Jugendlichen und Erwachsenen.

Desweiteren ist die Unterhaltung eines gesonderten wirtschaftlichen Geschäftsbereiches, in dem § 3 des Gesellschaftsvertrages (Gemeinnützigkeit) nicht gültig ist, ein weiterer Gegenstand des Unternehmens.

Das Tätigkeitsfeld dieses wirtschaftlichen Geschäftsbereiches umfasst Schulung und Beratung, Dienstleistungen im kommunalen und gewerblichen Bereich, die Vermietung von Baumaschinen und Ausrüstungen sowie die Vermietung und Verpachtung von Immobilien.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

50.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	75 %	37.500,00 €
Gemeinde Am Mellensee:	25 %	12.500,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

GSAG Glienicker Sanierungs- und Abrissgesellschaft mbH i.L.:	45 %
--	------

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Herbert Vogler

MITGLIEDER DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Herr Wilfried Henschel (Wirtschaftsförderungsbeauftragter des Landkreises Teltow-Fläming)

Herr Frank Broshog (Bürgermeister der Gemeinde Am Mellensee)

ABSCHLUSSPRÜFER

Otto Schulz GmbH Luckenwalde

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2010	2009	2008	2009 zu 2010	2008 zu 2009	2009 zu 2010	2008 zu 2009
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	63,1%	63,5%	62,3%	-0,3%	1,2%	-0,5%	1,9%
Eigenkapitalquote	12,5%	19,4%	19,1%	-6,9%	0,3%	-35,4%	1,6%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	124,3%	133,8%	117,8%	-9,5%	16,0%	-7,1%	13,6%
Zinsaufwandsquote	1,8%	2,2%	1,6%	-0,5%	0,6%	-21,0%	38,8%
Liquidität 3. Grades	164,1%	235,2%	137,4%	-71,1%	97,8%	-30,2%	71,2%
Cashflow	- 44,3 T€	16,0 T€	6,9 T€	- 60,3 T€	9,1 T€	-376,9%	131,8%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	106,1 T€	- 12,1 T€	- 98,7 T€	118,1 T€	86,6 T€	978,2%	87,8%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	-4,1%	2,0%	1,8%	-0,3%	0,3%	-13,6%	15,7%
Umsatz	1.740,9 T€	1.368,0 T€	1.668,3 T€	372,9 T€	- 300,4 T€	27,3%	-18,0%
Jahresergebnis	- 67,5 T€	- 11,8 T€	- 9,3 T€	- 55,8 T€	- 2,5 T€	-473,0%	-26,9%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	82,0%	63,6%	70,3%	18,4%	-6,7%	28,9%	-9,5%
Personalintensität	82,0%	63,6%	69,3%	18,4%	-5,7%	28,9%	-8,2%
Anzahl der Mitarbeiter (VbE)	Ø85 (16 fest)	Ø102 (12 fest)	Ø125 (12 fest)	-17	-23	-21,5%	-22,5%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital**GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN**

Das Jahr 2010 war wiederum von Änderungen der Rahmenbedingungen im Bereich der Arbeitsförderung gekennzeichnet, so dass in keiner Phase von einer kontinuierlichen und stetigen Arbeitsweise gesprochen werden konnte. Das äußert sich wie in allen Jahren zuvor im erhöhten Arbeitsaufwand durch noch mehr Kleinteiligkeit, weitere formale Hürden und noch detailliertere Auswertungen für die Träger von Maßnahmen.

In der GAG mbH Klausdorf waren zum Ende des Jahres 2010 16 Personen (inklusive GF) voll beschäftigt. Die Steigerung ergibt sich durch die Übernahme der Geschäftsfelder und der Angestellten der Service-Agentur Teltow-Fläming per November 2010. Durch die gute Zusammenarbeit mit dem Jobcenter TF beim Fallmanagement, mit dem Landkreis Teltow-Fläming im Regionalbudget und mit dem Landkreis Teltow-Fläming und den Städten und Gemeinden Am Mellensee, Jüterbog, Lucken-

walde, Rangsdorf und Zossen bei den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH mit MAE) konnten im Rahmen der AGH mit MAE 193 Langzeitarbeitslose zwischen einem und sechs Monaten in Beschäftigung gebracht werden. Das entspricht zusammen mit den fest angestellten Mitarbeitern auf das gesamte Jahr bezogen 85,3 VbE.

Durch die Unwägbarkeiten in der Arbeitsförderung war auch die Personalplanung außerordentlich schwierig. Einerseits musste Fachpersonal vorgehalten werden, falls Maßnahmen, die mit ABM vergleichbar sind einen hohen Anleitungsbedarf für die Maßnahmeteilnehmer haben, von der Arbeitsverwaltung initiiert werden, andererseits belasten diese Fachanleiter das Budget der Gesellschaft über Gebühr, wenn derartige Maßnahmen von der Agentur für Arbeit bzw. vom Jobcenter nicht mehr bewilligt werden.

Die seit dem Jahre 2008 vom Landkreis als Träger des Regionalbudgets an die GAG mbH Klausdorf übertragene Managementaufgabe wurde auch im Jahre 2010 erfolgreich erfüllt. Im Februar 2012 ging diese Managementaufgabe mit dem die Aufgaben erfüllenden Arbeitnehmer in den Landkreis über. Der im Jahre 2006 aufgebaute Geschäftsbereich mit der Immobilie „Jugendtischlerei“ in Ludwigsfelde wurde nach Abschluss des Mietvertrages mit dem Landkreis weitergeführt.

Die GAG mbH Klausdorf hat die ihr im Gesellschaftsvertrag gestellten Aufgaben auch im Jahre 2010 voll und ganz erfüllt. Da im Zuge der Umsetzung der neuen Kommunalverfassung die Überarbeitung und Anpassung des Gesellschaftsvertrages zwingend erforderlich ist, bietet sich eine gute Gelegenheit, Ziele neu zu definieren, Bewährtes beizubehalten und nicht erfolgversprechende Projekte und Ziele für die Gesellschaft als nicht mehr relevant aus dem Gesellschaftsvertrag zu streichen.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Wie der Geschäftsführer im Lagebericht zum Jahresabschluss 2010 darlegt, verschlechterte sich die Unternehmenslage gegenüber dem Vorjahr deutlich. Der Jahresabschluss 2010 weist einen Fehlbetrag von rd. 67,5 T€ (Vj. 11,8 T€) auf, der aus der Vermietung der Immobilie in Ludwigsfelde und den Personalüberhängen resultiert. Das bilanzielle Eigenkapital hat sich 2010 mit 111 T€ gegenüber dem Vorjahr um ca. ein Drittel verringert (Vj. 179 T€). Im Zusammenhang mit der gleichzeitig leicht gesunkenen Bilanzsumme verringerte sich die Eigenkapitalquote im Vorjahresvergleich auf 12,5 % (Vj. 19,4 %). Im Zusammenhang mit der seit 2004 mehr als verdoppelten Bilanzsumme haben sich die Eigenkapitalrelationen langfristig verschlechtert. So belief sich die Eigenkapitalquote in 2004 noch auf 39,7 %. Bedeutendster Aspekt für den starken Anstieg der Bilanzsumme war die bilanzielle Aktivierung des Ausbildungsobjektes in Ludwigsfelde im Jahr 2006. Dadurch hatte sich das Anlagevermögen innerhalb eines Jahres vervierfacht.

Bei einer derzeitigen Anlagenintensität von 63,1 % (Vj. 63,5 %) ist die fristenkongruente Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens durch mittel- und langfristig zur Verfügung stehendes Kapital gegeben – hauptsächlich jedoch durch Fremdkapital. So beträgt der Anlagendeckungsgrad II 124,3 % (Vj. 133,8 %). Auch die Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch das kurzfristige Vermögen (Umlaufvermögen) der GAG mbH ist mit einer Liquidität 3. Grades von 164,1 % (Vj. 235,2 %) ausreichend vorhanden. Damit verbesserten bzw. stabilisierten sich die Liquiditätsgrade I bis III im Vergleich zu 2008. Insgesamt war die Liquidität der GAG mbH im Geschäftsjahr 2010 stets gesichert. Die Gesellschaft konnte den Kapitaldienst für die laufenden Kredite planmäßig leisten und ist auch ihren sonstigen Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachgekommen.

Trotz des hohen Fremdkapitalanteils von 87 % am Gesamtkapital weist die Gesellschaft eine Zinsaufwandsquote von lediglich 1,8 % (Vj. 2,2 %) aus. Zusätzlich zum Zinsaufwand wird das Jahresergebnis der Gesellschaft insbesondere durch die Personalaufwendungen, Abschreibungen sowie die

sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 1.807,8 T€ (Vj. 1.390,5 T€) belastet. Die größten Positionen bilden dabei der Personalaufwand mit 1.426,9,0 T€ (Vj. 870,0 T€) sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 320,4 T€ (Vj. 455,2 T€). Insbesondere der hohe Anteil der Personalkosten am Umsatz (Personalaufwandsquote) in Höhe von 82,0 % (Vj. 63,6 %) liegt dabei in der Geschäftstätigkeit der GAG mbH als Arbeitsförderungs- und Beschäftigungsunternehmen begründet. Er korrespondiert prinzipiell mit der Entwicklung der Umsatzerlöse, die sich überwiegend aus Fördermitteln für die Durchführung von Arbeitsförderungsmaßnahmen zusammensetzen. Trotz Steigerung der Umsatzerlöse um 372,9 T€ stieg aufgrund einer Erhöhung der o.g. wesentlichen Kostenpositionen um 417,3 T€ der Jahresfehlbetrag auf 67,5 T€ (Vj. 11,8 T€) an.

Auf Grund des gesunkenen Gesamtvermögens und dem gestiegenen Jahresfehlbetrages sowie unter Beachtung der verdienten Fremdkapitalkosten hat sich die Gesamtkapitalrentabilität leicht verschlechtert: von 2,0 % in 2009 auf -4,1 % in 2010. Die hohe Kostenbelastung schlägt sich auch in der Finanzflussrechnung nieder. So weist die Gesellschaft einen negativen Cash-Flow aus, die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes ist mit rd. 106 T€ (Vj. -13 T€) jedoch positiv.

Die Analyse des Jahresabschlusses zeigt, dass sich die wirtschaftliche Situation der GAG mbH relativ stabil, aber zum Teil jedoch durch das erneut negative Jahresergebnis eine verschlechterte Situation bezüglich Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gegenüber den Vorjahren ergibt.

CHANCEN UND RISIKEN

Die GAG mbH hat sich über Jahre hinweg am Markt bewährt. Auf Änderungen in der Arbeitsförderung hat sie durch die Anpassung des Personalbestandes und durch die Erschließung neuer Geschäftsfelder im Rahmen der im Gesellschaftsvertrag verankerten Ziele zeitnah reagiert.

Die GAG mbH Klausdorf ist in einem weit verzweigten Netzwerk integriert, durch das sie stets aktuell über vorgesehene Änderungen in der Gesetzgebung im Bund und im Land, bei der Gesetzesausgestaltung auf Landesebene und über Vorhaben auf kommunaler Ebene informiert wird. Damit ist die GAG mbH Klausdorf in die Lage versetzt, auf neueste Entwicklungen zu reagieren und ihre beabsichtigten Maßnahmen stets den aktuellen Erfordernissen anzupassen. Im Jahr 2010 wurden aufgrund von Erfordernissen der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg Veränderungen im Gefüge der kreislichen Gesellschaften durchgeführt, die zu einer Stärkung der GAG mbH führen werden. Die GAG mbH Klausdorf wird ihre bestehenden Geschäftsfelder quantitativ erweitern, insbesondere die von der Arbeitsverwaltung unabhängigen, und damit die Abhängigkeit von der Arbeitsmarktpolitik verringern.

Ein weiteres Standbein der GAG wird die Übernahme von Maßnahmen im Rahmen des kreislichen Regionalbudgets sein. Bei den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung ist trotz der Veränderungen von Jahr zu Jahr eine relative Planungssicherheit vorhanden. Die Eintritte pro Monat sind nach dem I. Quartal für das gesamte Jahr bekannt, die Rolle der Kommunen wird sich allerdings in Bezug auf AGH und die damit bisher verbundene Verteilerfunktion ändern. Die Qualität der Maßnahmen ist entscheidend. Leider werden immer mehr Restriktionen für die auszuübenden Tätigkeiten eingebaut, so dass eine sinnvolle Beschäftigung der Maßnahmenteilnehmer immer schwieriger wird. Bei den MAE werden sich die Arbeitsinhalte nicht ändern. Die GAG mbH kann durch frühzeitige Zusammenarbeit mit den Kommunen und Vereinen für die Gesellschaft das notwendige Arbeitsvolumen sichern. Eine sichere Betätigung wird aus der Zusammenarbeit mit der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH (SWFG mbH) resultieren. Alle der SWFG mbH zuzuordnenden Immobilien bedürfen der Pflege. Der GAG mbH Klausdorf bietet sich die Chance, als Dienstleister der SWFG mbH aufzutreten zum Nutzen beider Gesellschaften. Auch

der Landkreis muss immer stärker auf Kosteneinsparungen achten. Das eröffnet neue Chancen für die GAG mbH, Dienstleistungen für den Landkreis zu übernehmen.

Da die sozialen Aufgaben, insbesondere Betreuungsaufgaben, eine immer größere Rolle spielen werden, ist es sinnvoll, dass die GAG mbH Klausdorf versucht, auf diesem Gebiet eine eigene Kompetenz in Verbindung mit anderen Sozialpartnern wie DRK, Johanniter, Malteser u. ä. aufbaut und sich dadurch für die Übernahme von Aufgaben anbietet. Gute Ansätze im Zusammenwirken mit DRK und Johannitern bestehen und müssen ausgebaut werden. Um den neuen Anforderungen gerecht werden zu können, wurde entsprechendes Fachpersonal akquiriert und eingestellt. Damit ist die GAG mbH Klausdorf gerüstet, Betreuungsaufgaben für Personen im sogenannten Fallmanagement zu übernehmen und auch andere Problemgruppen unter den Arbeitsuchenden zu betreuen.

Durch die im Landkreis Teltow-Fläming in den letzten Jahren stark gesunkene Arbeitslosigkeit werden die Bedingungen für die Vermittlung arbeitsuchender Personen aufgrund deren Qualifikationen immer ungünstiger. Der Aufwand pro Person ist sehr viel höher als in den Jahren zuvor. Das stellt besondere Anforderung an das Vermittlungspersonal und dessen Fähigkeiten, mit allen „Verbündeten“ konstruktiv zusammenzuarbeiten. Außerdem ändern sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, z.B. durch die Globalisierung, durch die Einführung des Mindestlohnes auf breiter Front u.a., was sich nicht in jedem Falle förderlich für die zu vermittelnden Personen auswirkt.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Die Hauptaufgaben der GAG mbH Klausdorf, arbeitslos bzw. arbeitssuchend gemeldete Personen in Beschäftigung auf den ersten Arbeitsmarkt zu führen, werden auch weiterhin bestehen und von der Gesellschaft zusammen mit ihren Partnern erfüllt werden. Hinzu kommt für nicht vermittelbare Personen die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten, in denen sie sich bewähren können. Für diesen Personenkreis ist es wichtig, dass der Einzelne das Gefühl bekommt gebraucht zu werden, dadurch erhöhen sich das eigene Selbstwertgefühl und die Selbstachtung. Den sich in jedem Jahr ändernden Bedingungen gerecht zu werden, erfordert eine sehr hohe Flexibilität der Mitarbeiter. Die GAG mbH wird dieser Anforderung gerecht und wird in der Folgezeit Wege beschreiten, um weitere Geschäftsfelder im sozialen Bereich zu erschließen. Davon wird die Zukunft der GAG mbH Klausdorf abhängen.

Im Rahmen des Regionalbudgets (RB) hat sich das Unternehmen auch unter den veränderten Bedingungen bewährt. Das Management des RB ist direkt dem Landkreis zugeordnet und wird nicht mehr über den Umweg GAG mbH Klausdorf gewährleistet. Die GAG mbH Klausdorf setzt aber auch nach wie vor Maßnahmen im RB um. Auch hier gilt es, auf die neuen, höheren Anforderungen zu reagieren.

In den Jahren 2011 und 2012 wurden Maßnahmen durch die Geschäftsführung ergriffen, durch die der Bestand der GAG mbH Klausdorf gesichert und der Trend des „Verbrauchs“ des Eigenkapitals gebrochen wird. So wurden die seit Jahren gleichgebliebenen Entgelte für von der GAG mbH Klausdorf zu erbringenden Dienstleistungen realistisch angehoben. Das betrifft die Personal- und Sachleistungen ebenso wie die Bereitstellung von Technik und Geräten. Der Personalbestand wurde den Erfordernissen angepasst, die in früheren Jahren zu Anleitungszwecken vorgehaltenen Fachanleiter haben inzwischen alle das Unternehmen verlassen. Ebenso wurden die Mietverträge der GAG mbH Klausdorf dem jetzigen Personalbestand angepasst. Das betrifft die angemieteten Räume in Trebbin und Luckenwalde. Die Vermietung der Immobilie in Ludwigsfelde hatte sich als nicht kostendeckend erwiesen. Ab dem 01.01.2013 wird diese kostendeckend vorgenommen.

In 2010 veräußerte die GAG mbH ihre Geschäftsanteile an der Flaeming-Skate GmbH von 20 % an die SWFG mbH, die zuvor 80 % der Anteile hielt. Im Gegenzug übernahm sie weitreichender Geschäftsfelder der SEAG GmbH. Die damit verbundene quantitative Erweiterung der Geschäftsfelder sowie weitere Aktivitäten zur Gewinnung von mehr Unabhängigkeit von politischen Entscheidungen im Bereich Arbeitsmarktpolitik sollen ab 2011 zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen und speziell der ertragsseitigen Situation der Gesellschaft beitragen.

Auch bei den sich ständig verändernden Bedingungen, denen Unternehmen wie die GAG mbH Klausdorf ausgesetzt sind, sieht sich die GAG mbH in keiner schlechten Position. Künftig müssen die bestehenden Geschäftsbereiche so ausgebaut werden, dass die Gesellschaft stabilisiert wird und sie von den Wendungen in der Arbeitsförderung unabhängiger wird. Außerdem sind die Dienstleistungsbereiche für den Landkreis und die kreislichen Gesellschaften auszubauen. Auf diese Weise kann das Weiterbestehen der GAG mbH gesichert werden.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2010	2009	2008
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Um das Ziel, die Zahl der Arbeitslosen und Bezieher von ALGI/II im Landkreis zu senken, zu realisieren, arbeitete die GAG mbH Klausdorf u.a. beim Fallmanagement mit der ARGE TF, im Rahmen Regionalbudget mit dem Landkreis Teltow-Fläming und bei den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH mit MAE) mit den Städten und Gemeinden Am Mellensee, Rangsdorf, Zossen und Jüterbog zusammen. Des Weiteren beschäftigte sie Personen mit Beschäftigungszuschuss (BEZ), führte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) durch und engagierte sich bei der Umsetzung der Maßnahme Kommunal-Kombi (KoKo) im Zusammenwirken mit Gemeinden, Städten und gemeinnützigen Einrichtungen.

6. SONSTIGES

Die GAG mbH Klausdorf in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	563,1	586,9	-23,8
I. Sachanlagen	561,1	576,9	-15,8
II. Finanzanlagen	2,0	10,0	-8,0
B. Umlaufvermögen	314,9	327,9	-13,1
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	91,3	210,4	-119,1
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	223,6	117,5	106,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	13,7	10,0	3,7
Bilanzsumme	891,7	924,8	-33,2
Passiva			
A. Eigenkapital	111,7	179,2	-67,5
I. Gezeichnetes Kapital	50,0	50,0	0,0
II. Gewinnrücklagen	150,3	150,3	0,0
III. Verlustvortrag	-21,1	-9,3	-11,8
IV. Jahresfehlbetrag	-67,5	-11,8	-55,8
B. Rückstellungen	18,4	12,1	6,4
C. Verbindlichkeiten	716,6	701,9	14,7
D. Rechnungsabgrenzungsposten	44,9	31,7	13,3
Bilanzsumme	891,7	924,8	-33,2
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2010			
1. Umsatzerlöse	1.740,9	1.368,0	372,9
2. Personalaufwand	1.426,9	870,0	557,0
3. Abschreibungen	26,6	28,4	-1,8
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	320,4	455,2	-134,7
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,4	1,0	-0,6
6. Abschreibungen auf Finanzanlagen	3,0	6,3	-3,3
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30,9	30,7	0,2
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-66,6	-21,6	-45,0
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	10,7	-10,7
10. sonstige Steuern	0,9	0,9	0,0
11. Jahresfehlbetrag	-67,5	-11,8	-55,8

Die Beteiligungen der Gemeinnützigen Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf in Zahlen

3.3.1 GSAG Glienicker Sanierungs- und Abrißgesellschaft mbH i.L.

Gesellschafter: 45 % GAG mbH, 45 % Fa. MüCoLEF GmbH und 10 % Herr Bornkessel

Geschäftsführung: Herr Günter Bornkessel

Die Gesellschaft ist aufgelöst. (Publikation im Bundesanzeiger vom 20.08.2009)

3.4 Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH, Luckenwalde (LUBA)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Rudolf-Breitscheid-Str. 72a, 14943 Luckenwalde

E-MAIL

luba@flaeming-net.de

HOMEPAGE

www.luba.flaeming-net.de

GRÜNDUNG

14.10.1991



Die LUBA mbH wurde auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 112/91 des Kreistages des damaligen Landkreises Luckenwalde vom 29.08.1991 am 14.10.1991 gegründet.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde am 14.10.1991 notariell beurkundet und zuletzt am 12.08.2004 notariell geändert (Euroumstellung, weitere Aktualisierungen).

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist es, Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern im Landkreis Teltow-Fläming und im speziellen der Stadt Luckenwalde und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal Qualifizierung und produktive Berufs- und Arbeitsförderung sowie soziale Betreuung anzubieten und diese durchzuführen.

Die Gesellschaft hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Wiedereingliederung von Dauerzeitarbeitslosen [Langzeitarbeitslosen] sowie Verhinderung der Arbeitslosigkeit der von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer
- b) Qualifizierung in neuen Tätigkeitsfeldern
- c) Entwicklung und Erprobung neuer zusätzlicher Arbeitsfelder
- d) Erschließung von Dauerarbeitsplätzen
- e) Vorrangige Integration Benachteiligter des Arbeitsmarktes, wie Frauen, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer.

(§ 2 Abs. 1 und 2 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

217.500,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	40 %	87.000,00 €
Stadt Luckenwalde:	40 %	87.000,00 €
Gemeinde Nuthe-Urstromtal:	20 %	43.500,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Dipl.-Ing. (FH) Jörg Kräker

MITGLIEDER DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Herr Wilfried Henschel (Wirtschaftsförderungsbeauftragter des Landkreises Teltow-Fläming)

Herr Klaus-Ulrich Seifert (Stadt Luckenwalde)

Frau Monika Nestler (Gemeinde Nuthe-Urstromtal)

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 7 Mitgliedern besteht.

Jeder der Gesellschafter hat das Recht, zwei Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Ein weiteres Mitglied wird von den Arbeitnehmern der Gesellschaft gewählt.

Herr Erik Scheidler (Vorsitzender, Stadt Luckenwalde)

Herr Klaus-Ulrich Seifert (Stadt Luckenwalde, Angestellter)

Herr Dr. Rudolf Haase (Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming)

Frau Evelin Kierschk (Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming)

Frau Sabine Ernicke (Gemeinde Nuthe-Urstromtal)

Frau Ingrid Peter-Niclas (Gemeinde Nuthe-Urstromtal)

Herr Ulf Ziedrich (Arbeitnehmervertretung, Technischer Leiter der LUBA GmbH)

ABSCHLUSSPRÜFER

Otto Schulz GmbH Luckenwalde

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2010	2009	2008	2009 zu 2010	2008 zu 2009	2009 zu 2010	2008 zu 2009
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	79,5%	81,6%	72,2%	-2,1%	9,4%	-2,6%	13,0%
Eigenkapitalquote	38,5%	59,2%	58,6%	-20,7%	0,6%	-35,0%	1,0%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	76,9%	88,9%	99,0%	-12,0%	-10,1%	-13,5%	-10,2%
Zinsaufwandsquote	0,4%	1,1%	1,3%	-0,7%	-0,2%	-63,7%	-16,7%
Zinsaufwandsquote ²	0,4%	0,4%	0,4%	-0,1%	0,0%	-13,5%	4,7%
Liquidität 3. Grades	54,1%	66,6%	96,4%	-12,5%	-29,8%	-18,8%	-30,9%
Cashflow	- 40,7 T€	- 31,2 T€	- 40,5 T€	- 9,5 T€	9,3 T€	-30,3%	23,0%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	- 33,1 T€	- 66,8 T€	8,3 T€	33,8 T€	- 75,1 T€	50,5%	-909,1%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	-45,8%	-5,1%	-7,2%	-40,7%	2,1%	-803,0%	29,7%
Umsatz	2.369,3 T€	735,6 T€	664,2 T€	1.633,7 T€	71,4 T€	222,1%	10,7%
Jahresergebnis	- 255,0 T€	- 42,6 T€	- 63,6 T€	- 212,4 T€	21,0 T€	-498,6%	33,1%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	76,7%	170,3%	206,1%	-93,5%	-35,8%	-54,9%	-17,4%
Personalintensität	76,3%	71,1%	68,5%	5,2%	2,6%	7,3%	3,8%
Anzahl der Mitarbeiter (Anzahl)	Ø166	Ø141	Ø218	25	-77	17,7%	-35,3%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

² unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Der deutschlandweite positive Trend am Arbeitsmarkt wirkt sich zwar auch in der regionalen Arbeitslosenquote, mit einer aktuellen Zahl von 9,2% im Januar 2012 (2011: 10,4%, 2010: 10,2%) aus. Dennoch ist offensichtlich, dass sich ausgehend von 2010 bis 2012 die Anzahl der ALG 2-Empfänger nicht entsprechend entwickelt hat. Ebenso bleibt der Anteil von Schwerbehinderten 2012 bei 4,4% (Vorjahr 4,5%) relativ konstant.

Der mittlerweile eintretende Fachkräftemangel, die Verfestigung der Arbeitslosigkeit und die Absicherung von daseinsfürsorgenden Aufgaben, haben damit unveränderte Bedeutung für den Gesellschafterauftrag. Die Entwicklung der LUBA GmbH zum Sozialbetrieb passt sich dieser Situation vollkommen an und ist damit Vorreiter auf Landesebene.

Im Zuge des initiierten Umstrukturierungsprozess Ende 2009 wurden erstmalig Analysen des Unternehmens nach Bereichen (Sparten) in 2010 vorgenommen. Diese Grundlagenermittlung wurde im Sanierungskonzept 2011 auf den Prüfstand gestellt und in qualitativer und quantitativer Form im Wirtschaftsplan 2012 weiterentwickelt. Im Zuge der Umgestaltung des Unternehmens zum Sozialbetrieb mit der Integrationsabteilung Küche und Grün, dem Bereich Aktiv und dem Bereich Personal mit sozialer Zeitarbeit und Personalentwicklung (incl. Arbeitsförderung), Weiterbildungs- und Beratungsservice stehen drei Ziele im Fokus:

1. Gezielte Angebote zur Fachkräftesicherung
2. Aufgaben für Kommunen dauerhaft und kostengünstig zu erledigen
3. Angebote für Benachteiligte und gegen sich verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit kostendeckend zur Verfügung zu stellen.

Die Einmaleffekte und Sondereinflüsse im Jahr 2010 beeinflussten das Betriebsergebnis bzw. die Liquidität außergewöhnlich negativ. Der Küchenersatzbau und die begonnene Unternehmenssanierung führten 2010 und auch 2011 zu unvorhersehbaren Effekten. In der Konzentration und Breite wurden diese Tatsachen noch nie in der 20jährigen Firmengeschichte wirksam.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Insgesamt ist dem Jahresabschluss zu entnehmen, dass die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Liquidität der LUBA GmbH im Geschäftsjahr 2010 weiterhin angespannt ist. Nach 2008 und 2009 wird wiederholt ein negatives Jahresergebnis (-255,0 T€, Vj. -42,6 T€) ausgewiesen. Der Fehlbetrag mindert das ausgewiesene Eigenkapital um rd. 49,5 % (Vj. 9,5 %) auf 206,5 T€. Trotz gesunkener Bilanzsumme um 147,7 T€ auf 537,1 T€ sank die Eigenkapitalquote auf 38,5 % (Vj. 59,2%). Gründe liegen u.a. in der vorgenommenen Teilwertabschreibung der Immobilien. Der stark rückläufige Trend der Eigenkapitalausstattung ist kritisch zu beobachten.

Bei einer stetig leicht gesunkenen Anlagenintensität von 79,5 % (Vj. 81,6 %) ist eine rückläufige Anlagendeckung durch mittel- und langfristig zur Verfügung stehendes Kapital zu beobachten. Der Anlagendeckungsgrad II beträgt noch 76,9 % (Vj. 88,9 %). Da der Wert unter 100 % liegt, ist entgegen der „Goldenen Bilanzregel“ von einer nicht vollständig fristenkongruenten Finanzierung des langfristigen Vermögens auszugehen, die auf ein mögliches Liquiditätsrisiko hinweist. Auch im Branchenvergleich liegt dieser Wert etwas unter dem Durchschnitt.

Da die LUBA GmbH im Vergleich zu anderen Beteiligungsunternehmen des Landkreises Teltow-Fläming ein geringes Volumen an mittel- bis langfristigem Fremdkapital ausweist, ist auch die Zinsbelastung mit einer Zinsaufwandsquote von 0,4 % von untergeordneter Bedeutung.

Des Weiteren ist die Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch das kurzfristige Vermögen der LUBA GmbH mit einer Liquidität 3. Grades von 54,1 % (Vj. 66,6 %) nicht vollständig gegeben – erst bei einem Wert von deutlich über 100 % spricht man von einer soliden Finanzposition. Seit 2007 ist eine negative Entwicklung der Liquiditätsgrade zu beobachten. Ein Grund dafür sind u.a. die z.T. erheblich verzögerten Fördermittelzahlungen. Hinzu kommt die Umstellung auf eine nachschüssige Zahlungsweise beim Schulessen mit der Einführung des elektronischen Bestellsystems seit 2010. Insofern muss die Gesellschaft Material- und Personalkosten zunächst vorfinanzieren. Die Fristenkongruenz zeigt sowohl bei Betrachtung der kurz- als auch der mittel- und langfristigen Finanzpositionen die angespannte Finanzsituation der Gesellschaft auf. Deutlich wird dies auch bei Betrachtung der Finanzflussrechnung. Wiederholt wird ein negativer Jahres-Cash-Flow ausgewiesen (-40,7 T€), der sich insbesondere aus dem negativen Jahresergebnis ergibt. Außerdem belasten Mittelabflüsse

aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit sowie der operativen Geschäftstätigkeit den Finanzmittelbestand. Die Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes betrug -33,1 T€ (Vj. - 66,8 T€).

Seit 2008 wird die Liquidität durch die Unterstützung der Mehrheit der Gesellschafter in Form eines Gesellschafterdarlehens gesichert. Insofern leisten auch die Gesellschafter einen wichtigen finanziellen Beitrag zur Stabilisierung sowie Konsolidierung und unterstützen den Umstrukturierungsprozess der LUBA GmbH.

Die Betriebsleistung konnte gegenüber dem Vorjahr um 621,3 T€ bzw. 10,7 % auf 2.383,5 T€ gesteigert werden. Dem gegenüber steht jedoch eine um 830,6 T€ gestiegene Summe der betrieblichen Aufwendungen auf 2.625 T€. Insgesamt verschlechterte sich das Jahresergebnis auf -255,0 T€ (Vj. - 42,6 T€). Unter Beachtung der zu erwirtschafteten Fremdkapitalzinsen ergibt sich daraus eine deutlich negative Gesamtkapitalrentabilität von -45,8 % (Vj. -5,1 %).

In ihrer Gesamtheit zeigt die Analyse des Jahresabschlusses eine im Vergleich zu den Vorjahren weiter verschärfte Situation der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie eine angespannte Liquiditätssituation auf.

CHANCEN UND RISIKEN

Als Kernaufgabe wird herausgestellt, dass die entstandene negative Liquiditätssituation durch betriebliche und außerbetriebliche Maßnahmen zu sichern ist und ohne einen Erfolg dieser Maßnahmen der Fortbestand der Gesellschaft bedroht ist. Die Gesellschaft arbeitet derzeit aktuell insbesondere an der Bewältigung der schwierigen Liquiditätslage und hat die verschiedenen Maßnahmen vollständig auf die Bewältigung der Liquiditätssituation ausgerichtet.

In Zusammenhang mit der Analyse der Risikofaktoren wurden im Lagebericht 2010 mittelfristig bestehende immobilienbedingte negative Einflüsse und deren zukünftige Auswirkungen auf Erfolgslage und Liquidität aufgeführt. Demnach steht dem in früheren Jahren zur Eigenkapitalerhöhung der Gesellschaft übertragenen Immobilienbestand ein inzwischen angewachsener Reparatur- und Modernisierungstau gegenüber, der mittelfristig mit zu erwartenden Kosten von bis zu 434 T€ beziffert wird. Damit ist von einem abgesunkenen Nutzungswert dieser Immobilie auszugehen. Aus den zu erwartenden zukünftigen Belastungen erwachsen, aufgrund ihrer Höhe und des liquiditätsbindenden Charakters, weitere künftige Bestandsgefährdungen für die Gesellschaft. Im Gegensatz zu früheren Planungs- und begonnenen Nutzungsvarianten (u.a. Nutzung des Alten Stadtbads für Projektarbeit bzw. Entwicklung weiterer Nutzungskonzepte) wird aufgrund der eigenen schwierigen Liquiditätslage hierzu keine wirtschaftliche Verwertungsmöglichkeit mehr in der Gesellschaft gesehen, da die erwarteten Kosten aus diesen latenten Reparatur- und Sanierungskosten (u.a. aufgrund rechtlicher Vorgaben bzw. der Notwendigkeit der Sicherung einer generellen weiteren Nutzbarkeit) nicht durch Mittel der Gesellschaft aufgebracht werden können.

Die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen tragen dieser dauerhaften Wertminderung im Hinblick auf die Darstellung der Vermögenslage zunächst Rechnung. Sie beseitigen das Problem der Gefährdung für den dauerhaften Unternehmensfortbestand mittelfristig jedoch nicht und bleiben als latente bestandsgefährdende Tatsachen aktuell im Unternehmen bestehen.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Das erstellte Sanierungskonzept ist zentrales betriebliches Instrument und dient als Grundlage für den Wirtschaftsplan 2012 und zur mittelfristigen Finanzplanung 2015. Die Liquiditätssicherung ist die Kernaufgabe zum positiven Fortbestand der Gesellschaft. Durch Kontrolle der Liquiditätsentwicklung werden Zahlungsströme (Ein- bzw. Ausgänge) ständig erfasst und aktualisiert und geeignete betriebliche (z.B.: Ratenzahlung Lohn) und außerbetriebliche Aktivitäten (z.B.: Veränderungen Zahlungsbedingungen mit Hauptlieferanten) realisiert. Zur intensiven Begleitung dieser Situation wird eine „Task-Force“ eingerichtet, die die Umsetzung der Maßnahmen kontrolliert, neue Aktivitäten anregt und den Kontakt im Umgang mit anderen möglichen Unterstützern sichert. Im Grün Bereich wurden vertragliche Vereinbarungen für 2012 im Wertumfang von 168 T€ abgeschlossen.

Die feste Verankerung in allen relevanten Netzwerken und die Arbeit in den 4 Bereichen (Sparten), lassen sozialpolitische Inhalte und wirtschaftliches Handeln gleichermaßen als Hauptziel absichern. Mit dem sozialwirtschaftlichen Betrieb steht am Ende dieser 5 jährigen Umstrukturierung und Sanierung dauerhaft eine Gesellschaft zur Erledigung von Daseinsfürsorgemaßnahmen zur Verfügung.

Abschließend ist hervorzuheben, dass die Gesellschaft auf Grund ihres Gesellschaftszwecks und allgemeinen Tätigkeitsfelds prinzipiell auch weiterhin von politischen Entscheidungen, insbesondere der Entwicklung der Arbeits- und Sozialpolitik, sowie von gesellschafterspezifischen Entscheidungen abhängig ist.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2010	2009	2008
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Der öffentliche Zweck der LUBA GmbH besteht in der Förderung der Fortbildung und Umschulung von arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern sowie der Integration Benachteiligter des Arbeitsmarktes im Landkreis Teltow-Fläming, insbesondere in der Stadt Luckenwalde und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal.

Mit Maßnahmen zur Qualifizierung in Verbindung mit der Durchführung von sozialen Bildungs- und Beschäftigungsinitiativen sowie der produktiven Berufs- und Arbeitsförderung wird stets das Ziel verfolgt, die Arbeitslosigkeit, und insbesondere die Zahl der ALG II-Empfänger, in dieser Region zu senken.

6. SONSTIGES

Die LUBA GmbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	427,0	558,7	-131,7
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	12,2	0,0	12,2
II. Sachanlagen	414,8	558,7	-143,9
B. Umlaufvermögen	107,7	125,3	-17,6
I. Vorräte	6,3	7,5	-1,1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	85,4	68,8	16,6
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	16,0	49,1	-33,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2,4	0,7	1,6
Bilanzsumme	537,1	684,8	-147,7
Passiva			
A. Eigenkapital	206,5	405,3	-198,7
I. Gezeichnetes Kapital	217,5	217,5	0,0
II. Kapitalrücklage	214,0	157,8	56,3
III. Gewinnvortrag	30,0	72,6	-42,6
IV. Jahresfehlbetrag	-255,0	-42,6	-212,4
B. Rückstellungen	69,1	27,2	41,9
C. Verbindlichkeiten	251,8	252,3	-0,4
D. Rechnungsabgrenzungsposten	9,6	0,0	9,6
Bilanzsumme	537,1	684,8	-147,7
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2010			
1. Umsatzerlöse	2.369,3	735,6	1.633,7
2. sonstige betriebliche Erträge	14,2	1.026,6	-1.012,4
3. Materialaufwand	293,3	237,1	56,2
4. Personalaufwand	1.818,3	1.252,3	566,0
5. Abschreibungen	172,4	20,3	152,1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	341,0	284,7	56,4
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,1	0,4	-0,4
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9,2	7,9	1,3
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-250,8	-39,7	-211,1
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0
11. sonstige Steuern	4,2	2,9	1,3
12. Jahresfehlbetrag	-255,0	-42,6	-212,4

3.5 Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH, Luckenwalde (VTF)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Forststraße 16
14943 Luckenwalde

E-MAIL

info@vtf-online.de

HOMEPAGE

www.vtf-online.de

GRÜNDUNG

26.06.1992



Die VTF mbH wurde gemeinsam durch die ehemaligen Landkreise Luckenwalde und Jüterbog am 26.06.1992 als „Personennahverkehrsgesellschaft Nuthetal mbH“ gegründet. Grundlage dafür bildeten die Beschlüsse des Kreistages des damaligen Landkreises Luckenwalde vom 23.04.1992 (Nr. 179/92) in Verbindung mit dem Beschluss vom 28.11.1991 (Nr. 129/91) sowie der Beschluss Nr. 0182 vom 22.04.1992 des Kreistages des damaligen Landkreises Jüterbog.

Auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses Nr. 2-0100/99 vom 01.03.1999 erhielt die Gesellschaft nach Fusion mit den auf dem Gebiet des Landkreises Teltow-Fläming liegenden Betriebsteilen der ehemaligen Verkehrsgesellschaft Königs Wusterhausen und Zossen mbH (VKZ) ihren heutigen Namen: „Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH“.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 26.06.1992 notariell beurkundet und zuletzt am 24.08.1999 notariell geändert. (Änderung der Firma, Euromstellung)

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist die Organisation und Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs im Bereich des Landkreises Teltow-Fläming, die Durchführung von freigestelltem Schüler- und Berufsverkehr sowie die bedarfsgerechte Entwicklung von Alternativverkehren und Sonderbedienungsfahrten im Einklang mit den im ÖPNVG (Bbg)² enthaltenen Aufgaben.

(§ 3 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

40.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	100 %	40.000,00 €
---------------------------	-------	-------------

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

VTF. Luckenwalder Servicegesellschaft mbH (LUS):	100 %
--	-------

² ÖPNVG (Bbg) – Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg in der Fassung vom 26. Oktober 1995, zuletzt geändert am 18. Dezember 2006.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Dipl.-Ing. (FH) Volker Fleischer

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus sieben Mitgliedern besteht. Davon entsendet der Gesellschafter fünf Mitglieder (davon vier Kreistagsabgeordnete und einen Mitarbeiter der Kreisverwaltung). Zwei weitere Mitglieder werden aus den Reihen der Arbeitnehmer der Gesellschaft gewählt.

Herr Holger Lademann	(Vorsitzender, Beigeordneter Kreisverwaltung Teltow-Fläming)
Herr Uwe Kiefer	(stellv. Vorsitzender, Arbeitnehmervertretung, Verkehrsmeister)
Frau Martina Borgwardt	(Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Helmut Barthel	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Andreas Krüger	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Roland Scharp	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Harry Domke	(Arbeitnehmervertretung, Busfahrer)

ABSCHLUSSPRÜFER

ACCO GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2010	2009	2008	2009 zu 2010	2008 zu 2009	2009 zu 2010	2008 zu 2009
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	80,0%	79,6%	70,6%	0,4%	9,0%	0,5%	12,8%
Eigenkapitalquote	25,9%	20,9%	20,0%	5,0%	0,9%	23,8%	4,7%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	95,2%	89,5%	101,8%	5,8%	-12,4%	6,5%	-12,1%
Zinsaufwandsquote	1,0%	0,8%	1,1%	0,2%	-0,3%	29,9%	-25,5%
Zinsaufwandsquote ²	0,5%	0,3%	0,5%	0,1%	-0,1%	29,9%	-23,9%
Liquidität 3. Grades	83,1%	70,5%	103,8%	12,6%	-33,3%	17,9%	-32,1%
Cashflow	- 299,9 T€	- 2.058,4 T€	- 2.019,2 T€	1.758,5 T€	- 39,3 T€	85,4%	-1,9%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	- 146,0 T€	- 1.536,6 T€	- 889,4 T€	1.390,7 T€	- 647,2 T€	90,5%	-72,8%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	-18,7%	-20,8%	-20,7%	2,1%	-0,1%	10,0%	-0,7%
Umsatz	6.144,6 T€	5.593,8 T€	5.312,7 T€	550,8 T€	281,1 T€	9,8%	5,3%
Jahresergebnis	- 2.522,1 T€	- 2.780,9 T€	- 2.708,6 T€	258,8 T€	- 72,3 T€	9,3%	-2,7%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	52,8%	59,7%	60,8%	-7,0%	-1,1%	-11,6%	-1,9%
Personalintensität	37,6%	42,1%	42,9%	-4,5%	-0,8%	-10,7%	-1,9%
Anzahl der Mitarbeiter	93	91	85	2	6	2,2%	7,1%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital² unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)³ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie langfristigem Fremdkapital**GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN**

Die VTF mbH erfüllt die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben auf der Grundlage der vom Landesamt für Bauen und Verkehr erteilten Genehmigung für die Einrichtung und den Betrieb von Linienverkehren. Daneben gehören Schienenersatzverkehr, Gelegenheitsverkehr, Schülerverkehr und Berufsverkehr zum Angebotsportfolio. Die Gesellschaft erbringt Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr als Aufgabe der Daseinsvorsorge für den Aufgabenträger fast ausschließlich im Landkreis Teltow-Fläming.

Geschäftsgrundlage und Grundlage des unternehmerischen Handelns bilden – neben den rechtlichen Anforderungen nach ÖPNVG (Bbg) – die Grundsätze und Festlegungen des vom Landkreis Teltow-Fläming aufgestellten und vom Kreistag beschlossenen Nahverkehrsplans von 2009 bis 2013. Auf dieser Basis soll die Sicherstellung der ausreichenden Bedienung mit Verkehrsleistungen im ÖPNV gewährleistet werden. Seit 2005 werden die Verkehrsleistungen zudem auf der Grundlage einer

Betrauungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Landkreis und der VTF mbH erbracht. Die in 2009 gültigen Fassungen stammten vom 17.12.2008 und wurden zwischenzeitlich durch den Verkehrsvertrag vom 21./25.01.2010 (gültig bis 2016) ersetzt.

Insgesamt gilt es, nach folgenden verkehrspolitischen Zielstellungen und Leitlinien zu handeln (Bsp.):

„Der ÖPNV soll der Mobilitätssicherung aller Teile der Bevölkerung, der Gewährleistung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilgebieten, der Attraktivität der Wohn- und Gewerbestandorte, dem Umweltschutz und der Verkehrssicherheit dienen und als eine möglichst attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr gestaltet werden.“

(Nahverkehrsplan 2009 bis 2013)

Der angebotene ÖPNV, der einen wichtigen verkehrlichen Standortfaktor für Wirtschaftsunternehmen darstellt, soll qualitativ hochwertig sein.

Umwelt- und Klimaschutzanforderungen wird durch die Vorgabe verschärfter Emissionsgrenzwerte nachgekommen. Der Einsatz emissions- und insbesondere lärmarmen Fahrzeuge bietet die Möglichkeit einer umweltfreundlichen Mobilität.

Es soll ein kunden- und nachfrageorientierter ÖPNV, der sowohl die Mobilitätsbedürfnisse als auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit seiner Nutzer berücksichtigt, realisiert werden.

Die zunehmende Barrierefreiheit wird, insbesondere vor dem Hintergrund der zu erwartenden Altersstrukturentwicklung, zukünftig an Bedeutung gewinnen.

Intelligente und flexible Angebote sollen zur Rückgewinnung von Fahrgästen außerhalb der Schülerbeförderung beitragen. Zudem sollen die Rechte der Fahrgäste bei Ausfällen und Verspätungen gestärkt werden, bspw. in Form von Schadensersatzleistungen.

Im Geschäftsjahr 2010 hat sich die VTF mbH wie auch in den Vorjahren auf ihr Kerngeschäft, das Angebot zuverlässiger und qualitativ hochwertiger Leistungen im ÖPNV, konzentriert. Dabei wurden sowohl die im Verkehrsvertrag zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der VTF vereinbarten Fahrplan- und Sonderverkehrsangebote vollumfänglich und in hoher Qualität entsprechend des Nahverkehrsplanes erfüllt als auch die für das Jahr 2010 gestellten Unternehmensziele innovativ verwirklicht und die Einhaltung eines wettbewerbsfähigen Kostenniveaus sichergestellt. Steigende Nachfragewerte und konstant bleibende Wirtschaftlichkeit bestätigen die Richtigkeit der gewählten Unternehmensstrategie hinsichtlich der Leistungsangebote, der Produktqualität, des Marketings und der Kundennähe.

Bei der Gestaltung des Angebotes ist besonders die ab April 2010 erfolgte Umsetzung eines differenzierten ÖPNV-Bedienungskonzeptes mit integriertem Rufbus in einem Teilbereich der Gemeinde Nuthe-Urstromtal zu erwähnen. Durch dieses Konzept werden folgende Zielstellungen verfolgt:

- Entscheidende Verbesserung des ÖPNV-Angebotes außerhalb der Zeiten des Schülerverkehrs, einschließlich der Abendstunden und am Wochenende, woraus sich für diesen Teil der Gemeinde ein erheblicher Attraktivitätsgewinn ergibt.
- Verbesserung der Erreichbarkeit der Kreisstadt Luckenwalde sowie der Landeshauptstadt Potsdam und der Metropole Berlin für alle Fahrtzwecke, für Pendler, zum Einkaufen, Arztbesuche usw.
- Uneingeschränkte, ganztägige und an allen Tagen gewährleistete Erreichbarkeit aller Ortsteile und Ziele im Gemeindegebiet, insbesondere auch im Freizeitverkehr zum Wohle des ansässigen Gast- und Fremdenverkehrsgewerbes.
- Reduzierung der Umweltbelastung durch Substituierung privater PKW-Fahrten.

Bei den Sonderverkehren konnte das Unternehmen vordergründig den Bereich des Berufsverkehrs ausbauen.

Das Unternehmen hat seine Qualitätspolitik auch im Jahr 2010 kontinuierlich weitergeführt und damit die Erfüllung der durch den Aufgabenträger geforderten Standards sichergestellt. Die fortwährende Weiterentwicklung des Qualitäts- und Umweltmanagementsystems trägt dazu bei, die Wirtschaftlichkeit aller im Unternehmen ablaufenden Prozesse kontinuierlich zu vervollkommen und die durch den Kunden erfahrene Qualität der Dienstleistung zu erhöhen.

Im Ergebnis einer aktuellen Kundenbefragung aus dem Jahr 2010 waren 84% der befragten Fahrgäste im Gesamturteil mit der Qualität der Leistungen des Unternehmens sehr zufrieden oder zufrieden.

Im Rahmen der Investitionstätigkeit des Unternehmens wurden im Geschäftsjahr 2010 insgesamt 6 Busse für den Linienverkehr angeschafft. Hiervon wurden 5 Fahrzeuge im Ergebnis einer europaweiten Ausschreibung beauftragt. Darüber hinaus konnte kostengünstig ein weiterer Bus (ehemals Vorführwagen) erworben werden.

Kennzahlen für den ÖPNV im öffentlichen Linienverkehr					
(in 1.000)	2010		2009		+/- von 2009 zu 2010
Beförderungsfälle	3.862		3.827	35	0,9%
Personenkilometer	45.454		45.038	416	0,9%
Nutzwagenkilometer	4.488		4.307	181	4,2%

Zur Durchführung des ÖPNV im Landkreis Teltow-Fläming stehen der Gesellschaft nun insgesamt 90 Omnibusse auf fünf Betriebshöfen zur Verfügung. Statistisch ergaben sich für 2010 die o.g. ÖPNV-Kennzahlen. Die Anzahl der Beförderungsfälle ist bei den sonstigen Personenbeförderungen (um etwa 1.000 Fälle bzw. 0,1 %) und bei der Schülerbeförderung (um etwa 34.000 Fälle bzw. 1,3 %) gestiegen, so dass sich insgesamt ein Anstieg der Beförderungen um 35.000 Fälle (bzw. 0,9 %) ergibt. Bedingt durch den Anstieg bei den Beförderungsfällen hat sich auch die Anzahl der Personenkilometer gegenüber dem Vorjahr um 416 Tkm bzw. 0,9 % erhöht. Daneben ist auch die Anzahl der Nutzwagenkilometer um 181 Tkm bzw. 4,2 % gestiegen.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Wie der Geschäftsführer im Lagebericht zum Jahresabschluss 2010 darlegt, ist die wirtschaftliche Situation der VTF mbH als solide einzuschätzen. Unter Berücksichtigung der Leistungen, die der Gesellschafter Landkreis Teltow-Fläming gegenüber der VTF mbH im Rahmen des Verkehrsvertrages einbrachte, war die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2010 wirtschaftlich stabil aufgestellt. Die Zuführungen des Landkreises werden in eine zweckgebundene Rücklage eingestellt. Ihnen stehen Entnahmen zum Ausgleich der erwirtschafteten Verluste gegenüber.

Den Zugängen zum Anlagevermögen von 1.643,9 T€ stehen Abgänge von 43 T€ und Abschreibungen von 1.565,2 gegenüber, so dass sich das Anlagevermögen um insgesamt 35,7 T€ erhöht hat. Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens an der Bilanzsumme beträgt nun 80,0 % (Vj. 79,6 %). Das langfristige gebundene Vermögen wird im Wesentlichen durch die Sachanlagen bestimmt. Der Anteil der liquiden Mittel an der Bilanzsumme beträgt 8,6% (Vj. 9,7 %). Innerhalb des Eigenkapitals hat sich die Kapitalrücklage um 649,8 T€ auf 3.360,1 T€ (Vj. 2.710,3 T€) erhöht. Der Zuführung von 3.171,8 T€ in die Kapitalrücklage durch den Gesellschafter stehen Entnahmen für den Verlustausgleich in Höhe von 2.522,1 T€ gegenüber. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Jahresfehlbetrag insbesondere durch das neutrale Ergebnis sowie das außerordentliche Ergebnis (149,8 T€) positiv beeinflusst wurde. Der Anteil des Eigenkapitals ist von 20,9 % im Vorjahr auf 25,9 % gestiegen.

Insbesondere mit Blick auf die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft ist die Stabilisierung der Eigenkapitalquote – speziell nach dem Rückgang von 2007 zu 2008 um 8,5 Prozentpunkte – als positiv zu werten. Der Anlagendeckungsgrad II beträgt nun 95,2 % (Vj. 89,5 %). Eine fristenkongruente Finanzposition liegt nicht in vollem Maße vor. Die langfristigen Mittel betragen 11.184,2 T€ bzw. 85,2 % der Bilanzsumme. Die langfristigen Mittel reichen vollständig aus, um das langfristig gebundene Vermögen von 10.495,2 T€ zu finanzieren. Die kurzfristigen Mittel haben sich um 583 T€ auf 1.938,9 T€ verringert. Grund hierfür ist im Wesentlichen der Verbrauch sowie die Auflösung von Rückstellungen. Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 21,8 T€ bzw. 0,1 % auf 13.123,1 T€ vermindert.

Das Jahresergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr von – 2.780,9 T€ um 258,8 T€ auf – 2.522,1 T€ verbessert. Diese Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen neutralen Erträgen sowie aus dem außerordentlichen Ergebnis im Rahmen der erstmaligen Anwendung des BilMoG.

Trotz der Anschaffung neuer Busse hat die Gesellschaft in 2010 keine neuen Darlehen aufnehmen müssen. Insofern konnten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten insgesamt weiter abgebaut werden. Die Zinsaufwandsquote beträgt 0,5 %. Insgesamt wird das Jahresergebnis jedoch weniger durch die Zinsen, als durch die Aufwendungen für Material, Personal und Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt rd. 11.322,2 T€ (Vj. 10.852,6 T€) belastet.

Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 550,8 T€ auf 6.144,6 T€ erhöht. Dies ist insbesondere auf das Ergebnis der Einnahmenaufteilung für die Geschäftsjahre 2007 und 2008 des VBB zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um 139,3 T€ auf 2.476,5 T€ durch die Auflösung der Investitionszuschüsse und die gestiegenen Leistungen für die Tochtergesellschaft. Der Materialaufwand stieg um 564,4 T€. Der Mehraufwand resultiert hauptsächlich aus den um gut 12 % gestiegenen Kraftstoffpreisen sowie auf Grund der Mehraufwendungen für bezogene Leistungen der Subunternehmer. Gegenüber dem Vorjahr sank der Personalaufwand um 98,4 T€, damit konnte die Personalaufwandsquote sich auf 52,8 % verbessern (Vj. 59,7 %). Aufgrund erfolgter Investitionen erhöhten sich die Abschreibungen um 269 T€. Sonstige betriebliche Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 265,4 T€ gesunken, u.a. da in 2009 gebildete Rückstellungen für Instandhaltungen z. T. aufgebraucht wurden.

Der weiter verbesserte Kostendeckungsgrad von 77 % in 2010 (2009: 75 %) ist im Vergleich zu anderen Verkehrsunternehmen, die ebenfalls Verkehrsleistungen in der Fläche erbringen, als äußerst günstig zu bewerten. Unter Betrachtung des Jahresfehlbetrages von -2.522,1 € sowie der erwirtschafteten Fremdkapitalzinsen ergibt sich eine Gesamtkapitalrentabilität von -18,7 %. Durch die Zuführung von Zuwendungen des Gesellschafters auf Grundlage des bestehenden Verkehrsvertrages ist die wirtschaftliche Stabilität der VTF mbH trotzdem gegeben.

Die hohe Kostenbelastung wirkt sich auch auf den erwirtschafteten Cash-Flow, also dem um Abschreibungen, die Auflösung von Sonderposten, der Zu- bzw. Abnahme der Rückstellungen sowie dem außerordentlichen Ergebnis bereinigten Jahresergebnis, aus. Die VTF mbH weist, wie auch in den Vorjahren, einen negativen Jahres-Cash-Flow bzw. -Cash-Loss von 299,9 T€ aus. (Vj: - 2.058,4 T€).

Die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes belief sich in 2010 auf – 146,0 T€ (Vj. – 1.536,6 T€) und verbesserte sich damit um 1.390,7 T€. Die Liquidität 3. Grades stieg auf 83,1 % und hat somit die 100 % - Marke erneut unterschritten (Vj. 70,5 %). Demzufolge ist neben der längerfristigen auch die kurzfristige Finanzposition nicht vollständig fristenkongruent. Gemäß den Ausführungen des Geschäftsführers war die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens dennoch während des Geschäftsjahres stets uneingeschränkt gesichert.

Insgesamt zeigt die Analyse des Jahresabschlusses im Vergleich zu den Vorjahren eine stabile, zum Teil jedoch auch verschlechterte Situation bezüglich Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie Liquidität der VTF mbH auf.

CHANCEN UND RISIKEN

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist in Deutschland augenscheinlich überwunden. Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2010 wieder kräftig gewachsen. Mit 3,6% stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) so stark wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Trotzdem bleibt die Konsolidierung der Haushalte eines der bestimmenden Themen. Für Brandenburg wurde dies zuletzt im Januar 2011 im Rahmen einer Haushaltsklausur der Landesregierung belegt, auf der angekündigt wurde, dass für den Haushalt 2012 nochmals gegenüber dem Etat für 2011 253 Mio. € mehr einzusparen sind und hierzu alle Ministerien einen Beitrag zu leisten hätten. Welche Auswirkungen hieraus für den ÖPNV entstehen bleibt abzuwarten.

Angesichts möglicherweise weiterer geplanter Kürzungen von Mitteln für den ÖPNV ist der Hinweis auf die Bedeutung des ÖPNV als wirtschaftlicher Standortfaktor unerlässlich. Der ÖPNV benötigt auch in der Zukunft eine stabile Finanzierung, insbesondere auch um dringend erforderliche Investitionen in die Infrastruktur und den Betrieb leisten zu können. Auch vor dem Hintergrund der Ergebnisse einer in 2010 durch den VDV in Brandenburg durchgeführten Untersuchung zum Investitionsbedarf der Jahre 2011 bis 2020. Hiernach werden in diesem Zeitraum zur Beibehaltung der gegenwärtigen Standards 48 Mio. € an Investitionsmitteln benötigt. Geht man von einer gemäß ÖPNV-Gesetz verfügbaren Investitionssumme in Höhe von 20 Mio. € aus, so entsteht dabei bereits ohne Berücksichtigung gegebenenfalls weiterer Kürzungen eine Finanzierungslücke von 28 Mio. €.

Als zunehmendes Risiko stellt sich, nachdem im Jahr 2010 eine weitgehende Beruhigung eingetreten war, die wieder anziehende Preissteigerung bei den Energiekosten heraus. Problematisch ist nach wie vor die Altersstruktur bei den Beschäftigten im Unternehmen. Schwerpunkt hierbei bleibt das Fahrpersonal aber auch das qualifizierte Werkstattpersonal. Das Unternehmen wird seine Aktivitäten gerade in Richtung Berufsausbildung weiter verstärken müssen.

Schließlich bleibt als Risiko ebenfalls die zeitlich versetzte Einnahmenaufteilung unter der Regie des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg. Abzusehen ist bisher auch nicht, welche Folgen sich aus der anhaltenden und sich verschärfenden Krise der Berliner S-Bahn für die Einnahmesituation der VTF ergeben könnten.

Das Risikomanagement des Unternehmens hat sich bewährt und wurde auch im Geschäftsjahr 2010 den konkreten Anforderungen entsprechend fortgeschrieben. Es dient der früh- bzw. rechtzeitigen Erkennung von unternehmerischen Risiken, insbesondere existenzgefährdender Risiken oder Risiken, die nachhaltig negativen Einfluss auf die Ertragslage haben könnten. Hierzu sind bereits seit Jahren Risikofrühwarnsysteme für identifizierte Risiken installiert, die im Rahmen regelmäßiger „Risikoinventuren“ aktualisiert und angepasst werden.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Ziel der Erfolgsplanung des Geschäftsjahres 2011 ist es, wiederum ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erreichen. Die Unternehmensplanung erfolgt in Übereinstimmung mit dem Verkehrsvertrag zwischen dem Aufgabenträger für den ÖPNV und der VTF. Der Umfang der durch das Unternehmen zu erbringenden Verkehrsleistungen im öffentlichen Linien- und Vertragsverkehr wird dem Niveau des Jahres 2010 entsprechen.

Das Unternehmen ist mit seinen fünf uneingeschränkt arbeitsfähigen Betriebshöfen gut aufgestellt. Aufgrund der zum 01. Januar 2011 in Kraft getretenen Tarifierung von durchschnittlich 2,89 % im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg kann mit leicht ansteigenden Umsatzerlösen aus Fahrausweisverkäufen gerechnet werden. Schwerpunkte der Investitionstätigkeit werden wiederum bei der Erneuerung des Fuhrparks liegen.

Darüber hinaus wird die Umsetzung der 1. Migrationsstufe des Projektes INNOS (innovatives, interoperables EFM – Hintergrundsystem zur Einführung des elektronischen Tickets in Deutschland) VBB-weit mit Beteiligung der VTF fortgesetzt.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen wie auch demografischen Entwicklung leistet die VTF mbH einen wichtigen Beitrag zur Mobilität und Flexibilität der Bevölkerung. Ob für Privatpersonen oder Firmenansiedlungen, die Anbindung an den ÖPNV ist und bleibt ein wichtiger Standortfaktor. Der Einfluss öffentlicher Verkehrsmittel bspw. auf individuelle Standort- oder Investitionsentscheidungen sollte in Zeiten, in denen Menschen immer häufiger lange Strecken zur Arbeit oder Schule zurücklegen müssen, nicht unterschätzt werden.

Im Hinblick auf die Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft spielt der zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming als Gesellschafter und der VTF mbH abgeschlossene Verkehrsvertrag bis 2016 eine große Rolle. Durch eine stetige Kostenkontrolle sowie der Optimierung der Prozesse und Abläufe sollen noch vorhandene Einsparpotenziale ausgenutzt und die Ertragssituation verbessert werden. Abschließend zu erwähnen ist, dass Verkehrsleistungen im ÖPNV i.d.R. nicht kostendeckend erbracht werden können. Insofern wird die Gesellschaft auch zukünftig auf öffentliche Zuschüsse angewiesen sein.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2010	2009	2008
1. Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.)	3.171,8 T€	2.968,1 T€	2.811,7 T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen ¹	2.848,5 T€	2.642,6 T€	2.630,3 T€

¹ davon Investitionszuschüsse: 999 T€ (2009), 1.020 T€ (2008);
davon Ausgleichszahlungen für Schülerverkehr gemäß § 45a PBefG:
1.644 T€ (2009), 1.610 T€ (2008).

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Rechtsgrundlage für die Durchführung der öffentlichen Personennahverkehre (ÖPNV) ist das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg ÖPNVG (Bbg).

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg) stellt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im ÖPNV eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar.

Gemäß § 2 Abs. 2 ÖPNVG (Bbg) soll der ÖPNV der Verbesserung der Mobilität der Bevölkerung, der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, dem Umweltschutz und der Verkehrssicherheit dienen. Er soll so gestaltet werden, dass er eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellt. Durch Steigerung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV soll der motorisierte Individualverkehr insbesondere in und zwischen Verdichtungsräumen zurückgeführt, zumindest aber ein weiterer Anstieg verhindert werden.

Dabei obliegt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im Schienenpersonennahverkehr sowie der landesbedeutsamen Verkehrslinien anderer Verkehrsträger des öffentlichen Personennahverkehrs gemäß § 3 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg) dem Land Brandenburg. Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im übrigen ÖPNV ist gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNVG (Bbg) freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Aufgegriffen wird dies zudem im § 2 Abs. 2 i. V. m. § 131 BbgKVerf, wonach die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise gehört. Dabei können die Aufgabenträger zur bestmöglichen Erreichung der Ziele des Gesetzes miteinander zusammenarbeiten, bspw. durch Bildung eines Verkehrs- und Tarifverbundes wie dem VBB (§ 5 ÖPNVG (Bbg)).

Insgesamt soll die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- und Regionalverkehr befriedigt werden. Hierzu ist je nach Bedarf ein Liniennetz aufzubauen.

Der Landkreis Teltow-Fläming bedient sich zur Erfüllung dieser Aufgabe der VTF mbH.

6. SONSTIGES

Die VTF mbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	10.495,2	10.459,5	35,7
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	13,5	21,7	-8,2
II. Sachanlagen	10.285,2	10.198,2	86,9
III. Finanzanlagen	196,6	239,6	-43,0
B. Umlaufvermögen	2.598,6	2.668,6	-70,0
I. Vorräte	589,1	662,6	-73,5
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	878,0	728,5	149,5
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.131,5	1.277,5	-146,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	29,2	16,8	12,5
Bilanzsumme	13.123,1	13.144,9	-21,8
Passiva			
A. Eigenkapital	3.400,1	2.750,3	649,7
I. gezeichnetes Kapital / Kapitalkonto/ Kapitalanteile	40,0	40,0	0,0
II. Kapitalrücklage	3.360,1	2.710,3	649,7
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	6.236,8	6.055,7	181,1
C. sonstige Rückstellungen	1.461,5	2.798,5	-1.337,1
D. Verbindlichkeiten	2.024,8	1.540,3	484,5
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	552,7	819,2	-266,4
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	670,8	407,0	263,8
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbund. Unternehmen	75,3	101,4	-26,1
4. sonstige Verbindlichkeiten	725,9	212,7	513,2
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	13.123,1	13.144,9	-21,8
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2010			
1. Umsatzerlöse	6.144,6	5.593,8	550,8
2. sonstige betriebliche Erträge	2.476,5	2.337,3	139,3
3. Materialaufwand	5.413,3	4.848,9	564,4
4. Personalaufwand	3.241,6	3.340,0	-98,4
5. Abschreibungen	1.672,9	1.403,9	269,0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	994,4	1.259,8	-265,4
7. Erträge aus Gewinnübernahme verbund. Untern.	73,0	143,8	-70,8
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33,2	53,2	-20,0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	63,4	44,5	19,0
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.658,3	-2.769,0	110,7
11. Außerordentliche Erträge	164,9	0,0	164,9
12. Außerordentliche Aufwendungen	15,1	0,0	15,1
13. Außerordentliches Ergebnis	149,8	0,0	149,8
14. sonstige Steuern	13,6	11,9	1,7
15. Jahresfehlbetrag	-2.522,1	-2.780,9	258,8

Die Beteiligung der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH in Zahlen

3.5.1 VTF. Luckenwalder Servicegesellschaft mbH (LUS)

Gesellschafter: 100 % VTF mbH

Geschäftsführer: Herr Dipl.-Ing. (FH) Volker Fleischer

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0
II. Sachanlagen	0,0	0,0	0,0
B. Umlaufvermögen	0,0	0,0	0,0
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	92,5	331,9	-239,4
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	90,7	158,7	-68,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	171,7	0,0	171,7
Bilanzsumme	354,9	490,5	-135,7
Passiva			
A. Eigenkapital	25,0	25,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	25,0	25,0	0,0
II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,0	0,0	0,0
B. Sonstige Rückstellungen	14,5	19,1	-4,6
C. Verbindlichkeiten	315,3	446,5	-131,1
Bilanzsumme	354,9	490,5	-135,7
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2010			
1. Umsatzerlöse	1135,8	919,7	216,1
2. sonstige betriebliche Erträge	1,5	2,1	-0,6
3. Materialaufwand	568,1	451,2	116,9
4. Personalaufwand	427,4	304,7	122,7
5. Abschreibungen	0,0	0,1	-0,1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	59,1	21,9	37,1
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9,8	0,0	9,8
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9,8	143,8	-70,8
9. Aufwendungen aus Gewinnabführungsvertrag	73,0	143,8	-70,8
10. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

3.6 VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Hardenbergplatz 2, 10623 Berlin

E-MAIL

info@VBBonline.de

HOMEPAGE

www.VBBonline.de

GRÜNDUNG

08.12.1994



Die VBB GmbH wurde mit Abschluss des notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrages am 08.12.1994 gegründet. Zunächst bestand sie nur befristet bis zum 31.12.1996 als „Gesellschaft zur Vorbereitung des Verkehrsverbundes Region Berlin mit beschränkter Haftung“. Nach Abschluss des Grundvertrages zur Bildung eines Verkehrsverbundes für Berlin-Brandenburg zwischen den Gebietskörperschaften als Aufgabenträger am 30.12.1996 und der Änderung des Gesellschaftsvertrages besteht die Gesellschaft auf unbestimmte Zeit.

Der Kreistag des ehemaligen Landkreises Zossen beschloss am 27.09.1993, sich an der Vorbereitungsgesellschaft zu beteiligen (Beschluss Nr. 0214).

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 08.12.1994 notariell beurkundet und zuletzt am 01.12.2005 notariell geändert. (Neuzuordnung von Geschäftsanteilen)

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarung der Länder Berlin und Brandenburg vom 30.12.1993. Dies soll insbesondere durch eine Vereinheitlichung bzw. Anpassung des Angebotes an ÖPNV-Leistungen und des Tarifsystems in den beiden Ländern erreicht werden. Des Weiteren wird eine homogene Einbeziehung des regionalen Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) angestrebt.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

324.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Land Berlin:	33,33%	108.000 €
Land Brandenburg:	33,33%	108.000 €
Stadt Brandenburg an der Havel:	1,85%	6.000 €
Stadt Frankfurt (Oder):	1,85%	6.000 €
Stadt Cottbus:	1,85%	6.000 €
Landeshauptstadt Potsdam:	1,85%	6.000 €

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

Landkreis Barnim:	1,85%	6.000 €
Landkreis Dahme-Spreewald:	1,85%	6.000 €
Landkreis Elbe-Elster:	1,85%	6.000 €
Landkreis Havelland:	1,85%	6.000 €
Landkreis Märkisch-Oderland:	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberhavel:	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberspreewald-Lausitz:	1,85%	6.000 €
Landkreis Oder-Spree:	1,85%	6.000 €
Landkreis Ostprignitz-Ruppin:	1,85%	6.000 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark:	1,85%	6.000 €
Landkreis Prignitz:	1,85%	6.000 €
Landkreis Spree-Neiße:	1,85%	6.000 €
Landkreis Teltow-Fläming:	1,85%	6.000 €
Landkreis Uckermark:	1,85%	6.000 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Hans-Werner Franz

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat besteht höchstens aus 26 Mitgliedern, von denen die Länder Berlin und Brandenburg je vier Mitglieder und die übrigen Gesellschafter je ein Mitglied entsenden.

Herr Peer Giesecke	(Vorsitzender, Landrat des Landkreises Teltow-Fläming; ab 4. März 2010)
Herr Rainer Bretschneider	(1. stellv. Vorsitzender, Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft; ab 26. April 2010)
Frau Maria Krautzberger	(2. stellv. Vorsitzende, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin; ab 4. März 2010)
Herr Joachim Künzel	(Senatsrat in der Senatskanzlei des Landes Berlin)
Herr Günter Schulz	(Senatsrat in der Senatsverwaltung für Finanzen Berlin)
Herr Dr. Friedemann Kunst	(Senatsdirigent in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin)
Herr Albrecht Gerber	(Staatssekretär in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg; bis 25. April 2010)
Herr Hans-Werner Michael	(Ministerialrat im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg)
Herr Burkhard Exner	(Bürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam)
Herr Steffen Scheller	(Bürgermeister der Stadt Brandenburg/Havel)
Herr Frank Szymanski	(Oberbürgermeister der Stadt Cottbus)
Herr Peter Edelmann	(Beigeordneter der Stadt Frankfurt/Oder, bis 10. August 2010)
Herr Carsten Bockhardt	(Erster Beigeordneter des Landkreises Barnim)
Herr Stephan Loge	(Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald)
Herr Klaus Richter	(Landrat des Landkreises Elbe-Elster, bis 06. Februar 2010)
Herr Dr. Burkhard Schröder	(Landrat des Landkreises Havelland)
Herr Gernot Schmidt	(Landrat des Landkreises Märkisch-Oderland)

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

Herr Karl-Heinz Schröter	(Landrat des Landkreis Oberhavel)
Herr Titus Faustmann	(Beigeordneter des Landkreises Oberspreewald-Lausitz, bis 06. Mai 2010)
Herr Manfred Zalenga	(Landrat des Landkreises Oder-Spree)
Herr Christian Gilde	(Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin, bis 24. Januar 2010)
Herr Christian Stein	(Erster Beigeordneter des Landkreises Potsdam-Mittelmark)
Herr Holger Lossin	(Erster Beigeordneter des Landkreises Prignitz)
Herr Markus Derling	(Beigeordneter der Stadt Frankfurt (Oder); ab 01. September 2010)
Herr Dieter Frieze	(Landrat des Landkreises Spree-Neiße; bis 22. Februar 2010)
Herr Klemens Schmitz	(Landrat des Landkreises Uckermark; bis 23. Januar 2010)
Herr Alexander Erbert	(Beigeordneter des Landkreises Oberspreewald-Lausitz, 07. Mai bis 17. Oktober 2010)
Herr Peter Hans	(Erster Beigeordneter des Landkreises Elbe-Elster; 12. Februar bis 31. Mai 2010)
Herr Rudolf Keseberg	(Ministerialdirigent im Ministerium des Inneren des Landes Brandenburg; ab 26. April 2010)
Herr Egmont Hamelow	(Beigeordneter des Landkreises Oberhavel; 25. Januar bis 31. Juli 2010)
Herr Reinhold Klaus	(Erster Beigeordneter des Landkreises Uckermark; 24. Januar bis 8. März 2010)
Frau Grit Klug	(Beigeordnete des Landkreises Oderspreewald-Lausitz; ab 18. Oktober 2010)
Herr Ralf Reinhardt	(Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin; ab 02. August 2010)
Frau Dr. Heike Richter	(Referatsleiterin im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz; ab 26. April 2010)
Herr Dietmar Schulze	(Landrat des Landkreises Uckermark; ab 01. Juni 2010)
Herr Eberhard Stroisch	(Landkreises Elbe-Elster; ab 01. Juni 2010)
Herr Lothar Thiele	(Landkreises Uckermark; 09. März bis 31. Mai 2010)
Herr Carsten Billing	(Landkreis Spree-Neiße; ab 23. Februar 2010)

ABSCHLUSSPRÜFER

MDS MÖHRLE GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2010	2009	2008	2009 zu 2010	2008 zu 2009	2009 zu 2010	2008 zu 2009
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	7,1%	8,1%	11,1%	-1,0%	-3,0%	-12,7%	-27,2%
Eigenkapitalquote	6,2%	7,1%	9,6%	-0,9%	-2,5%	-12,3%	-26,4%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	184,8%	184,7%	221,3%	0,1%	-36,6%	0,1%	-16,5%
Zinsaufwandsquote ²	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	105,9%	107,3%	116,0%	-1,4%	-8,7%	-1,3%	-7,5%
Cashflow	- T€	- T€	11 T€	- T€	11 T€	0,0%	100,0%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	268 T€	949 T€	41 T€	- 681 T€	908 T€	-71,8%	2194,6%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität ²	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Umsatz	1.119,8 T€	985,0 T€	958,0 T€	134,8 T€	27,0 T€	13,7%	2,8%
Jahresergebnis ²	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	451,3%	435,1%	380,4%	16,2%	54,8%	3,7%	14,4%
Personalintensität	42,6%	42,5%	40,3%	0,1%	2,2%	0,3%	5,5%
Anzahl der Mitarbeiter	70	65	61	6	3	9,2%	4,9%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

² die VBB GmbH weist keinen Gewinn und keine Fremdkapitalzinsen aus

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die VBB GmbH erfüllt die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben zur Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs. Ziel ist es, eine Vereinheitlichung bzw. Anpassung des Angebotes an ÖPNV-Leistungen und des Tarifsystems in den beiden Ländern Berlin und Brandenburg zu erreichen. Dies schließt ebenso den regionalen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ein.

Dazu koordiniert die Gesellschaft insgesamt 40 öffentliche und private Verkehrsunternehmen, darunter die DB Regio AG Deutsche Bahn Gruppe, S-Bahn Berlin GmbH, A. Reich GmbH Jüterbog, BVG Berliner Verkehrsbetriebe AöR., Herz-Reisen GmbH (Zossen), VTF Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (Luckenwalde) sowie weitere regionale Verkehrsunternehmen der Region.

Mit einer Fläche von über 30 Tkm², den rund 1.000 Linien, die ca. 13.200 Bahnhöfe bzw. Haltestellen anfahren, sowie dem rund 2.380 km langen Schienennetz im Nahverkehr ist der VBB angabegemäß der flächengrößte Verkehrsverbund Deutschlands sowie einer der größten in Europa. Bei rund 3,5 Mio. Fahrgästen täglich sind eine erhebliche Steuerungsleistung, abgestimmte Fahrpläne sowie umfassende Fahrgastinformationen erforderlich. Neben einer attraktiven Mobilität leistet die Gesellschaft dabei einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft in der Region.

Das Jahr 2010 war ein erfolgreiches aber auch anspruchsvolles Jahr für die VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH, trotz oder auch wegen eines unruhigen Marktumfeldes. Zu konstatieren ist, dass die GmbH an Wertschätzung in der Öffentlichkeit gewinnen konnte. Durch ihre Rolle im Qualitätsmanagement, beim Controlling und der fachlichen Einschätzung aktueller Problemfelder des öffentlichen Nahverkehrs ist es der Gesellschaft gelungen, sich weiter als kompetenter, sachlicher Ansprechpartner zu positionieren.

Das gilt als Ansporn für das neue Geschäftsjahr, insbesondere wenn man sich vergegenwärtigt, welche Rückschläge der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) 2010 ertragen musste. Die Krise der S-Bahn Berlin GmbH wurde zu keinem Zeitpunkt überwunden und stagnierte. Auch im Regionalverkehr weiß man im Dezember 2010 nicht, wohin die Tendenz geht. Viele Fragen zwischen Betrieb und Infrastruktur bleiben ungeklärt oder aus Kundensicht nicht zufriedenstellend beantwortet. An dieser Stelle kann und muss sich der Verkehrsverbund mit seinem neutralen, der Fahrgastfreundlichkeit und Qualität verpflichtenden Ansatz einbringen. So kann er bei einer Fortschreibung seines Engagements weitere Erfolge erreichen – dies gilt insbesondere für die Verkehre nach Polen oder für die Fahrgastinformationen. Bei diesen beiden Themenfeldern wurden wichtige Vorarbeiten geleistet, so dass 2011 erfreuliche Resultate erwartet werden.

Klassische Verbundaufgaben

Tariflicher Meilenstein war die vom Aufsichtsrat beschlossene Tarifierungsanpassung zum 1. Januar 2011. Die Vorbereitungen und die Umsetzung verliefen planmäßig. Die Anpassungen der Tarifiedatenbank waren diesmal in Vorbereitung der Einführung des eTicketings besonders aufwändig.

Die Einnahmenaufteilung für 2008 wurde noch 2010 vom Beirat V beschlossen. Der Zahlungsausgleich konnte Anfang 2011 abgeschlossen werden. Dies ist ein bundesweit erstklassiger Wert.

Im Zusammenhang mit der S-Bahn-Krise wurde – wie schon in den vergangenen Jahren bei Streik – offenkundig, welche strategische Bedeutung die verkehrsmittelübergreifende Fahrgastinformation einerseits hat und wie stark sich dieser Bereich andererseits technisch und in Bezug auf die Kundentreue weiterentwickelt. Dieses klassische Verbundfeld bedarf einer weiteren Stärkung in den nächsten Jahren.

Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement

Die Krise bei der S-Bahn Berlin GmbH stagniert auf katastrophalem Niveau. Ende 2010 verharrte die Zahl der Viertelzüge bei der Hälfte der vertraglich veränderten Leistung (Reserve noch nicht berücksichtigt). Durch die starken Probleme bei der Berliner S-Bahn hatte die VBB GmbH Mehrbelastungen zu verkraften. Die VBB GmbH nimmt weiterhin eine aktive Rolle beim Krisenmanagement ein. Schwerpunkte der Qualitätssteuerung der VBB GmbH sind die dauerhafte Stabilisierung der Pünktlichkeit, die Wiederherstellung der Fahrzeugverfügbarkeit sowie der Fahrgastinformation.

Zudem ist die VBB GmbH in die begleitenden Verhandlungen zur Nachbesserung des Vertrages sowie in die Vorbereitungen der wettbewerblichen Vergabe ab 2017 eingebunden. Der geänderte Verkehrsvertrag trat rückwirkend zum 1. Januar 2010 in Kraft. Ein Ergebnis der Vertragsverhandlungen ist, dass die Erhebung der Kundenzufriedenheit nun von der VBB GmbH gesteuert wird und nicht mehr von der S-Bahn Berlin GmbH.

Die VBB GmbH hat 2010 den vierten Netzzustandsbericht vorgelegt. Im Ergebnis ergaben sich keine Verbesserungen im Vergleich zum Vorjahr. Nach wie vor kann an zahlreichen Streckenabschnitten nicht mit der möglichen Höchstgeschwindigkeit gefahren werden. Neben der Pünktlichkeit wurde zudem die Kundenzufriedenheit im Regionalverkehr erhoben. Als Ergebnis ist die bekannte Diskrepanz zwischen zugbezogenen- und bahnhofsbezogenen Werten zu erkennen. Letztere bergen weiterhin deutliches Steigerungspotenzial.

Die Arbeiten zum Jahresfahrplan 2011 sind planmäßig abgeschlossen worden. Im Regionalverkehr konnte die Bestellung wie geplant umgesetzt werden.

Die VBB GmbH hat 2008 zusammen mit den Unternehmen KCW GmbH und traffic-Kontor sdg GmbH eine Arbeitsgemeinschaft gegründet (Center Nahverkehr Berlin, CNB), die das Land Berlin in seiner Funktion als ÖPNV-Aufgabenträger unterstützt. Das Land Berlin (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) hat seine Option, den Auftrag um zwei Jahre zu verlängern, wahrgenommen. Dieser Auftrag sieht die Möglichkeit vor, in bestimmtem Umfang Zusatzaufgaben zu erfüllen.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Ziel der VBB GmbH ist neben der Koordinierung der Interessen der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Kommunen Brandenburgs im Bereich ÖPNV, die Weiterentwicklung und Gestaltung eines leistungsstarken Nahverkehrssystems in der Region. Auch im Jahr 2010 bildete der Wirtschaftsplan dabei die Basis der wirtschaftlichen Betätigung. Um eine ausreichende Finanzierung der Gesellschaft sicherzustellen, leisten die Gesellschafter entsprechende Gesellschafterbeiträge gemäß des in § 16 des Gesellschaftsvertrages erwähnten Konsortialvertrages. Demnach ergibt sich der jährliche Finanzierungsbedarf aus dem vom Aufsichtsrat festzustellenden Wirtschafts- und Finanzplan. Die Gesellschafterbeiträge sind zu je 40 % durch die Länder Berlin und Brandenburg zu tragen. Die übrigen 20 % teilen sich auf alle weiteren kommunalen Gesellschafter zu gleichen Teilen auf. Für satzungsgemäße Aufgaben, die nur einzelne Gesellschafter betreffen, wurde das Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement eingerichtet und der darauf entfallende Finanzierungsbedarf gesondert im Wirtschaftsplan ausgewiesen.

Das wirtschaftliche Ergebnis der Gesellschaft im Jahr 2010 wurde insbesondere durch die verbesserte Ertragssituation gekennzeichnet. Gemäß Gewinn- und Verlustrechnung resultiert der Anstieg der Erlöse bzw. Erträge von rd. 10.085 T€ auf 11.852,9 T€ (+1.767,9 T€) im Wesentlichen aus den höheren Umsatzerlösen in Höhe von 1.119,8 T€ (Vj. 985 T€) und gestiegenen Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen von 8.060,4 T€ (Vj. 6.240,7 T€). Der Anstieg ist hauptsächlich durch die Ausweitung der aufgabenträgerbezogenen Projekte begründet. Gleichzeitig sind die betrieblichen Aufwendungen mit 11.861,5 T€ (Vj. 10.132,8 T€) um 1.728,7 T€ gestiegen, davon insbesondere der Personalaufwand (Vj. +767,5 T€) sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Vj. +897,6 T€). Insgesamt verbesserte sich das Betriebsergebnis um 39,2 T€ auf -8,6 T€ (Vj. -47,8 T€). Unter Einbeziehung des Finanzergebnisses (3 T€) und nach Abzug von Steuern (<1 T€) ergibt sich ein Jahresergebnis von 0 €. Wie auch in den Vorjahren weist die VBB GmbH somit keinen Gewinn oder Verlust aus.

Das Aktivvermögen der Gesellschaft erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 645,4 T€ auf 5.232,4 T€ wobei hierzu im Wesentlichen der Anstieg der Vorräte (+244,5 T€), der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+238 T€) und die Erhöhung der liquiden Mittel (+268 T€) beigetragen haben. Die Vorräte sind durch aktivierte unfertige Leistungen im Berichtsjahr angestiegen. Der Anstieg der sonstigen Rückstellungen um 391,4 T€ ist im Wesentlichen auf die zusätzlich gebildete Rückstellung für VBL-Beiträge zurückzuführen. Weiterhin erhöhten sich im Berichtsjahr die Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen (+261 T€). Die Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (-257 T€) ergibt sich hauptsächlich aus dem Verbrauch der aus dem Wirtschaftsjahr 2009 in das

Wirtschaftsjahr 2010 übertragen Wirtschaftsplanmittel sowie dem Verbrauch des Bestellobligos des Vorjahres.

Das Eigenkapital beträgt weiterhin 324 T€. Auf Grund der um 645,4 T€ auf 5.232,4 T€ (Vj. 4.587 T€) gestiegenen Bilanzsumme verringerte sich die Eigenkapitalquote jedoch erneut auf 6,2 % (Vj. 7,1 %). Mit weiterhin unter 10 % bleibt die Eigenkapitalbasis somit auf niedrigem Niveau. Die Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens (337 T€) sowie der Sonderposten³ für Zuschüsse und Zulagen (22 T€) werden dabei nicht dem Eigenkapital zugerechnet.

Durch den Anstieg des Umlaufvermögens verringert sich erneut die Anlagenintensität im Vergleich zum Vorjahr von 8,1 % auf 7,1 % - eine im Vergleich zu anderen Beteiligungsgesellschaften des Landkreises relativ geringe langfristige Kapitalbindung. Der Anlagendeckungsgrad von 185 % sagt zudem aus, dass das vorhandene Anlagenvermögen vollständig durch langfristiges Kapital gedeckt wird. Gleichzeitig beläuft sich die Liquidität 3. Grades auf 106 %, sodass man von einer soliden Vermögens- und Kapitalstruktur ausgehen kann.

Vor allem die kontinuierlich gezahlten Gesellschafterbeiträge haben dazu beigetragen, dass die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft in 2010 stets gesichert war. Neben einem Jahres-Cash-Flow von 0 T€ verzeichnete die Gesellschaft einen Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von rd. 268 T€. Die Investitionen ins Anlagevermögen (Investitionstätigkeit) in Höhe von 199 T€ werden durch entsprechende Einzahlungen aus Gesellschafterbeiträgen und Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens (Finanzierungstätigkeit) abgedeckt. Insgesamt steigt der Zahlungsmittelbestand um +268 T€ auf 3.479 T€ gegenüber dem Vorjahresbestand von 3.211 T€.

CHANCEN UND RISIKEN

Die Chancen der VBB GmbH steigen, wenn es ihr weiter gelingt, sich mit guter Qualität gegenüber den Gesellschaftern in der öffentlichen Debatte als der ÖPNV-Dienstleister der Hauptstadtregion zu etablieren. Für die Gesellschaft bedeutet dies, das Vertrauen in ihre Arbeit zu stärken, neue Aufgaben und damit finanzielle Mittel zu akquirieren. Eine Stärke der Gesellschaft ist ihre verkehrsmittelübergreifende und neutrale Arbeit, die dem Kundenwohl verpflichtet ist. Das Ziel, mehr zufriedene Fahrgäste zu gewinnen und die Interessen der Aufgabenträger bei den Verkehrsunternehmen durchzusetzen, ist im Sinne der Gesellschafter und kann in dieser Form allein von der VBB GmbH erreicht werden: Sie verbindet Berlin und Brandenburg genauso wie Bus-, Straßen, U-, S- und Regionalbahn. Die gesamtheitliche Betrachtung ist ihr Alleinstellungsmerkmal. Es bestehen weiterhin Entwicklungsmöglichkeiten für die Gesellschaft in verschiedenen Themenkreisen: Diese betreffen Tarif, Planung, Qualität, Controlling, Vergabe, Marketing, Fahrgastinformation und Vertrieb sowie die Verkehre zwischen dem Verbundgebiet und Westpolen. Gelingt es der VBB GmbH, in diesen Feldern von den Gesellschaftern Mandate und Unterstützung zu bekommen, gewinnt der ÖPNV im Verbundgebiet.

Eine besondere Stellung nimmt dabei die Einführung des e-Ticketings ein. Durch den schrittweisen Umstieg auf diesen neuen Vertriebsweg und die dahinter liegenden Soft- und Hardwaresysteme werden die Verkehrsunternehmen untereinander sowie die Verkehrsunternehmen mit dem Verbund noch enger verbunden. Die neue Technik wird mittelfristig dazu führen, dass der ÖPNV in Berlin und Brandenburg einheitlicher wahrgenommen wird.

³ Die erhaltenen Zuwendungen der Gesellschafter für Investitionen in das Anlagevermögen vor 1998 wurden als Sonderposten in der Bilanz ausgewiesen. Dieser Sonderposten stellt ein Korrekturposten zum Anlagevermögen und damit kein frei verfügbares Kapital für die Gesellschaft dar. Daher findet eine Umgruppierung in das Fremdkapital statt. Der Sonderposten wird, verteilt über die Zeit der Abschreibungsdauer der geförderten Investitionsgüter, jährlich ertragswirksam aufgelöst.

Für das Selbstverständnis der Verbundgesellschaft ist die Erkenntnis elementar, dass aus Sicht der Kunden der Fahrpreis nicht die alles entscheidende Größe ist. Qualität und Verlässlichkeit stehen für sie im Zentrum. Dieser Aspekt umfasst vor allem Fahrplandichte, Pünktlichkeit, Service, Sauberkeit, Sicherheit und Umweltverträglichkeit – hier konnte die Gesellschaft durch ihre Arbeit auf bemerkenswerte Verbesserungen im Nahverkehr hinwirken, in den Fällen, in denen die Steuerung des Wettbewerbs in ihre Hände gelegt wurde.

Infolge der Mehrarbeit durch die anhaltende S-Bahn-Krise ist das Thema Sicherheit medial ein wenig in den Hintergrund gerückt. Dennoch bleibt es aktuell. Die VBB GmbH hat, vom Aufsichtsrat beauftragt, ein Konzept vorgelegt, das modular umgesetzt werden kann.

Die Kunden des ÖPNV wünschen ein klares, einheitliches Marketing des ÖPNV in der Hauptstadtregion. Berliner Fahrgästen, vor allem aber Touristen, ist nicht immer klar, ob derselbe Fahrschein auch für einen anderen Verkehrsträger gilt, da entsprechende Hinweise fehlen. Hier besteht eine eklatante Informationslücke. Bekommt die VBB GmbH durch die Gesellschafter ein stärkeres Mandat im Marketingbereich, bestehen für sie große Chancen, den ÖPNV auch in der öffentlichen Meinung stärker zu akzentuieren. Kunden wie Verkehrsunternehmen würden davon profitieren.

Die SPNV-Unternehmen, die Leistungen nach Ausschreibungsverfahren gewonnen haben, erhalten sogenannte Bruttoverträge. Das Einnahmenrisiko liegt mit diesen Bruttoverträgen bei den Ländern. Somit ist es Aufgabe der Länder und damit der VBB GmbH, im Zusammenspiel mit den SPNV-Unternehmen, die Einnahmen zu sichern und zu erhöhen. Die DB AG hat derzeit die besten Vertriebsstrukturen im bestehenden System. Hier gilt es, das Diskriminierungspotenzial gegenüber neuen Anbietern zu minimieren und die Einnahmeanteile zu sichern. Dazu ist ein effektives Einnahmecontrolling mit einem zukunftsfähigen Vertriebssystem notwendig. Die VBB GmbH wächst hier somit noch mehr in eine gestaltende Rolle hinein. Dieser Prozess wird insbesondere mit der Umstellung der RE-Linien auf der Berliner Stadtbahn ab 2012 relevant werden.

Die VBB GmbH begleitet und gestaltet weiterhin den Wettbewerb: Die Bedeutung der wettbewerblichen Vergabe von SPNV-Leistungen wird auch in den nächsten Jahren hoch sein. Bis zum Jahr 2014 sollen alle Linien des Regionalverkehrs wettbewerblich vergeben sein; zu diesem Jahr stehen auch wieder die Neuvergaben der ersten im Wettbewerb vergebenen Linien bzw. Teilnetze an. Für die VBB GmbH bedeutet dies ein festes Aufgabenspektrum von der Vergabe bis zum Controlling dieser Ausschreibungsleistungen. Nach den erheblichen Qualitätsmängeln im S-Bahn-Verkehr steht die wettbewerbliche Vergabe auch der S-Bahn-Leistungen aus. Die VBB GmbH hat im Auftrag der Länder die Vorbereitungen für ein Ausschreibungsverfahren getroffen. Falls von politischer Seite gewünscht, könnte ein erstes Verfahren in den Jahren 2011 ff. umgesetzt werden. Somit wäre die Ausschreibung von fast 70 Millionen Zugkilometer im Regional- und S-Bahn-Verkehr eine kontinuierliche Aufgabe der VBB GmbH.

Risiken aus Gesetzgebung und Maßnahmen des Bundes:

Regionalisierungsmittel: Die Revision der Regionalisierungsmittel durch den Bund könnte schmerzhafte Folgen für die Bundesländer Berlin und Brandenburg sowie damit auch für Ihre Tochtergesellschaft VBB GmbH haben. Alle Akteure müssen im Entscheidungsprozess und danach entsprechende Vorbereitungen treffen.

Forschungsprojekt INNOS: Es besteht die Möglichkeit, dass der Fördergeber BMVBS für das Hintergrundsystem (Schwerpunkt: Interoperabilität zwischen den Verbünden) und das Anwendungsprojekt (Ausstattung der übrigen Verkehrsunternehmen mit entsprechenden Geräten) die Fördermittelzuschüsse sowohl relativ als auch absolut kürzt.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Themenschwerpunkte ab dem kommenden Jahr werden vor allem sein:

- Fahrgastinformation: moderne und marktgerechte Systeme und individualisierte Informationen für jedermann, von zu Hause oder unterwegs, in Echtzeit, verknüpft mit allen Verkehrsunternehmen und wichtigen Institutionen.
- Neue Wege im Tarif und Vertrieb: Einführung des elektronischen Ticketings und erste Schritte für einen elektronischen Tarif.
- Intensivierung der regionalen Verkehrsplanung in Abstimmung mit den Aufgabenträgern.
- Entwicklung der Zukunftsmärkte zwischen Berlin-Brandenburg und Westpolen in jeder Hinsicht (Tarif, Information, Infrastruktur, Qualität).
- VBB als der erste Ansprechpartner für Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger für neue Konzepte, Strategien und Umsetzung zu ÖPNV-Fragen.
- Antworten auf die immer stärker auftretenden Fragen zu Umweltschutz, Energieeinsparungen und Nachhaltigkeit.
- Weiterentwicklung von Sicherheitskonzepten, die verkehrsmittel- sowie aufgabenträgerübergreifend sind.
- ÖV-Netz-Entwicklung im Verkehrsverbund.

Die bisher durchgeführten Förder- bzw. Forschungsprojekte haben es der VBB GmbH sowohl ermöglicht, zukunftsorientierte konzeptionelle Entwicklungen anzustoßen bzw. mitzugestalten, als auch innovative Dienste und Lösungen vor allem für die Fahrgäste einzuführen, die über die klassische Finanzierung der VBB GmbH so nicht möglich gewesen wären. Die VBB GmbH beabsichtigt deshalb, sich auch weiterhin um die Mitwirkung in nationalen und internationalen Vorhaben zu bemühen.

Eines der ganz wesentlichen Zukunftsprojekte mit großer innovativer Tragweite ist das Forschungsprojekt INNOS. Wesentliche Schritte wurden bereits gemacht. Im weiteren Verlauf soll das eTicketing verbundweit ausgedehnt werden. Dadurch ergibt sich die Chance, die Vertriebs- und Kontrollinfrastruktur bei den Verkehrsunternehmen sowie die Abrechnungssysteme zu harmonisieren. Die VBB GmbH hat im Jahr 2010 für die zweite Stufe der eTicketing-Förderinitiative Projektskizzen beim BMVBS eingereicht.

Neues ÖPNV-Gesetz in Polen: Das Gesetz über den öffentlichen Verkehr vom 16. Dezember 2010 ist zum 01. März 2011 in Kraft getreten. Im Gesetz finden sich die Bestimmungen, die für die Organisation von grenzüberschreitenden Eisenbahnverbindungen relevant sind. Demnach wird die jeweilige Verwaltungseinheit (Gemeinde, Landkreis oder Wojewodschaft) Aufgabenträger des grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehrs im jeweiligen Grenzbereich. Vor Inkrafttreten des Gesetzes war die Organisation von internationalen und grenzüberschreitenden Personenverkehren auf der Schiene allein das polnische Infrastrukturministerium zuständig. Künftig wird es möglich sein, grenzüberschreitende Verkehre beispielsweise zwischen Berlin – Stettin, Berlin – Gorzow Wlkp., Cottbus – Zielona Gora usw. direkt mit der zuständigen Verwaltungseinheit (Gemeinde, Landkreise oder Wojewodschaft) zu organisieren bzw. abzustimmen.

ÖV-Netz-Entwicklung im VBB: In diesem Projekt sollen die Rahmenbedingungen und Planungen der Aufgabenträger und des Verbundes für den SPNV und den übrigen zusammengeführt werden, um so eine Gesamtschau auf die Entwicklung des ÖPNV im Verbundgebiet zu ermöglichen. Darüber hinaus sollen Handlungsfelder und –optionen für die Aufgabenträger beschrieben werden, die sich aus veränderten Rahmenbedingungen oder Entwicklungen (wie z.B. Infrastrukturmaßnahmen, demografischer Wandel, Raum- und Flächennutzung) ergeben. Der projektbericht soll jährlich unter der Leitung der VBB GmbH fortgeschrieben werden.

Großer Handlungsbedarf besteht aus Sicht der VBB GmbH bei folgenden Punkten:

1. Strukturelle Entscheidung bei der Berliner S-Bahn: Nach Jahren desaströser Entwicklung erwarten die Fahrgäste eine zukunftsweisende Entscheidung. Die VBB GmbH hat bereits zahlreiche wettbewerbliche Verfahren im SPNV durchgeführt, die ohne Ausnahme zu Qualitätssteigerungen und Kosteneinsparungen für die Aufgabenträger geführt haben, und steht für eine wettbewerbliche Vergabe des S-Bahn-Netzes bzw. eines Teilnetzes zu Verfügung.
2. Qualitätsverbesserung der Stationen: Diese liegen jedoch in der Verantwortung des Bundes, so dass die Gesellschafter der VBB GmbH nicht unmittelbar agieren können. Die VBB GmbH wird dennoch versuchen, ebenfalls Lösungswege aufzuzeigen.
3. Die Sicherheit im ÖPNV in ihrer objektiven, vor allem aber in ihrer für den Fahrgast subjektiven Form, ist nach wie vor ein entscheidendes Leistungsmerkmal, das ein großes Potenzial aufweist.
4. Zentraler Aspekt im gesamten Berlin-Brandenburg Nahverkehr ist die angebotene Qualität. Die Angebotsqualität (Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Service) des Gesamtsystems weist weiterhin den größten Handlungsbedarf auf und ist die entscheidende Stellschraube, weitere Fahrgäste zu gewinnen.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2010	2009	2008
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen ¹	64,8 T€	63,0 T€	57,5 T€

¹ Gesellschafterbeiträge / Zuschüsse

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg) stellt die Sicherstellung und Ausgestaltung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. § 2 Abs. 1 ÖPNVG (B)⁴ ergänzt dies um den Personenregionalverkehr.

Gemäß § 2 Abs. 2 ÖPNVG (Bbg) soll der ÖPNV der Verbesserung der Mobilität der Bevölkerung, der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, dem Umweltschutz und der Verkehrssicherheit dienen. Er soll so gestaltet werden, dass er eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellt. Durch Steigerung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV soll der motorisierte

⁴ ÖPNVG (B) – Gesetz über die Aufgaben und die Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Land Berlin, in der Fassung vom 27. Juni 1995, zuletzt geändert am 19. Juni 2006.

Individualverkehr, insbesondere in und zwischen Verdichtungsräumen zurückgeführt, zumindest aber ein weiterer Anstieg verhindert werden. In § 2 Abs. 2 ÖPNVG (B) wird zudem die verkehrliche Verknüpfung insbesondere von Wohngebieten und Arbeitsstätten, kulturellen, sozialen und Gesundheitseinrichtungen, Einkaufs- und Sportzentren sowie Erholungsgebieten gefordert.

Im Land Brandenburg obliegt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im Schienenpersonennahverkehr sowie der landesbedeutsamen Verkehrslinien anderer Verkehrsträger des öffentlichen Personennahverkehrs gemäß § 3 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg) dem Land. Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im übrigen ÖPNV ist gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNVG (Bbg) freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Aufgegriffen wird dies zudem im § 2 Abs. 2 i. V. m. § 131 BbgKVerf, wonach die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise gehört.

Gemäß § 3 Abs. 1 ÖPNVG (B) ist die Planung und Ausgestaltung des ÖPNV Aufgabe Berlins.

Zudem soll Berlin gemäß § 4 Abs. 1 ÖPNVG (B) dem Auftrag des Einigungsvertrages folgend mit dem Land Brandenburg sowie Landkreisen und kreisfreien Städten in Brandenburg, soweit sie Aufgabenträger sind, zur Sicherung und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs einen Verkehrsverbund bilden – den VBB. Ähnlich wird dies im § 5 Abs. 4 ÖPNVG (Bbg) gefordert, wonach die Aufgabenträger zur bestmöglichen Erreichung der Ziele des Gesetzes miteinander zusammenarbeiten können, bspw. durch Bildung eines Verkehrs- und Tarifverbundes (§ 5 ÖPNVG (Bbg)).

Insgesamt soll die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- und Regionalverkehr mit Verkehrsmitteln im Linienverkehr befriedigt werden.

6. SONSTIGES

Die VBB GmbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	370,0	371,7	-1,7
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3,8	11,9	-8,1
II. Sachanlagen	366,2	359,7	6,4
B. Umlaufvermögen	4.806,4	4.185,1	621,3
I. Vorräte	564,8	320,3	244,5
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	762,6	653,9	108,7
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.479,0	3.211,0	268,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	56,0	30,2	25,8
Bilanzsumme	5.232,4	4.587,0	645,4
Passiva			
A. Eigenkapital	324,0	324,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	324,0	324,0	0,0
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulage	22,4	37,4	-14,9
C. Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens	337,5	325,1	12,4
D. Rückstellungen	1.536,5	1.145,1	391,4
E. Verbindlichkeiten	3.001,1	2.755,5	245,7
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	666,3	404,8	261,6
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	391,5	275,4	116,1
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.595,5	1.851,7	-256,3
4. Sonstige Verbindlichkeiten	347,8	223,5	124,3
F. Rechnungsabgrenzungsposten	10,8	0,0	10,8
Bilanzsumme	5.232,4	4.587,0	645,4
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2010			
1. Umsatzerlöse	1.119,8	985,0	134,8
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	229,9	204,7	25,2
3. Erträge aus Gesellschafterbeiträgen, Zuwendungen	8.060,4	6.240,7	1.819,7
4. Sonstige betriebliche Erträge	2.442,8	2.654,6	-211,8
5. Materialaufwand	770,8	792,4	-21,6
6. Personalaufwand	5.053,7	4.286,2	767,5
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen (AV)	196,8	111,6	85,2
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.840,2	4.942,6	897,6
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	34,0	48,3	-14,3
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	31,1	0,0	31,1
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5,7	0,6	-6,3
12. außerordentliche Erträge	6,5	0,0	6,5
13. außerordentliches Ergebnis	6,5	0,0	6,5
14. Sonstige Steuern	0,8	0,6	0,2
15. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

3.7 Teltower Kreiswerke GmbH, Berlin (TKW)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Hannoversche Straße 17, 10115 Berlin / seit 01.02.2011: Wallstraße 35, 10179 Berlin

GRÜNDUNG

29.05.1929

(Wiederaufnahme des Geschäftsbetriebes: 01.01.1973)

Die Teltower Kreiswerke GmbH wurde am 29.05.1929 durch den damaligen Kreis Teltow gegründet, dessen Rechtsnachfolge der Landkreis Teltow-Fläming teilweise angetreten hat.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 29.05.1929 abgeschlossen.

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 10.07.2008 ist das Stammkapital auf Euro umgestellt und auf 200.000 € erhöht worden. Durch Beschlüsse der Gesellschafterversammlungen vom 11.02. und 10.07.2008 ist der Gesellschaftsvertrag vollständig neu gefasst worden (siehe Gegenstand des Unternehmens). Die Änderungen wurden am 09.03.2009 in das Handelsregister beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Nummer HRB 7789 B eingetragen.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, soweit dieser für gesellschaftseigene und kommunale Zwecke erforderlich ist, sowie die Verwaltung, die Vermietung, die Verpachtung, die Instandsetzung, die Instandhaltung und die Erweiterung von gesellschaftseigenen und sonstigen Grundstücken und Immobilien aus dem ehemaligen Teltowvermögen.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

200.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Dahme-Spreewald:	40,7 %	81.400,00 €
Landkreis Teltow-Fläming:	39,5 %	79.000,00 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark:	19,8 %	39.600,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Axel Gruhle

ABSCHLUSSPRÜFER

Der Jahresabschluss wurde im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der TKW GmbH und der WSC Wirtschafts- und Steuerberatungsgesellschaft mbH Cottbus durch die WSC

Wirtschafts- und Steuerberatungsgesellschaft mbH Cottbus erstellt. Da die Gesellschaft zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer kleinen GmbH gemäß § 267 Abs. 1 HGB aufweist, besteht gemäß § 316 Abs. 1 HGB keine Pflicht zur Abschlussprüfung. Auf Grund der nicht vorhandenen Prüfungspflicht erfolgt die Prüfung der Jahresabschlüsse rotierend durch die Rechnungsprüfungsämter (RPA) der Gesellschafter.

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2010	2009	2008	2009 zu 2010	2008 zu 2009	2009 zu 2010	2008 zu 2009
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	43,8%	46,4%	48,9%	-2,6%	-2,5%	-5,5%	-5,2%
Eigenkapitalquote	97,2%	97,4%	96,4%	-0,2%	1,0%	-0,2%	1,1%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	221,7%	209,9%	197,0%	11,8%	12,9%	5,6%	6,6%
Zinsaufwandsquote	0,0%	0,0%	0,1%	0,0%	-0,1%	0,0%	-100,0%
Liquidität 3. Grades	1992,7%	2059,5%	1410,1%	-66,8%	649,4%	-3,2%	46,1%
Cashflow	49 T€	49 T€	29 T€	- 0 T€	20 T€	-0,3%	71,1%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	45 T€	66 T€	42 T€	- 20 T€	23 T€	-30,8%	54,7%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	4,9%	5,8%	6,7%	-0,8%	-0,9%	-14,6%	-13,7%
Umsatz	169,7 T€	167,1 T€	164,4 T€	2,6 T€	2,7 T€	1,6%	1,6%
Jahresergebnis	43,3 T€	48,1 T€	52,7 T€	- 4,7 T€	4,7 T€	-9,9%	-8,8%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	14,6%	14,9%	15,2%	-0,3%	-0,3%	-2,2%	-2,0%
Personalintensität	12,7%	12,9%	13,0%	-0,2%	-0,1%	-1,3%	-0,9%
Anzahl der Mitarbeiter	1	1	1	0	0	0,0%	0,0%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital, da in allen drei Jahren kein langfristiges Fremdkapital ausgewiesen wurde

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die TKW GmbH erfüllt die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben zur Verwaltung des eigenen Vermögens sowie die gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag der Gesellschaft übertragene Verwaltung von Immobilien, die im Eigentum der Landkreise Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald und Potsdam-Mittelmark, als Rechtsnachfolger des ehemaligen Kreises Teltow, stehen.

Investitionen wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die Analyse des Jahresabschlusses zeigt, dass sich die wirtschaftliche Situation der TKW GmbH stabil entwickelt.

Die betrieblichen Erlöse bzw. Erträge liegen mit 194,8 T€ leicht über dem Vorjahresniveau von 193,6 T€ (+0,6 %). Diese setzen sich insbesondere aus den Erlösen aus Verwaltertätigkeit (54 %) und den Mieteinnahmen (26 %) zusammen. Die betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr leicht um 8,8 T€ bzw. 6,6 % auf 140,7 T€ gestiegen. Dabei resultiert der Anstieg aus den um 10,8 T€ erhöhten Materialaufwand auf 44,0 T€. Bei leicht gesunkenen Personalaufwendungen und einer leicht erhöhten Betriebsleistung konnte die Personalintensität nochmals leicht verbessert werden. Im Ergebnis reduzierte sich der Jahresüberschuss um 4,7 T€ auf 43,3 T€ (Vj. 48,1 T€). Damit ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine etwas niedrigere Gesamtkapitalrentabilität von 4,9 % (Vj. 5,8 %).

Der erzielte Jahresüberschuss bzw. der im Geschäftsjahr generierte Cash-Flow wirken sich auch positiv auf die Liquidität der TKW GmbH aus. Während das Anlagevermögen nahezu konstant bleibt, stieg der Finanzmittelbestand um rund 45 T€ an.

Die Eigenkapitalquote sank auf Grund der angestiegenen Bilanzsumme um 0,2% auf 97,2 %. Das langfristige Vermögen ist demnach durch langfristiges Kapital (hier das Eigenkapital) ausreichend gedeckt. Bei dem übrigen Kapital handelt es sich um kurzfristiges Fremdkapital, wie Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit unter einem Jahr oder Rückstellungen, das auf Grund des vergleichsweise hohen Anteils des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme (56 %) mehr als abgedeckt werden kann. Die Werte für den Anlagendeckungsgrad II sowie die Liquidität 3. Grades lassen insofern auf eine solide Finanzposition zurückschließen. Die Liquidität der Gesellschaft ist gesichert.

CHANCEN UND RISIKEN

Gemäß den Ausführungen des Geschäftsführers bestehen für die Entwicklung der Gesellschaft keine wesentlichen Risiken. Erst wenn die verwalteten Immobilien vollständig verkauft sind, können sich nach seiner Einschätzung Risiken für den Bestand der Gesellschaft ergeben, sofern keine neuen Aufgabenfelder akquiriert werden.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Die zukünftige Entwicklung der TKW GmbH wird voraussichtlich an das gute Ergebnis der Vorjahre anknüpfen. Sie wird die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben auch weiterhin wahrnehmen.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2010	2009	2008
1. Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.) ¹	- T€	- T€	8,3 T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

¹ in 2008: Anteil des Landkreises Teltow-Fläming an der Stammkapitalerhöhung von insgesamt 21 T€ (davon 39,5 %)

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Die Tätigkeit der Gesellschaft umfasst die Verwaltung des eigenen Vermögens sowie die gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag der Gesellschaft übertragene Verwaltung von Grundstücken, die im Eigentum der Rechtsnachfolger des ehemaligen Kreises Teltow, d.h. der Landkreise Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald und Potsdam-Mittelmark, stehen.

6. SONSTIGES

Die TKW GmbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	384,7	385,7	-0,9
I. Sachanlagen	178,7	179,7	-0,9
II. Finanzanlagen	206,0	206,0	0,0
B. Umlaufvermögen	490,9	443,5	47,3
I. Vorräte	7,2	7,2	0,0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5,4	3,3	2,0
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	478,3	433,0	45,3
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2,0	2,0	0,0
Bilanzsumme	877,6	831,2	46,4
Passiva			
A. Eigenkapital	853,0	809,6	43,3
I. gezeichnetes Kapital / Kapitalkonto/ Kapitalanteile	200,0	200,0	0,0
II. Kapitalrücklage	34,5	34,5	0,0
III. Gewinnvortrag	575,2	527,1	48,1
IV. Jahresüberschuss	43,3	48,1	-4,7
B. Rückstellungen	12,9	8,3	4,6
C. Verbindlichkeiten	11,1	9,2	1,9
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,6	4,0	-3,4
Bilanzsumme	877,6	831,2	46,4
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2010			
1. Umsatzerlöse	169,7	167,1	2,6
2. sonstige betriebliche Erträge	25,1	26,5	-1,4
3. Materialaufwand	44,0	33,3	10,8
4. Personalaufwand	24,7	24,9	-0,2
5. Abschreibungen	0,9	0,9	0,0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	71,1	72,8	-1,7
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,9	1,7	-0,8
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	0,0	0,0	0,0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	55,0	63,4	-8,4
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	11,7	14,6	-2,9
12. sonstige Steuern	0,0	0,8	-0,8
13. Jahresergebnis	43,3	48,1	-4,7

3.8 RENATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kreishaus Teltow-Fläming KG, Stuttgart

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Landhausstraße 84, 70190 Stuttgart

GRÜNDUNG

19.03.1998

Die Gesellschaft wurde am 19.03.1998 gegründet. Grundlage für die Beteiligung des Landkreises Teltow-Fläming als Kommanditist an dieser Gesellschaft ist der Kreistagsbeschluss Nr. 0052/98 vom 23.03.1998 i.V.m. dem Kreistagsbeschluss Nr. 178 vom 08.05.1995 zum Bau des Kreishauses für den Landkreis Teltow-Fläming in Luckenwalde und des Beschlusses Nr. 378 vom 05.05.1997 über die privatwirtschaftliche Finanzierung des Kreishausneubaus.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der Gesellschaftsvertrag wurde am 19.03.1998 notariell beurkundet.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Errichtung und die Vermietung von Grundstücken, Baulichkeiten und Anlagen aller Art, soweit sie einem öffentlichen Zweck dienen, im Landkreis Teltow-Fläming sowie die Durchführung aller für die Erzielung dieser Zwecke erforderlichen Geschäfte und Maßnahmen. Genehmigungspflichtige Tätigkeiten gemäß § 34c GewO⁵ werden nicht ausgeübt.

(§ 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
(GmbH & Co. KG)

GESELLSCHAFTSKAPITAL

15.267.175,57 €

Kapitalanteil des Kommanditisten: 10.225,84 €

Kapitalanteil des atypisch stillen Gesellschafters: 15.256.949,73 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Komplementär (persönlich haftender Gesellschafter):

RENATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Stuttgart:

Stimmenanteil: 85 Stimmen (keine Einlage)

Kommanditist (Teilhafter):

Landkreis Teltow-Fläming:

Stimmenanteil: 15 Stimmen Kommanditeinlage: 10.225,84 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

⁵ GewO – Gewerbeordnung

in der Fassung vom 22. Februar 1999, zuletzt geändert am 29. Juli 2009.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

GESCHÄFTSFÜHRER

Zur Geschäftsführung ist der persönlich haftende Gesellschafter berechtigt und verpflichtet.

Herr Eberhard Graf (ehem. Vorstandsmitglied der Commerz Real AG)

Herr Dr. Manfred Gubelt (Jurist)

ABSCHLUSSPRÜFER

PricewaterhouseCoopers

Aktiengesellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2010	2009	2008	2009 zu 2010	2008 zu 2009	2009 zu 2010	2008 zu 2009
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	90,6%	93,8%	89,7%	-3,2%	4,1%	-3,4%	4,6%
Eigenkapitalquote	2,17%	0,05%	0,00%	2,1%	0,0%	4603,9%	0,0%
Eigenkapitalquote (unter Berücksicht. von ²)	-0,8%	-2,8%	-9,0%	2,0%	6,2%	71,3%	68,5%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ²	- 515,1 T€	- 515,8 T€	- 1.795,6 T€	0,71 T€	1.279,79 T€	0,1%	71,3%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	98,1%	98,6%	99,9%	-0,5%	-1,3%	-0,5%	-1,3%
Zinsaufwandsquote	25,7%	27,2%	34,4%	-1,5%	-7,2%	-5,5%	-20,9%
Liquidität 3. Grades	57,4%	42,6%	12,0%	14,8%	30,6%	34,7%	256,0%
Cashflow	2.131,5 T€	2.182,6 T€	1.666,3 T€	- 51,1 T€	516,3 T€	-2,3%	31,0%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	532,1 T€	321,1 T€	- 153,1 T€	211,0 T€	474,2 T€	65,7%	309,8%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	10,3%	10,7%	7,3%	-0,4%	3,4%	-3,6%	46,5%
Umsatz	2.957,2 T€	3.082,6 T€	2.621,6 T€	- 125,4 T€	461,0 T€	-4,1%	17,6%
Jahresergebnis	1.011,1 T€	1.063,0 T€	545,6 T€	- 51,9 T€	517,4 T€	-4,9%	94,8%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Personalintensität	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0	0	0	0,0%	0,0%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital² nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile des Kommanditisten sowie in 2008 nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile und Entnahmen des atypischen GesellschaftersGESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Der Erwerb eines Erbbaurechts in Luckenwalde vom Landkreis Teltow-Fläming sowie die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes (Kreishaus) inklusive Parkhaus und dessen Vermietung im Rahmen eines Immobilien-Leasing-Vertrages an den Landkreis Teltow-Fläming bilden die wirtschaftliche Grundlage der RENATA GmbH & Co. KG als sogenannte Leasingobjektgesellschaft.

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Die Geschäfte werden von der Commerz Real AG entgeltlich im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages getätigt.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Bei einer Anlagenintensität von rd. 91 % weist die Gesellschaft geschäftsbedingt überwiegend langfristiges Vermögen aus, das Vermietvermögen. Dieses ist gemäß den Angaben des Wirtschaftsprüfers fristenkongruent refinanziert.

Die Gesellschaft weist nach 2009 entgegen den Vorjahren erneut ein positives Eigenkapital in Höhe von rd. 374 T€ aus. Der „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile des Kommanditisten“ beträgt rd. 515 T€ (Vj. 516 T€). Der Bilanzverlust von 9.133 T€ resultiert dabei insbesondere auf Sonderabschreibungen auf das Vermietvermögen (nach Fördergebietgesetz) in 1999. Nach den Planungsrechnungen der Gesellschaft wird der Verlustvortrag zusammen mit den Ausschüttungen durch nachfolgende Jahresüberschüsse einschließlich eines möglichen Ergebnisses aus dem Verkauf der Immobilie ausgeglichen.

In 2010 konnte die RENATA GmbH & Co. KG erneut einen Jahresüberschuss ausweisen. Die Gesellschaft verzeichnet aufgrund geringerer Mieten trotz weiter gesunkenen Zinsaufwendungen für das Jahr 2010 einen leicht rückläufigen Gewinn von 1.011 T€, der den Verlustvortrag weiter verringert. Unter Einbezug der Fremdkapitalzinsen ergibt sich somit eine Gesamtkapitalrentabilität von 10,3 % (Vj. 10,7 %).

Diese konstante positive Entwicklung spiegelt sich auch in der Liquidität der Gesellschaft wieder. Durch das gute Jahresergebnis und die verdienten Abschreibungen wurde erneut ein Jahres-Cash-Flow von über 2 Mio. € erzielt. Nach Abzug von sonstigen zahlungswirksamen Vorgängen, wie Tilgungsleistungen, erhöhte sich der Finanzmittelbestand der Gesellschaft um 532 T€ auf 1.100 T€. Dies beeinflusst auch die Liquidität positiv, sodass nun 57,4 % (Vj. 42,6 %) des kurzfristigen Fremdkapitals durch das Umlaufvermögen abgedeckt werden. In der Regel sollte dieser Wert jedoch deutlich über 100 % liegen, um eine fristenkongruente Finanzierung sicherzustellen bzw. finanziell stabil aufgestellt zu sein.

In ihrer Gesamtheit zeigt die Analyse des Jahresabschlusses eine stabile und zum Teil positive Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der Liquiditätssituation auf.

CHANCEN UND RISIKEN

Das Kreishaus ist für 22 Jahre, beginnend am 21.09.1999, an den Landkreis Teltow-Fläming vermietet. Nach 15 bzw. 20 Jahren kann der Landkreis das Objekt zum vertraglich vereinbarten Restwert erwerben. Andernfalls erfolgt eine freie Vermarktung. Für die Gesellschaft bestehen demnach sowohl Risiken als auch Chancen aus dem Restwert des Leasingengagements.

Auf Grund der langfristigen Vermietung des Kreishauses inklusive Parkhaus an den Landkreis Teltow-Fläming und die daraus resultierende Stabilität der Ertragssituation in Verbindung mit dem geplanten Veräußerungserlös aus dem Vermietungsobjekt ergeben sich für die Gesellschaft derzeit keine existenzgefährdenden Risiken.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Die RENATA GmbH & Co. KG wird auch weiterhin die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben wahrnehmen und den Leasingvertrag kontinuierlich erfüllen.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2010	2009	2008
1. Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Das Kreishaus (inklusive Parkhaus) des Landkreises Teltow-Fläming als Sitz der Kreisverwaltung wurde auf der Grundlage eines langfristigen Leasingvertrages errichtet. Es ist seit dem 21.09.1999 für 22 Jahre an den Landkreis vermietet. Die RENATA GmbH & Co. KG wurde besonders zum Zweck der ordnungsgemäßen Abwicklung dieses Vertrages bis zum möglichen Übergang in das Eigentum des Landkreises – spätestens im Jahr 2021 – gegründet.

6. SONSTIGES

Die RENATA GmbH & Co. KG in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	15.599,4	16.719,8	-1.120,4
I. Vermietvermögen			
Grundstücksgleiche Rechte und Bauten	15.599,4	16.719,8	-1.120,4
B. Umlaufvermögen	1.100,0	567,9	532,1
I. Guthaben bei Kreditinstituten	1.100,0	567,9	532,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4,2	19,3	-15,1
D. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile des Kommanditisten	515,1	515,8	-0,7
Bilanzsumme	17.218,7	17.822,8	-604,1
Passiva			
A. Eigenkapital	374,3	8,2	366,0
I. Kapitalanteil des Kommanditisten	10,2	10,2	0,0
II. Kapitalanteil des atypisch stillen Gesellschafters	15.256,9	15.256,9	0,0
III. Entnahmen/Ausschüttungen des atypisch stillen Gesellschafters	-6.274,4	-5.630,0	-644,4
IV. Bilanzverlust	-9.133,6	-10.144,8	1.011,1
(davon Kommanditist € 525.367,88; Vorjahr € 526.075,68)			
(davon atypisch stiller Gesellschafter € 8.608.253,05; Vorjahr € 9.618.689,99)			
V. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile des Kommanditisten	515,1	515,8	-0,7
B. Rückstellungen	2,0	2,0	0,0
C. Verbindlichkeiten	16.842,5	17.812,6	-970,1
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.842,5	17.812,6	-970,1
Bilanzsumme	17.218,7	17.822,8	-604,1
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2010			
1. Umsatzerlöse	2.957,2	3.082,6	-125,4
2. sonstige betriebliche Erträge	0,1	3,6	-3,4
3. Abschreibungen	1.120,4	1.120,4	0,0
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	33,4	31,8	1,6
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,4	1,1	0,3
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	760,9	839,2	-78,3
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.044,0	1.095,9	-51,9
8. sonstige Steuern	32,9	32,9	0,0
9. Jahresergebnis	1.011,1	1.063,0	-51,9

3.9 BADC Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Schwalbenweg 8, 12529 Schönefeld (seit 01.04.2012: Freiheitsstr. 124/126, 15745 Wildau)

E-MAIL

info@badc-gmbh.de

HOMEPAGE

www.badc-gmbh.de

GRÜNDUNG

26.02.2001



Die BADC GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 26.02.2001 gegründet. Grundlage für die Beteiligung des Landkreises Teltow-Fläming als Gesellschafter der BADC GmbH bildete der Beschluss Nr. 3-1205/08-III des Kreistages vom 18.02.2008.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde am 26.02.2001 notariell beurkundet und zuletzt am 20.06.2008 notariell geändert.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist die

Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der kommunalen Standort- und Strukturentwicklung im Flughafenumfeld von Berlin-Brandenburg International (BBI) in Zusammenarbeit mit den Ländern Berlin und Brandenburg, den Landkreisen, Kommunen und Privatpersonen, die

Durchführung eines Dialogforums im Flughafenumfeld BBI sowie Unterhaltung und Betrieb einer Kommunikationsplattform, die

Sicherstellung eines Interessenausgleiches zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften des Flughafenumfeldes (gemäß Definition LEP FS⁶) untereinander einerseits sowie zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften und der Betreiberin des Flughafens Berlin-Schönefeld und deren Gesellschaftern andererseits sowie die

Koordinierung und Umsetzung ökologischer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die in einem sachlichen Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld erforderlich werden.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft alle Aufgaben wahrnehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienlich sind.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

50.000,00 €

⁶ LEP FS – Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung, in der Fassung vom 30. Mai 2006, in Kraft getreten am 16. Juni 2006.

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Gemeinde Schönefeld:	26 %	13.000,00 €
Gemeinde Wildau:	15 %	7.500,00 €
Stadt Königs Wusterhausen:	15 %	7.500,00 €
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow:	6 %	3.000,00 €
Gemeinde Großbeeren:	6 %	3.000,00 €
Stadt Ludwigsfelde:	6 %	3.000,00 €
Gemeinde Rangsdorf:	6 %	3.000,00 €
Landkreis Dahme-Spreewald:	5 %	2.500,00 €
Landkreis Teltow-Fläming:	5 %	2.500,00 €
Stadt Eichwalde:	3 %	1.500,00 €
Gemeinde Schulzendorf:	3 %	1.500,00 €
Gemeinde Zeuthen:	3 %	1.500,00 €
Stadt Mittenwalde:	1 %	500,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Rechtsanwalt Roger Rabbe vom 01. Januar 2010 bis zum 31. August 2010

Herr Rechtsanwalt Roy Riedel vom 01. September 2010 bis zum 31. Dezember 2010

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus höchstens acht Mitgliedern besteht. Berlin, das Land Brandenburg, die Gemeinde Schönefeld, die Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming haben das Recht, jeweils einen Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden. Die Kommunen Eichwalde, Mittenwalde, Königs Wusterhausen, Schulzendorf, Wildau und Zeuthen haben gemeinsam das Recht, einen Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden. Die Kommunen Blankenfelde-Mahlow, Großbeeren, Ludwigsfelde und Rangsdorf haben gemeinsam das Recht, zwei Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Herr Peer Giesecke	(Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Carl Ahlgrimm	(Bürgermeister der Gemeinde Großbeeren)
Herr Dr. Udo Haase	(Bürgermeister der Gemeinde Schönefeld)
Herr Ortwin Baier	(Bürgermeister der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow)
Herr Stephan Loge	(Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald)
Herr Dr. Uwe Malich	(Bürgermeister der Gemeinde Wildau)

ABSCHLUSSPRÜFER

Tober & Co. GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2010	2009	2008	2009 zu 2010	2008 zu 2009	2009 zu 2010	2008 zu 2009
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	1,4%	3,5%	4,6%	-2,1%	-1,1%	-59,3%	-23,7%
Eigenkapitalquote	-27,8%	0,8%	0,0%	-28,6%	0,8%	-3610,4%	0,0%
Eigenkapitalquote (unter Berücksichtigung des negativen Eigenkapitals)	-27,8%	0,8%	-2,4%	-28,6%	3,1%	-3610,4%	133,7%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- 45,1 T€	- T€	- 0,8 T€	- 45,1 T€	0,8 T€	0,0%	100,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	-1938,9%	22,5%	0,0%	-1961,3%	22,5%	-8735,0%	0,0%
Zinsaufwandsquote	0,3%	0,3%	kein Umsatz ausgewiesen	0,0%		-5,3%	
Zinsaufwandsquote ²	0,0%	0,1%	0,3%	0,0%	-0,2%	-53,9%	-76,4%
Liquidität 3. Grades	70,6%	97,0%	92,6%	-26,4%	4,5%	-27,2%	4,8%
Cashflow	- 42,9 T€	6,8 T€	10,8 T€	- 49,7 T€	- 4,0 T€	-732,5%	-37,2%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	- 10,1 T€	17,0 T€	12,6 T€	- 27,1 T€	4,4 T€	-159,6%	35,1%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	-28,1%	2,1%	29,3%	-30,2%	-27,3%	-1442,4%	-92,9%
Umsatz	43,2 T€	62,2 T€	kein Umsatz ausgewiesen	- 19,0 T€		-30,6%	
Jahresergebnis	- 45,7 T€	1,4 T€	9,6 T€	- 47,1 T€	- 8,2 T€	-3387,4%	-85,5%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	214,0%	146,5%	kein Umsatz ausgewiesen	67,4%		46,0%	0,0%
Personalintensität	42,1%	49,1%	47,3%	-7,0%	1,7%	-14,2%	3,7%
Anzahl der Mitarbeiter	2	2	2	0	0	0,0%	0,0%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

² unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die BADC GmbH hat die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben erfüllt. Schwerpunkt ist dabei die im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld erforderliche Koordination von ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen des interkommunalen Kompensationsflächenpools.

Neben Organisation und Management der ökologischen Kompensationsaufgaben bildet die projektbezogene Akquisition von Fördermitteln bei der Stiftung Naturschutzfonds des Landes Brandenburg, die zur Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen im gesamten Flughafenumfeld dienen, die zweite tragende Säule im Businessplan der Gesellschaft. Beide Ansätze der Geschäftstätigkeit bewegen sich vor dem Hintergrund einer überaus komplexen Rechtslage, die völlig unterschiedlichen Rechtskreisen entspricht. Dazu treten unterschiedliche Problemstellungen naturfachlicher Art auf. Im Laufe des Geschäftsjahres konnten für beide Aufgabenstellungen absolut zufriedenstellende Lösungen bzw. Herangehensweisen entwickelt und kommuniziert werden, so dass bereits Projekte abgerechnet werden konnten.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der BADC orientieren sich stark an der Inanspruchnahme von Natur und Landschaft durch die unterschiedlichen Vorhabenträger im Umfeld des Flughafens Berlin-Brandenburg International. Mit dem Voranschreiten der Bauarbeiten am Flughafengelände und in vielen angrenzenden Gewerbegebieten eröffnen sich der Gesellschaft Möglichkeiten, eine Vielzahl von Maßnahmen der Standort- und Strukturentwicklung in Form von Projekten zu organisieren.

Im Berichtsjahr zielte die Tätigkeit der Gesellschaft darauf ab, weiterhin intern für das Geschäftsmodell zu werben, die landesplanerischen Rahmenbedingungen zu optimieren und einen geordneten Geschäftsbetrieb fortzuentwickeln. Betriebskosten und laufende Kosten wurden zum Teil aus Gesellschafterzuschüssen finanziert.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die Gesellschaft finanzierte sich überwiegend durch Gesellschaftereinzahlungen, sogenannte Betriebskostenzuschüsse, die die Gesellschafter entsprechend ihres Anteils am Stammkapital leisteten.

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 19 T€ auf 43,2 T€ gesunken. Die Bestände an unfertigen Erzeugnissen, unfertigen Leistungen betragen 88,9 T€. Sonstige betriebliche Erträge wurden in Höhe von 87,3 T€ erzielt. Sie beinhalten im Wesentlichen Gesellschafterzuschüsse von 60,0 T€. Die Materialaufwendungen stiegen um rd. 63 T€ auf 104,7 T€. Im Ergebnis verschlechterte sich das Jahresergebnis in 2010 auf -45,7 T€ (Vj. 1,4 T€). Damit liegt in 2010 ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag von 45,1 T€ vor. Die Eigenkapitalquote sank auf -27,8 % (Vj. 0,8%).

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt -28,1 % (Vj. 2,1 %). Dieser starke Rückgang lässt sich neben dem gesunkenen Jahresergebnis auf die mehr als verdoppelte Bilanzsumme zurückführen – von 74 T€ in 2009 auf 162 T€ in 2010. Vermögensseitig haben vor allem die gestiegenen Unfertigen Erzeugnisse, unfertigen Leistungen dazu beigetragen. Bei den Passiva sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im Rahmen der durchgeführten Projekte angestiegen.

Obwohl bei einer Anlagenintensität von 1,4 % verhältnismäßig wenig langfristig gebundene Vermögensgegenstände vorhanden sind, können diese nicht durch mittel- bis langfristiges Kapital gedeckt werden. Gründe dafür liegen in dem durch Verlustvorträge stark dezimierten Eigenkapital. Zudem weist die Gesellschaft kein langfristiges Fremdkapital aus. Da das Eigenkapital in 2010 zudem negativ war, lag der Anlagendeckungsgrad im negativen Bereich.

Die Liquidität 3. Grades sank auf 70,6 % (Vj. 97,0%). Demnach können die kurzfristigen Verbindlichkeiten nicht durch das Umlaufvermögen abgedeckt werden, sodass die kurzfristige Finanzposition nicht fristenkongruent aufgestellt ist. Im Vergleich zum Vorjahr lässt sich ein negativer Trend beobachten. Der generierte Jahres-Cash-Flow beträgt in 2010 -42,9 T€ (Vj. 6,8 T€). Die gesamte zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands beläuft sich auf -10,1 T€ (Vj. 17,0 T€).

Die Entwicklung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage ist projektbezogen. Dadurch können sich im Zeitablauf erhebliche Schwankungen ergeben. Gesellschafterzuschüsse können die Mindestbetriebskosten sichern. Daneben werden Projekte zur finanziellen Entwicklung der BADC konzentriert und systematisch in Angriff genommen.

CHANCEN UND RISIKEN

Wesentliche Risiken liegen in der Entwicklung des Großflughafens BBI und der nötigen Gewinnung von Projekten zur Erzielung von Umsatzerlösen. Sollte die Entwicklung von BBI nicht voranschreiten, würden sich der BADC die benötigten Chancen zur Projektentwicklung nicht bieten. Bestandsgefährdende Risiken könnten sich ergeben, wenn die BADC zukünftig nicht mehr durch die Gesellschaftereinlagen finanziert wird und gleichzeitig eine Unterstützung des Geschäftsmodells verweigert wird. Es ist notwendig, dass alle Gesellschafter den örtlich anfallenden ökologischen Kompensationsbedarf überwiegend über den Kompensationsflächenpool der BADC abwickeln.

Auf der Grundlage der eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen kann die BADC als kommunale Dialogplattform Chancen nutzen und ertragreiche Projekte im Bereich ökologischer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen realisieren.

Die Geschäftschancen der BADC sind vor allem durch die Akzeptanz der Gesellschaft sowohl im politischen als auch im gesellschaftlichen Umfeld des Flughafens positiv. Im Jahr 2010 konnten Projekte nicht nur vertraglich gesichert, sondern bereits abgerechnet werden. Das Ziel, zukünftig ohne Zuschüsse der Gesellschafter auszukommen, ist für 2011 geplant.

Durch die Entsigelung der MUNA Töpchin könnten sich Risiken daraus ergeben, dass unvorhersehbare Tatsachen, etwa der Fund von Altlasten oder bedrohter Vogelarten, zu höheren Kosten führen.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Die voraussichtliche Entwicklung für die Jahre 2011 und 2012 ist als positiv zu bezeichnen, die gewerblichen und infrastrukturellen Entwicklungen im Umfeld des Flughafens schreiten stetig voran, womit die Chancen der BADC zur Gewinnung von Großprojekten wachsen. Das beweisen die aktuellen Vertragsabschlüsse.

Insbesondere aus einem Vertragsabschluss werden durch die Gesellschaft Einnahmen für Projektsteuerung in Höhe von 108 T€ vereinnahmt. Als weiteres Geschäftsfeld wird die projektbegleitende Investorenberatung entwickelt. Dieses Betätigungsfeld soll zu einer tragenden Säule der Geschäftstätigkeit der BADC entwickelt werden, wobei die spezifischen naturschutz- und bauaufsichtsrechtlichen Kenntnisse der Projektmanagerin genutzt werden sollen.

Die BADC wird weiterhin die Entwicklung im Flughafenumfeld des BBI begleiten und forcieren.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2010	2009	2008
1. Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.) ¹	- T€	- T€	2,5 T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen ²	3,0 T€	5,6 T€	3,7 T€

¹ Erwerb Stammkapitalanteil (entspr. 5 %)² Betriebskostenzuschuss**5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS**

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft begründet sich u.a. in der Durchführung der kommunalen Standort- und Strukturentwicklung im Umfeld des Flughafens Berlin-Brandenburg International (BBI), der Sicherstellung des Interessenausgleichs zwischen den Umfeldkommunen des Flughafens sowie zwischen den Kommunen und dem Flughafenbetreiber, der Koordinierung und Umsetzung der im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld notwendigen ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie der Durchführung eines Dialogforums im Flughafenumfeld des BBI.

6. SONSTIGES

Die BADC GmbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2010	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	2,3	2,6	-0,3
I. Sachanlagen	2,3	2,6	-0,3
B. Umlaufvermögen	114,5	71,7	42,8
I. Vorräte	88,9	0,0	88,9
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6,0	42,0	-36,0
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	19,5	29,7	-10,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,2	0,2	0,0
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	45,1	0,0	45,1
Bilanzsumme	162,0	74,5	87,6
Passiva			
A. Eigenkapital	0,0	0,6	-0,6
I. Gezeichnetes Kapital	50,0	50,0	0,0
II. Bilanzverlust	95,1	49,4	45,7
III. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	45,1	0,0	45,1
B. Rückstellungen	6,9	5,7	1,2
C. Verbindlichkeiten	155,1	68,1	87,0
Bilanzsumme	162,0	74,5	87,6
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2010			
1. Umsatzerlöse	43,2	62,2	-19,0
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	88,9	0,0	88,9
3. sonstige betriebliche Erträge	87,3	123,6	-36,3
4. Materialaufwand	104,7	41,4	63,2
5. Personalaufwand	92,4	91,2	1,2
6. Abschreibungen	1,6	1,2	0,5
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	67,2	50,5	16,7
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,1	0,2	-0,1
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0
11. Sonstige Steuern	-0,9	0,0	-0,9
12. Jahresergebnis	-45,7	1,4	-47,1

4 Anhang

4.1 Kennzahldefinition – Analysedaten gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV

Im Folgenden wird ein Überblick über die gemäß Rundschreiben des Ministeriums des Innern vom 22.12.2009 i.V.m. § 61 Nr. 2 KomHKV im Beteiligungsbericht zu analysierenden Kennzahlen sowie deren Definitionen gegeben:

ANALYSE DER VERMÖGENS- UND KAPITALSTRUKTUR DES UNTERNEHMENS

Anlagenintensität

Die Anlagenintensität beschreibt den Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen. Sie ist somit eine Kennzahl zur Analyse der Vermögensstruktur des Unternehmens. Ist ein Unternehmen anlagenintensiv, so ist das im Anlagevermögen investierte Kapital längerfristig gebunden. Kapitalfreisetzung erfolgt in der Regel durch die verdienten Abschreibungen. Eine sehr hohe Anlagenintensität kann dazu führen, dass das Unternehmen nicht flexibel genug auf sich verändernde Marktbedingungen reagieren kann. Zu beachten ist, dass Zielwerte für ein gutes Verhältnis von Anlage- zum Gesamtvermögen sehr branchenabhängig sind.

Berechnung:
$$\frac{\text{Anlagevermögen (€)}}{\text{Bilanzsumme (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)

Zielwert: stark branchenabhängig

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote beschreibt den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Sie ist somit eine Kennzahl zur Analyse der Kapitalstruktur des Unternehmens. Das Eigenkapital steht dem Unternehmen langfristig zur Verfügung. Es beziffert den Anteil der Eigentümer am Gesellschaftsvermögen. Den Gläubigern gegenüber dient es als Haftungsmasse für die Verbindlichkeiten, bspw. im Falle einer Insolvenz. Die Höhe der Eigenkapitalausstattung ist ein Indiz für die Innenfinanzierungskraft sowie die Risikotragfähigkeit eines Unternehmens. Je höher die Eigenkapitalquote ist, desto höher ist auch die Stabilität des Unternehmens. Gleichzeitig sinkt mit steigender Eigenkapitalausstattung die Abhängigkeit von den Fremdkapitalgebern.

Berechnung:
$$\frac{\text{Eigenkapital (€)}}{\text{Bilanzsumme (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)

Zielwert: > 15 %, stark branchenabhängig
(Je höher die Anlagenintensität ist, umso höher sollte auch die Eigenkapitalquote sein.)

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Ist das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passivposten über die Aktivposten der Bilanz, so ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzte Position auf der Aktivseite der Differenzbetrag unter der Bezeichnung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auszuweisen. Dadurch wird verhindert, dass auf der Aktivseite ein negatives Eigenkapital ausgewiesen werden muss. Der Ausweis eines solchen Fehlbetrages lässt jedoch keine Rückschlüsse darüber zu, ob das Unternehmen tatsächlich überschuldet ist. Der Tatbestand der materiellen Überschuldung

würde die Geschäftsführung zwingen, einen Konkurs- oder Vergleichsantrag zu stellen (§ 15a i.V.m. § 19 InsO⁷).

Berechnung: aus der Bilanz Einheit: EUR (€)
Zielwert: 0,00 €

ANALYSE DER FINANZIERUNG UND LIQUIDITÄT DES UNTERNEHMENS

Anlagendeckungsgrad II

Mit dem Anlagendeckungsgrad II erfolgt eine Gegenüberstellung von Anlagevermögen und langfristigem Kapital. Sie zeigt an, zu welcher Quote das Anlagevermögen langfristig finanziert ist. Diese Kennzahl zur Analyse der Finanzierung eines Unternehmens kann, neben den Anlagendeckungsgraden I (Anlagevermögen gegenüber Eigenkapital) und III (Anlagevermögen und Vorräte gegenüber langfristigem Kapital), ein Anhaltspunkt für eine fristgerechte Finanzierung sein.

Auf Grund der vorhandenen Datenbasis ist *im Rahmen dieses Berichts* ersatzweise für das langfristige in der Regel das mittel- und langfristige Fremdkapital als Basis der Analyse herangezogen worden. D.h., sofern das Unternehmen einen signifikant hohen Anteil an mittelfristigem Fremdkapital aufweist, ist der ermittelte und ausgewiesene Anlagendeckungsgrad höher, als nach der hier angegebenen Berechnungsformel.

Berechnung:
$$\frac{\text{Eigenkapital (€) + langfristiges Fremdkapital (€)}}{\text{Anlagevermögen (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)
Zielwert: 110 % - 150 %

Zinsaufwandsquote

Die Zinsaufwandsquote trägt indirekt zur Beurteilung der Finanzierungssituation eines Unternehmens bei. Diese Kennzahl gibt die Zinsaufwendungen eines Unternehmens in Relation zu seinen erzielten Umsatzerlösen an. Eine hohe Zinsaufwandsquote weist auf eine hohe Liquiditätsbindung hin, die meist langfristiger Natur ist und insbesondere bei einer Verschlechterung der Erlössituation problematisch wird.⁸

Berechnung:
$$\frac{\text{Zinsaufwand (€)}}{\text{Umsatz (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)
Zielwert: < 10 %, jedoch stark abhängig von der Bilanzstruktur (u.a. Höhe und Struktur des Anlagevermögens)

⁷ InsO – Insolvenzordnung

in der Fassung vom 5. Oktober 1994, zuletzt geändert am 9. Dezember 2010.

⁸ Sofern die betrachtete Gesellschaft einen Großteil ihrer Erlöse unter „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ ausweist, wird zu Vergleichszwecken eine weitere Kennzahl angegeben, bei der anstelle der Umsatzerlöse die Summe aus Gesamtleistung und sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung) angesetzt wird.

Liquidität 3. Grades

Liquidität ist die Fähigkeit des Unternehmens, sämtlichen Zahlungsverpflichtungen zu den jeweiligen Fälligkeitsterminen uneingeschränkt nachzukommen und bezeichnet in diesem Sinne auch die Verfügbarkeit über genügend Zahlungsmittel.

Liquiditätskennzahlen geben Auskunft darüber, inwieweit auf der Aktivseite kurzfristiges Vermögen vorhanden ist, aus dem heraus ausreichende Mittel freigesetzt werden können, um die passivierten kurzfristigen Verbindlichkeiten, d.h. solche, die innerhalb eines Jahres zur Rückzahlung gelangen, zu begleichen. Unter Einbeziehung von jeweils weiteren Anteilen des Umlaufvermögens mit zunehmender Kapitalbindungsdauer gelangt man von der Liquidität 1. Grades über die Liquidität 2. Grades zur Liquidität 3. Grades.

Die Liquidität 3. Grades ist die Gegenüberstellung des gesamten Umlaufvermögens und der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Sie gibt Auskunft über die Solidität der kurz- bis mittelfristigen Finanzposition eines Unternehmens.

Berechnung:	$\frac{\text{Umlaufvermögen (€)}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital (€)}}$	Einheit:	Prozent (%)
Zielwert:	> 120 %		

Cash-Flow

Der Cash-Flow gibt den Zahlungsmittelüberschuss an, den das Unternehmen im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit in der zu betrachtenden Periode erwirtschaftet hat. Im Rahmen der Kapitalflussrechnung bildet die Summe aus Cash-Flow sowie Mittelzu- / -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes.

Die Kennzahl ist ein Ausdruck der Finanzkraft des Unternehmens (Selbst- bzw. Innenfinanzierungskraft) und zeigt den erwirtschafteten Liquiditätszufluss bzw. -abfluss auf. Er lässt damit die Kreditwürdigkeit und Rückzahlungsfähigkeit (Kapitaldienstfähigkeit) eines Unternehmens erkennen.

Für Zwecke der Information der verschiedenen Adressaten über den im Berichtszeitraum erwirtschafteten Erfolg des Unternehmens soll gemäß den Angaben des Ministeriums des Innern die vereinfachte Ermittlung des Cash-Flows genügen. Auf Grund dieser pauschalisierten Berechnungsmethode kann es, wie bereits erläutert, gegenüber anderen Darstellungen zu Abweichungen kommen.

Berechnung:	Jahresergebnis (€)	Einheit:	EUR (€)
	+ Abschreibung (€)		
	+/- Zu-/Abnahme der langfristigen Rückstellung (€)		
	+ außerordentliche Aufwendungen (€)		
	- <u>außerordentliche Erträge (€)</u>		
	<u>≡ Cash-Flow (€)</u>		
Zielwert:	> 0,00 €		

ANALYSE DER RENTABILITÄT UND DES GESCHÄFTSERFOLGS DES UNTERNEHMENSGesamtkapitalrentabilität

Um den Erfolg der Arbeit eines Unternehmens festzustellen, wird die Rentabilität als Relation von Gewinn zu Kapital berechnet. Mit Hilfe von Rentabilitätskennzahlen wird ermittelt, ob der erreichte Geschäftserfolg zum eingesetzten Kapital in einem angemessenen Verhältnis steht. Mit dieser Betrachtung kann ein Vergleich des Kapitaleinsatzes im Unternehmen selbst mit anderen Kapitalanlagemöglichkeiten erfolgen.

Bei der Gesamtkapitalrentabilität wird dem erwirtschafteten Jahresergebnis und den Fremdkapitalzinsen das eingesetzte Gesamtkapital gegenübergestellt. Diese Rentabilitätskennzahl gibt demnach die Verzinsung des im Unternehmen arbeitenden Kapitals an. Sie ermöglicht die Beurteilung über einen effizienten Kapitaleinsatz.

Berechnung:
$$\frac{\text{Jahresergebnis (€)} + \text{Fremdkapitalzinsen (€)}}{\text{Bilanzsumme (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)

Zielwert: > als der Zins für das eingesetzte Fremdkapital (sog. Leverage-Effekt⁹ beachten)

Zur Dokumentation des im Berichtszeitraum erwirtschafteten Geschäftserfolgs dienen der Umsatz sowie das Jahresergebnis.

Umsatz

Der Umsatz bezeichnet klassisch den Gegenwert, der einem Unternehmen in Form von Geld oder Forderungen durch den Verkauf von Waren, Dienstleistungen sowie aus Vermietung oder Verpachtung zufließt. Er entsteht aus der wertmäßigen Erfassung der betrieblichen und nichtbetrieblichen Tätigkeit eines Unternehmens.

Berechnung: aus der Gewinn- und Verlustrechnung Einheit: EUR (€)

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis (Jahresgewinn bzw. -verlust) ergibt sich innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung nach der Saldierung aller Aufwendungen und Erträge eines Geschäftsjahres. Durch Verrechnung des Jahresergebnisses mit den verschiedenen Bilanzpositionen des Eigenkapitals wird sodann das Bilanzergebnis ermittelt.

Berechnung: aus der Gewinn- und Verlustrechnung Einheit: Prozent (%)

Zielwert: > 0,00 €,
I.d.R ist die Erzielung einer angemessenen Eigenkapitalrentabilität anzustreben.

⁹ Leverage-Effekt – Als Leverage wird die Hebelwirkung der Finanzierungskosten des Fremdkapitals (bspw. Zinsen) auf die Eigenkapitalrentabilität verstanden. So kann durch Einsatz von (mehr) Fremdkapital die Eigenkapitalverzinsung einer Investition gesteigert werden. Dies trifft dann zu, wenn der jeweilige Investor Fremdkapital zu günstigeren Konditionen aufnehmen kann, als die Investition an Gesamtkapitalrentabilität erzielt.

ANALYSE DES PERSONALBESTANDS DES UNTERNEHMENSPersonalaufwandsquote

Aufwandseitig ist insbesondere der Personalaufwand von besonderer Bedeutung für den Erfolg des Unternehmens. Die Personalaufwandsquote zeigt das Verhältnis von Personalaufwendungen zum Umsatz.¹⁰

Berechnung:
$$\frac{\text{Personalaufwand (€)}}{\text{Umsatz (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)

Zielwert: Die Personalaufwandsquote allein hat kaum Aussagekraft, sondern ist im Vergleich zu anderen Kennzahlen zu betrachten (bspw. Vergleich zum Vorjahr oder zu Unternehmen aus der Region bzw. ähnlichen Branchen).

Personalintensität

Die Personalintensität zeigt, ähnlich zur Personalaufwandsquote, das Verhältnis von Personalaufwendungen zur Betriebsleistung. Insofern werden neben den Umsatzerlösen auch die sonstigen betrieblichen Erträge, Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen berücksichtigt.

Berechnung:
$$\frac{\text{Personalaufwand (€)}}{\text{Betriebsleistung (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)

Zielwert: Die Personalintensität allein hat kaum Aussagekraft, sondern ist im Vergleich zu anderen Kennzahlen zu betrachten (bspw. Vergleich zum Vorjahr oder zu Unternehmen aus der Region bzw. ähnlichen Branchen).

Anzahl der Mitarbeiter

Mit der „Anzahl der Mitarbeiter“ wird die durchschnittliche Zahl des in der Rechnungsperiode im Unternehmen beschäftigten Personals angegeben.

Berechnung: im Berichtsjahr durchschnittlich beschäftigtes Personal
(Vollbeschäftigteneinheit VbE)

Zielwert: Die Anzahl der Mitarbeiter allein ist kaum aussagefähig und daher im Vergleich zu anderen Zahlen zu betrachten (bspw. Vergleich zum Vorjahr oder zu Unternehmen aus der Region bzw. ähnlichen Branchen).

¹⁰ Sofern die betrachtete Gesellschaft einen Großteil ihrer Erlöse unter „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ ausweist, wird zu Vergleichszwecken eine weitere Kennzahl, die Personalintensität, angegeben, bei der anstelle der Umsatzerlöse die Summe aus Gesamtleistung und sonstigen betrieblichen Erträgen angesetzt wird.

BEGRIFFSDEFINITIONEN

Bilanz

Aktiva/Aktivposten	Aktiva sind Bestandteile der Bilanz eines Wirtschaftssubjekts. Sie werden üblicherweise auf der linken Seite einer Bilanz aufgezeigt. Die Summe der Aktiva bildet das Gesamtvermögen eines Unternehmens. Seine Zusammensetzung spiegelt die Verwendung des eingesetzten Kapitals wieder. Die Aktivposten unterteilen sich in der Regel in Anlagevermögen, Umlaufvermögen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Das Gegenstück bilden die Passiva bzw. Passivposten. (Vgl. § 266 Abs. 2 HGB)
Anlagevermögen	Zum Anlagevermögen gehören Gegenstände, die dem dauerhaften Geschäftsbetrieb dienen (bspw. Grundstücke und Gebäude, Maschinen oder immaterielle Vermögensgegenstände, wie Lizenzen). Es beinhaltet somit die mittel- bis langfristig gebundenen Mittel (länger als ein Jahr) eines Unternehmens. (Vgl. § 247 Abs. 2 und § 266 Abs. 2 lit. A HGB)
Umlaufvermögen	Zum Umlaufvermögen gehören kurzfristig gebundene Vermögensgegenstände (bis zu einem Jahr) eines Unternehmens, darunter Forderungen, Wertpapiere und Bargeldbestände. (Vgl. § 266 Abs. 2 lit. B HGB)
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten (ARAP)	Als sogenannte aktive RAP sind auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Bilanzstichtag auszuweisen, sofern diese Aufwand für eine andere Periode darstellen. So zum Beispiel bei im Voraus bezahlten Mieten (Mieter). (Vgl. § 250 Abs. 1 und § 266 Abs. 2 lit. C HGB)
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	Ist das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz, so ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzte Position auf der Aktivseite der Fehlbetrag unter der Bezeichnung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auszuweisen. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens). (Vgl. § 268 Abs. 3 HGB)

Passiva/Passivposten	Passiva sind Bestandteile der Bilanz eines Wirtschaftssubjekts. Sie werden üblicherweise auf der rechten Seite einer Bilanz aufgezeigt. Die Summe der Passiva bildet das Gesamtkapital eines Unternehmens. Seine Zusammensetzung spiegelt die Mittelherkunft wieder. Die Passivposten unterteilen sich in der Regel in Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und die passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Das Gegenstück bilden die Aktiva bzw. Aktivposten. (Vgl. § 266 Abs. 3 HGB)
Eigenkapital	Eigenkapital ist jenes Kapital auf der Passivseite, das nach Abzug des Fremdkapitals übrig bleibt. Zum Eigenkapital zählen jene Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden. Das Eigenkapital steht dem Unternehmen langfristig zur Verfügung. Es beziffert den Anteil der Eigentümer am Gesellschaftsvermögen. Den Gläubigern gegenüber dient es als Haftungsmasse für die Verbindlichkeiten, bspw. im Falle einer Insolvenz. Es setzt sich aus dem gezeichneten Kapital, der Kapitalrücklage, den Gewinnrücklagen, dem Gewinn- bzw. Verlustvortrag sowie dem Jahresergebnis zusammen. (Vgl. § 272 Abs. 1 bis 4 HGB (ohne anteilige Sonderposten) und § 266 Abs. 3 lit. A HGB)
Gezeichnetes Kapital	Das gezeichnete Kapital ist das Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Kapitalgesellschaft gegenüber den Gläubigern beschränkt ist. Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung entspricht das gezeichnete Kapital dem Stammkapital. (Vgl. § 266 Abs. 3 lit. A und § 272 Abs. 1 HGB)
Bilanzergebnis	Das Bilanzergebnis ist Bestandteil des Eigenkapitals einer Kapitalgesellschaft. Es beziffert die Summe aus Jahresergebnis sowie Gewinn- bzw. Verlustvorträgen aus dem Vorjahr. (Vgl. § 268 Abs. 1 und § 266 Abs. 3 lit. A HGB)

Sonderposten	Ein Sonderposten für Investitionszuschüsse (SoPo) dient der periodengerechten Abgrenzung erhaltener Subventionen bzw. Zuschüssen zur Finanzierung von Anlagevermögen. Dieser ist erfolgsneutral zu passivieren sowie gesondert in der Bilanz auszuweisen und entsprechend dem Verlauf der Abschreibungen auf den bezuschussten Vermögensgegenstand ergebniswirksam aufzulösen. Solch ein Sonderposten weist sowohl Fremd- als auch Eigenkapitaleigenschaften auf und kann dementsprechend als Eigenkapital oder auch als Fremdkapital ausgewiesen werden.
--------------	---

(Vgl. § 265 Abs. 5 HGB)

Rückstellungen	Rückstellungen sind in der Bilanz ausgewiesene drohende Verluste sowie Verbindlichkeiten, die hinsichtlich ihres Bestehens oder der Höhe ungewiss sind. Ebenso sind sie im Falle von unterlassenen Aufwendungen für Instandhaltung erfolgswirksam zu bilden. Bestandteile sind unter anderem Pensions- und Steuerrückstellungen.
----------------	--

(Vgl. § 266 Abs. 3 lit. B HGB)

Fremdkapital	Das Fremdkapital eines Unternehmens wird auf der Passivseite aufgeführt. Es stellt einen Teil der Mittel dar, mit denen das Unternehmensvermögen (Aktiva) finanziert wurde. Passivposten werden in Abgrenzung zum Eigenkapital als Fremdkapital eingestuft, wenn die Kapitalüberlassung nach allgemeinen schuldrechtlichen Regeln kündbar und befristet ist, einen Vergütungsanspruch des Kapitalgebers begründet und der Kapitalgeber nicht an dem Unternehmen beteiligt ist und dementsprechend nicht haftet. Es kann sowohl rechtlich entstanden, als auch wirtschaftlich verursacht worden sein.
--------------	--

Zum Fremdkapital zählen demnach Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Gemäß § 266 Abs. 3 HGB besteht für Kapitalgesellschaften eine detaillierte Aufgliederungspflicht.

(Vgl. § 266 Abs. 3 lit. B bis E HGB)

Kurzfristiges Fremdkapital	Zum kurzfristiges Fremdkapital zählen Positionen des Fremdkapitals, die dem Unternehmen bis zu einem Jahr zur Verfügung stehen (Restlaufzeit < 1 Jahr). Dazu zählen im Sinne des Rundschreibens vereinfacht alle Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr, die Steuerrückstellungen, die sonstigen Rückstellungen sowie die passiven Rechnungsabgrenzungsposten. (Vgl. § 266 Abs. 3 HGB i.V.m. § 268 Abs. 5 HGB)
Mittelfristiges Fremdkapital	Zum mittelfristigen Fremdkapital zählen Positionen des Fremdkapitals, die dem Unternehmen länger als ein Jahr und bis zu fünf Jahren zur Verfügung stehen (Restlaufzeit 1 - 5 Jahre). Zum Teil wird in der Literatur Fremdkapital mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr auch dem langfristigen Fremdkapital zugeordnet.
Langfristiges Fremdkapital	Zum langfristigen Fremdkapital zählen Positionen des Fremdkapitals, die dem Unternehmen länger als fünf Jahre zur Verfügung stehen (Restlaufzeit > 5 Jahre). Zum Teil wird in der Literatur Fremdkapital mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr auch dem langfristigen Fremdkapital zugeordnet.
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP)	Als passive RAP sind auf der Passivseite Einnahmen vor dem Bilanzstichtag auszuweisen, soweit diese Ertrag für eine andere Periode darstellen. So zum Beispiel bei im Voraus erhaltene Mieten (Vermieter). (Vgl. § 250 Abs. 2 und § 266 Abs. 3 lit. D HGB)
Bilanzsumme	Die Bilanzsumme ergibt sich aus der Summe der Aktiva (Gesamtvermögen) bzw. Passiva (Gesamtkapital). Die Summe der Aktiva muss stets den gleichen Wert wie die Summe der Passiva ergeben. Die Bilanzsumme hat bspw. Auswirkungen auf den rechtlichen Status eines Unternehmens. Das Handelsgesetzbuch teilt Kapitalgesellschaften gemäß § 267 nach Bilanzsumme, Höhe der Umsatzerlöse und Zahl der Arbeitnehmer in Größenklassen ein. Die Einstufung in eine Größenklasse wirkt sich vor allem darauf aus, wie detailliert ein Unternehmen den Jahresabschluss aufstellen und welche Dokumente es veröffentlichen muss (Publizitätspflicht). (vgl. § 266 Abs. 2 bzw. 3 HGB und § 267 HGB)

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Umsatz Der Umsatz bezeichnet klassisch den Gegenwert, der einem Unternehmen in Form von Geld oder Forderungen durch den Verkauf von Waren, Dienstleistungen sowie aus Vermietung oder Verpachtung zufließt. Er entsteht aus der wertmäßigen Erfassung der betrieblichen und nichtbetrieblichen Tätigkeit eines Unternehmens.

(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 1 HGB und § 277 Abs. 1 HGB)

Gesamtleistung Bei der Gesamtleistung handelt es sich um eine in der GuV ausweisbare Zwischensumme. Sie ist eine betriebswirtschaftliche Kennzahl, die sich aus den ausgewiesenen Umsatzerlösen einer Periode, dem Saldo von Bestandsveränderungen und den aktivierten Eigenleistungen ergibt.

(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 HGB und § 277 Abs. 1 und 2 HGB)

Sonstige betriebliche Erträge bzw. Aufwendungen Sonstige betriebliche Erträge bzw. Aufwendungen sind alle regelmäßig auftretende Erträge bzw. Aufwendungen, für die in der Gliederung der GuV keine gesonderte Ertrags- bzw. Aufwandsposition vorgesehen ist. Dabei handelt es sich bspw. um Gewinne bzw. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens sowie aus der Auflösung von Rückstellungen oder Sonderposten.

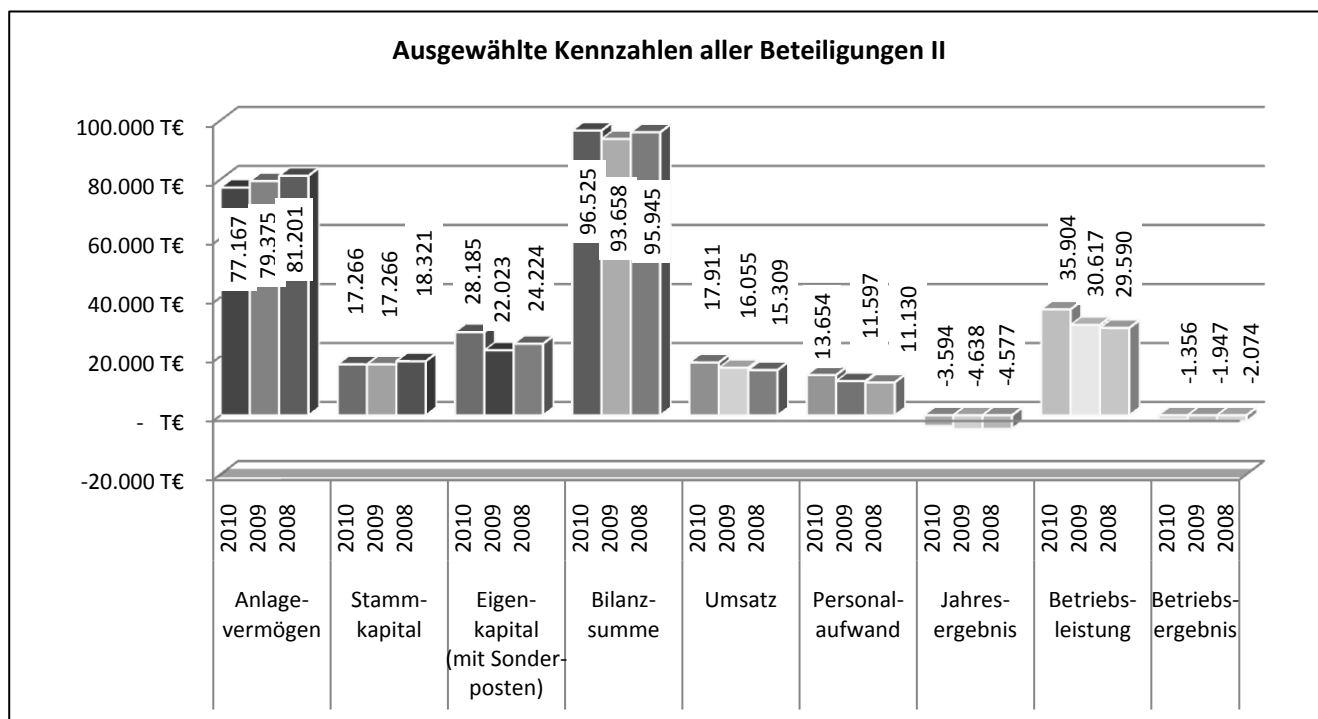
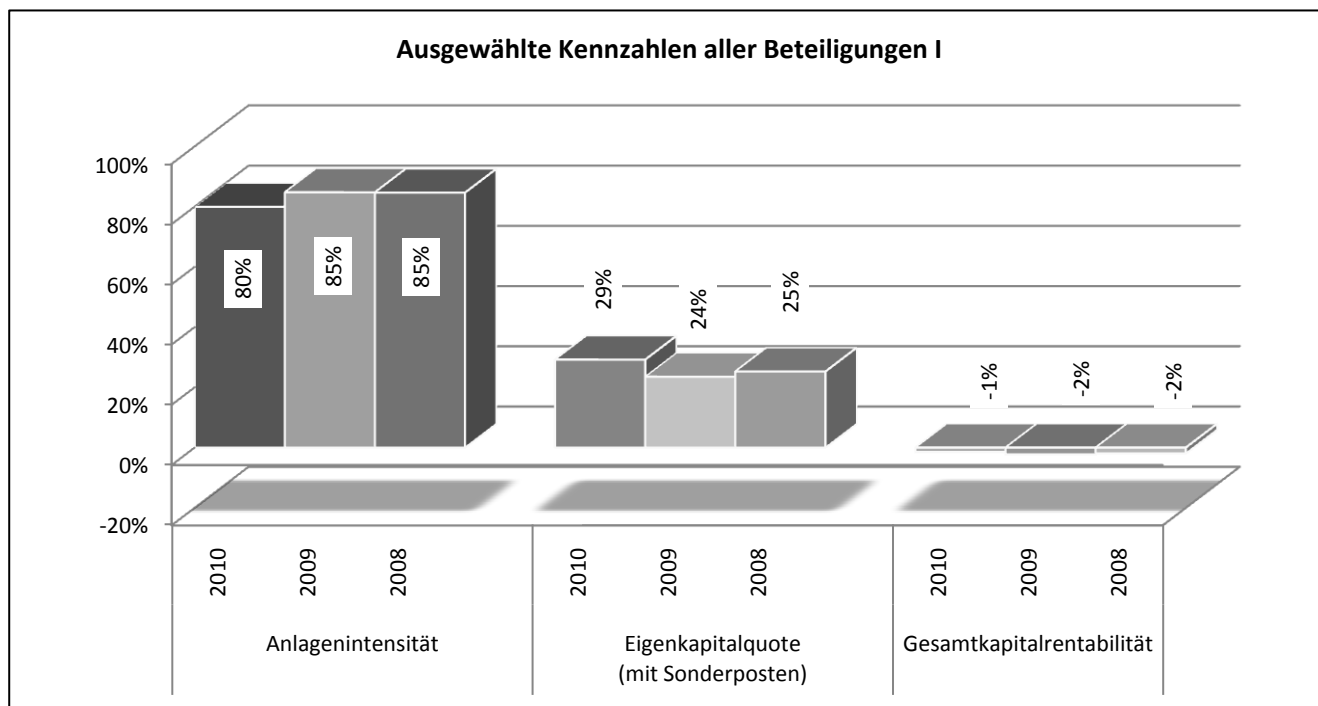
(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 4 HGB)

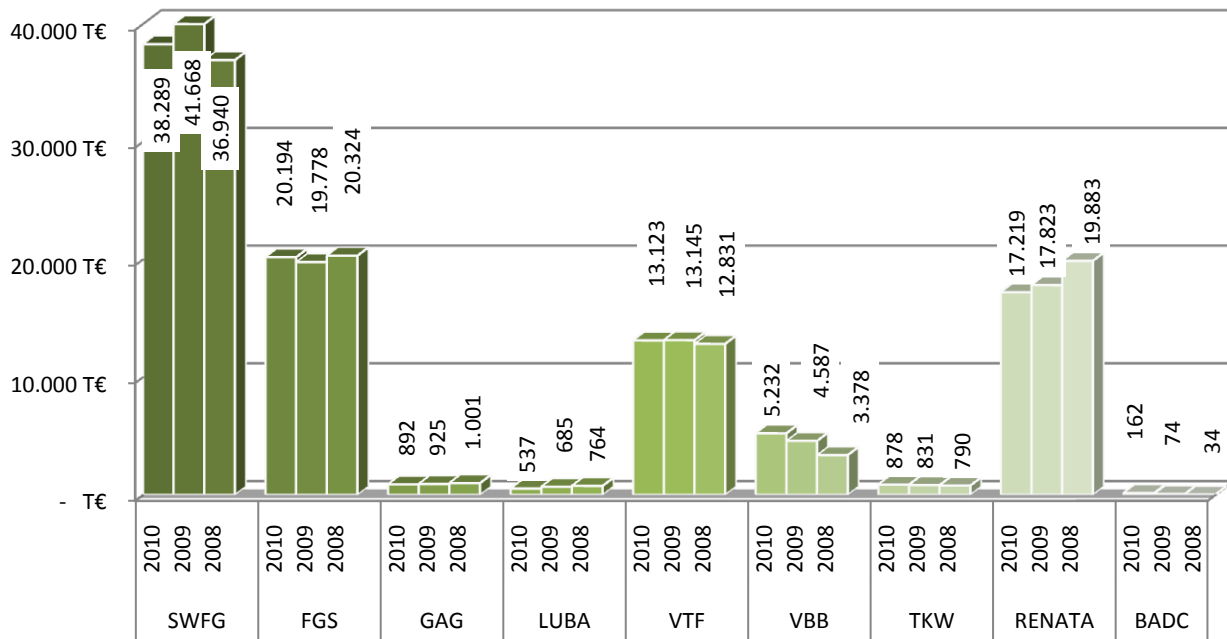
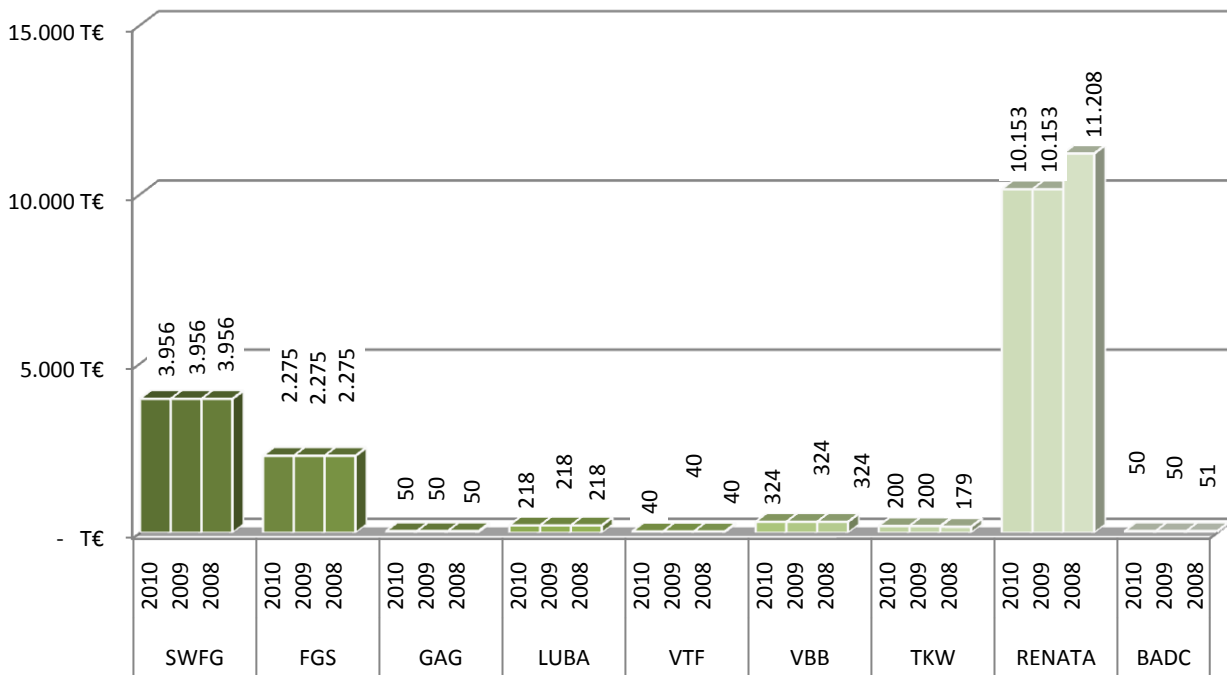
Personalaufwand Zum gesamten Personalaufwand zählen neben dem direkten Arbeitsentgelt auch alle indirekt verursachten Personalaufwendungen (Personalnebenkosten). In der handelsrechtlichen Abgrenzung wird der Personalaufwand in Löhne und Gehälter, soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung sowie für Unterstützung aufgegliedert. Zu den Löhnen und Gehältern gehören auch die Lohnsteuer und die Arbeitnehmeranteile an der Sozialversicherung (Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung).

(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB)

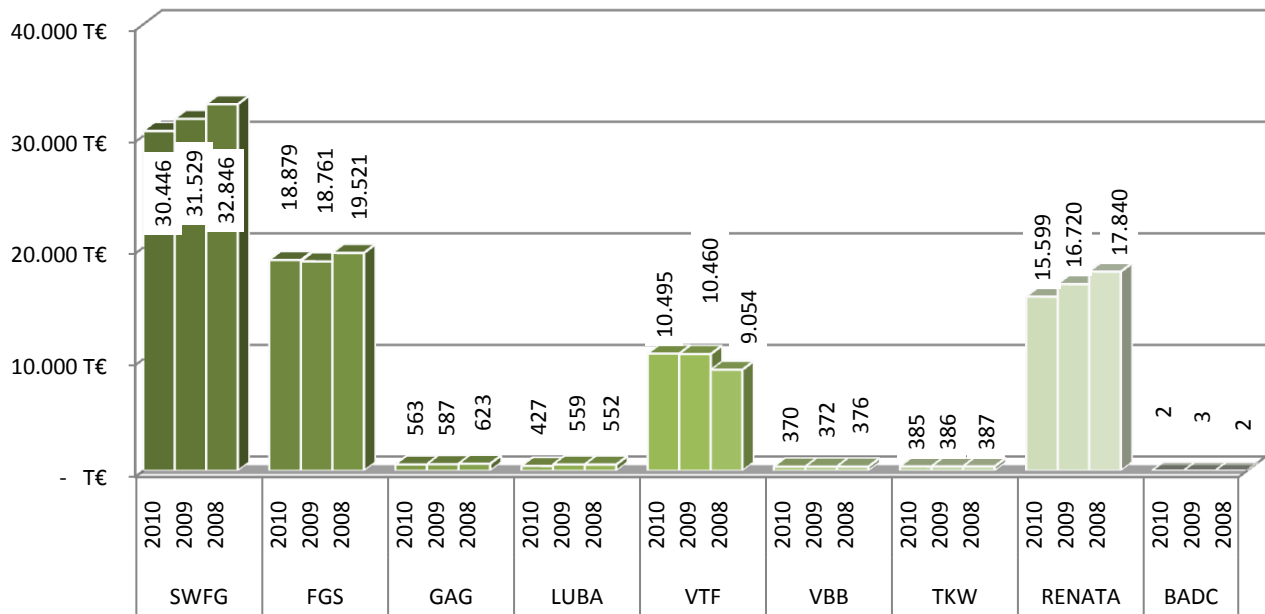
Abschreibungen	Mit der Abschreibung erfasst man im betrieblichen Rechnungswesen planmäßige oder außerplanmäßige Wertminderungen von Vermögensgegenständen. Die Abschreibung korrespondiert dabei mit dem Wertverlust von Unternehmensvermögen innerhalb einer Periode. Dabei kann der Wertverlust durch allgemeine Gründe (Alterung und Verschleiß) oder durch spezielle Gründe (Unfallschaden oder Preisverfall) veranlasst sein. Die Abschreibung wird aus betriebswirtschaftlicher Sicht sowie unter Beachtung handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Besonderheiten ermittelt und als Aufwand in der GuV berücksichtigt. Das Gegenteil der Abschreibung ist die Zuschreibung, die als Wertaufholung in Frage kommt, wenn in Vorjahren zu hohe Abschreibungen vorgenommen wurden. (Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 7 HGB)
Zinsaufwand/Zinsen und ähnliche Aufwendungen	Der Zinsaufwand beziffert das Entgelt für die Überlassung von (Fremd-) Kapital und in der GuV als betrieblicher Aufwand ausgewiesen wird. (Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 13 HGB)
Außerordentliches Ergebnis	Das außerordentliche Ergebnis fasst unternehmensfremde Erfolgsbestandteile zusammen. Hierunter sind ungewöhnliche und seltene Vorfälle zu verstehen, die nicht mit der eigentlichen Geschäftstätigkeit zusammenhängen und mit deren Wiederholung nicht zu rechnen ist. (Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 15 bis 17 HGB und § 277 Abs. 4 HGB)
Jahresergebnis	Das Jahresergebnis (Jahresgewinn bzw. -verlust) ergibt sich innerhalb der GuV nach der Saldierung aller Aufwendungen und Erträge eines Geschäftsjahres. Durch Verrechnung des Jahresergebnisses mit den Gewinn- bzw. Verlustvorträgen aus den vorangegangenen Jahren wird sodann das Bilanzergebnis ermittelt, das zu einer Mehrung bzw. Minderung des Eigenkapitals beiträgt. (Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 20 und § 266 Abs. 3 lit. A Nr. V HGB)
Betriebsleistung	Die Betriebsleistung umfasst in diesem Rahmen die Summe aus Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen, vermehrt bzw. vermindert um Bestandsveränderungen sowie aktivierte Eigenleistungen.
Betriebsaufwand	Der Betriebsaufwand umfasst in diesem Zusammenhang die Summe der ordentlichen Aufwendungen, darunter Material-, Personal- und sonstige betrieblichen Aufwendungen sowie Abschreibungen.

4.2 Ausgewählte Kennzahlen zu den Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

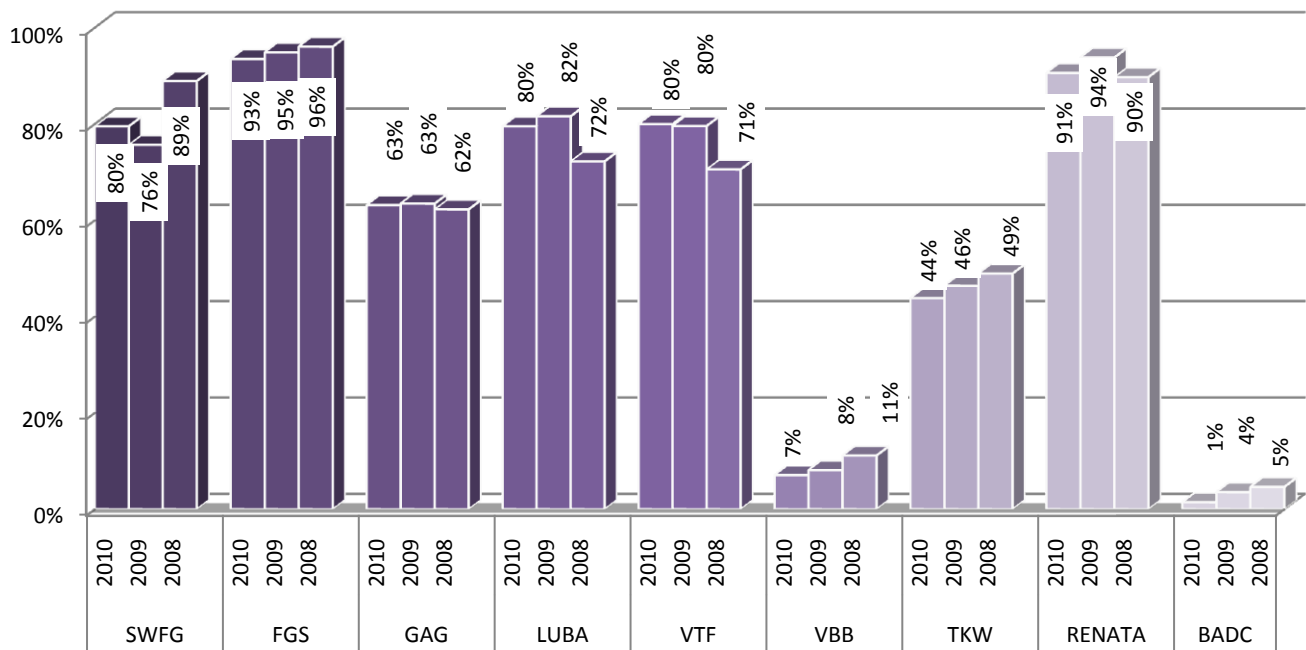


Bilanzsumme**Stammkapital**

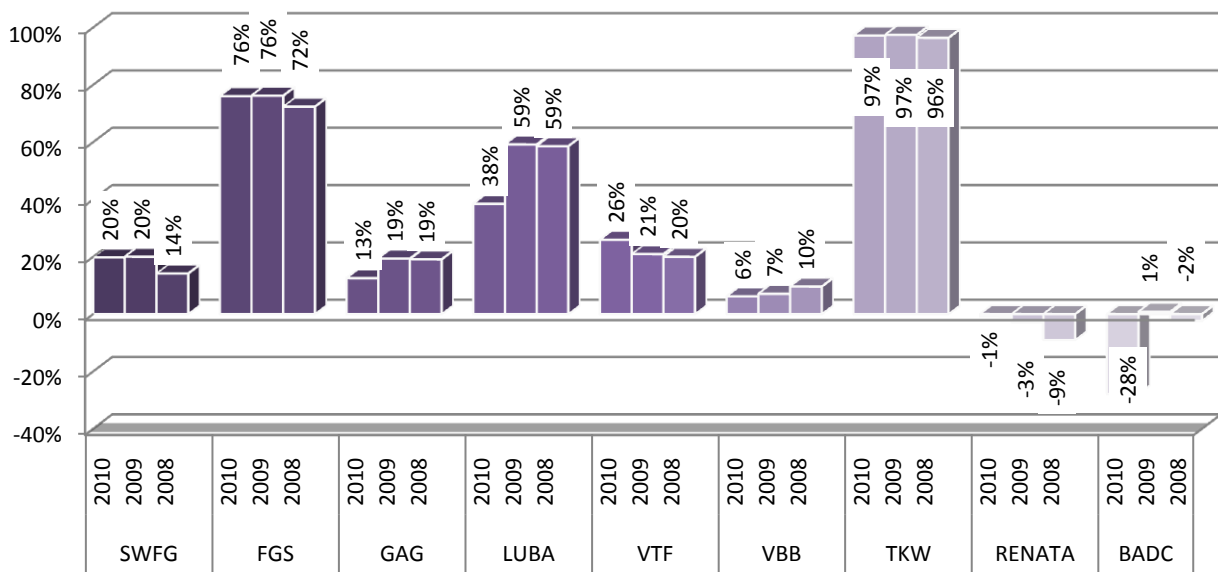
Anlagevermögen



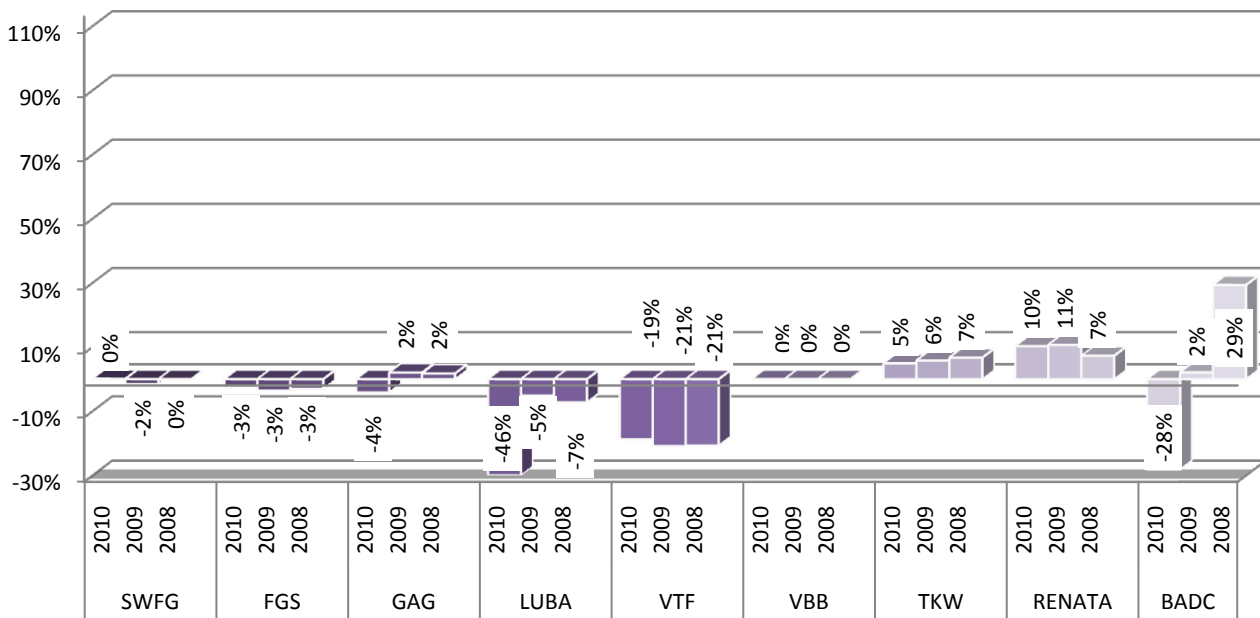
Anlagenintensität



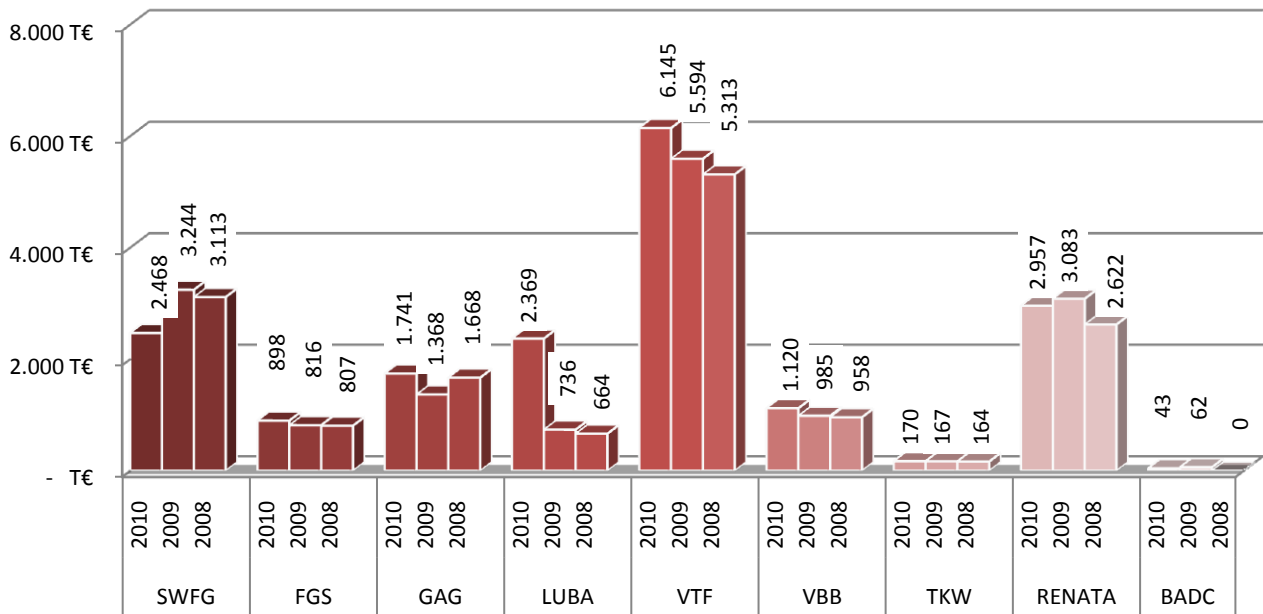
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)



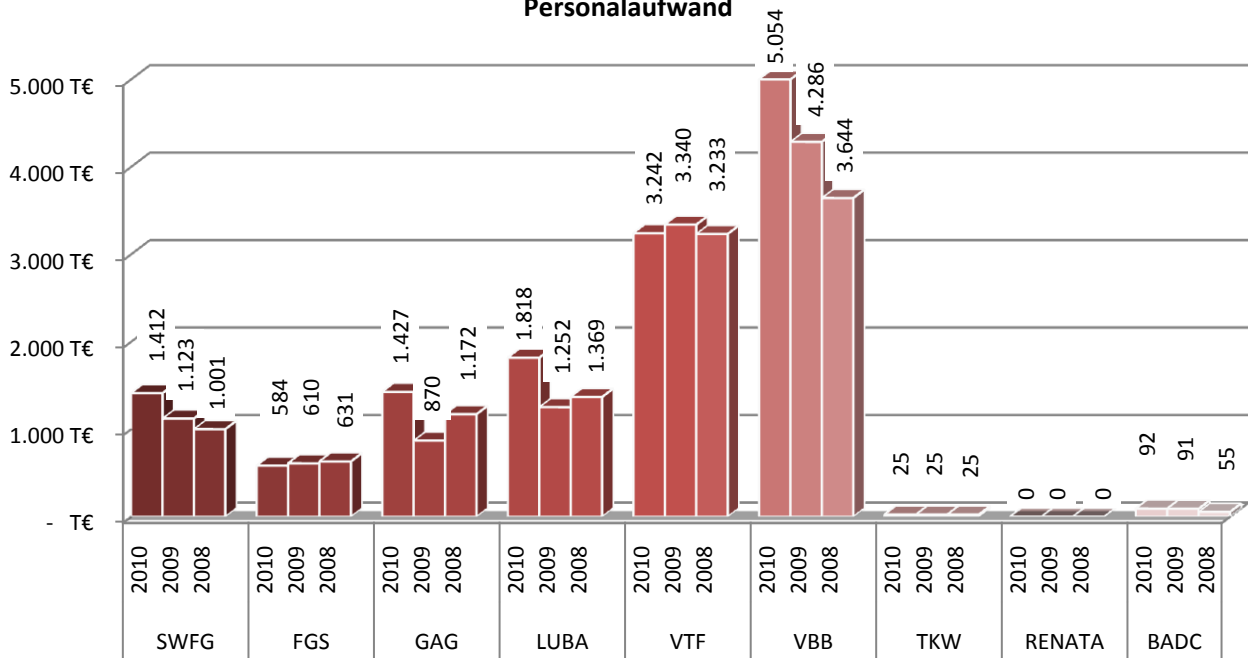
Gesamtkapitalrentabilität

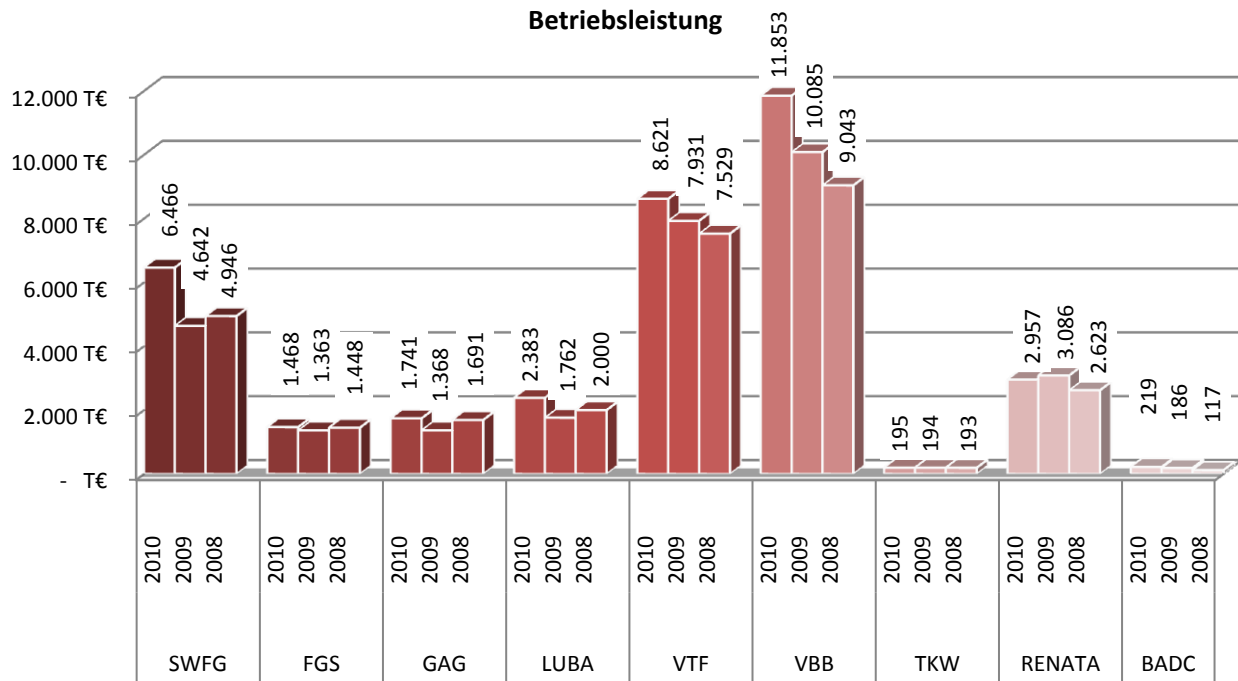
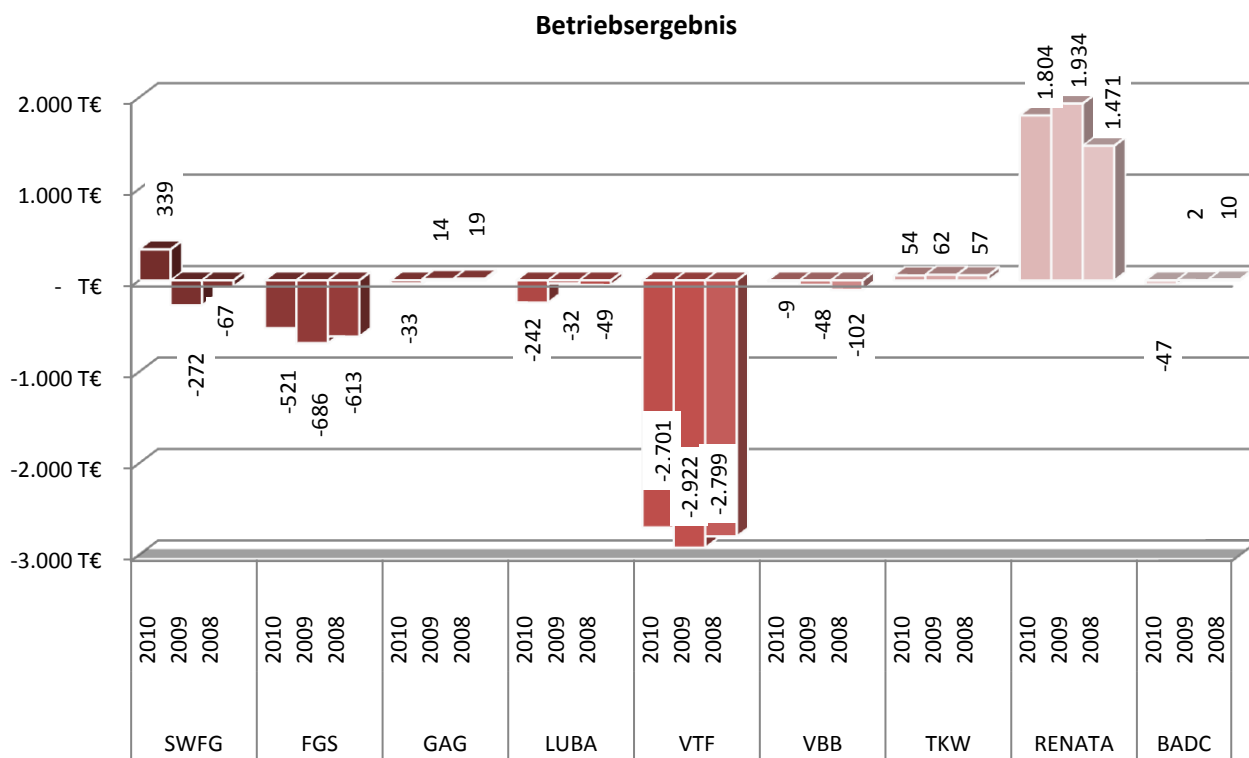


Umsatz



Personalaufwand



Betriebsleistung**Betriebsergebnis**

Jahresergebnis

